

Preußische Allgemeine

Nr. 32 · 9. August 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Wenn Männer Frauen schlagen

Wie die olympischen Boxwettkämpfe von Paris den Irrsinn der Transgender-Ideologie offenbaren Seite 3



Geheimdienst Die Rolle des BND bei der „Operation Hades“ Seite 11



Digitalisierung Wenn Moderne zur zwanghaften Pflicht wird Seite 12

FOTOS: DDP/ABACA PRESS; PA; pa/blickwinkel/McPHOTO

AUFGEFALLEN

Könnte Alexej Nawalny noch am Leben sein?

Es war – neben Olympia und dem US-Wahlkampf – die Meldung der vergangenen Tage: der Austausch von rund zwei Dutzend in Russland und Weißrussland inhaftierten westlichen Staatsbürgern und russischen Oppositionellen gegen im Westen inhaftierte Spione und den „Tiergartenmörder“ Wadim Krassikow.

Doch nun mehren sich kritische Fragen an den Ablauf der Ereignisse. So berichtet die „Berliner Zeitung“, dass der Gefangenen austausch, den sowohl das Weiße Haus in Washington als auch das Bundeskanzleramt in Berlin befürworteten, schon viel früher hätte stattfinden können, wenn nicht Außenministerin Baerbock den Deal lange Zeit blockiert hätte.

Fatal ist dies mit Blick auf das Schicksal des Mitte Februar in einem russischen Straflager verstorbenen Regimekritikers Alexej Nawalny. Hatte Wochen zuvor noch der intime Russlandkenner Alexander Rahr im Gespräch mit der PAZ die Möglichkeit eines Austauschs Nawalyns gegen Krassikow erwähnt, so bestätigt sich nun, dass dieses Szenario tatsächlich zwischen den russischen und westlichen Verhandlungspartnern diskutiert worden ist, jedoch mit dem Tod Nawalyns obsolet war.

Auch wenn der Oppositionelle zuvorderst ein Opfer des russischen Strafsystems wurde, so muss sich doch die deutsche Außenpolitik die Frage gefallen lassen, ob Nawalny noch leben könnte, wenn sie den Austausch nicht so lange blockiert hätte. *neh*

ZUWANDERUNG

Die Ampel füllt das deutsche Pulverfass

Mit Beklommenheit blicken die Deutschen auf die Eskalation in England. Doch die hiesige Politik treibt auch immer mehr Landsleute in die Verzweiflung

VON HANS HECKEL

England brennt. Mittlerweile sah sich die frisch gewählte Regierung von Labour-Premier Keir Starmer veranlasst, den nationalen Krisenstab einzuberufen. Schockwörter wie „Bürgerkrieg“ gehen um, auch wenn gleichzeitig immer wieder behauptet wird, dass es sich bei den Aufführern bloß um rechtsradikale Splittergruppen handle, denen der sozialdemokratische Regierungschef mit aller erdenklichen Härte entgegentreten will. Gleichzeitig hat sich längst auch ein muslimischer Mob formiert, der die andere Front in diesem Straßenkrieg bildet.

Die Beklommenheit, mit welcher die gespenstische Szenerie auf der Insel von Deutschland aus betrachtet wird, hat gute Gründe. Auch hierzulande treten die blutigen Schattenseiten der jahrzehntelang blind gefeierten „multikulturellen“ Einwanderungsgesellschaft immer drastischer zutage. Der Polizistenmord von Mannheim ist noch in aller Gedächtnis, da meldet die Berliner Charité, dass man im ersten Halbjahr 2024 bereits mehr Folgen von Messerattacken verarzten musste als im gesamten Vorjahr.

Die Lage treibt also auch in Deutschland in Richtung Eskalation. Umso atemberaubender erscheint daher die Reaktion der Politik. Im vergangenen Oktober tonte Bundeskanzler Olaf Scholz: „Wir müs-

sen endlich im großen Stil abschieben.“ Rainer Wendt, der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), bezeichnete das Kanzler-Versprechen dieser Tage als „Hohn“. Statt einer Abschiebe-Offensive habe die Ampel in der Zwischenzeit eine „Einwanderungs-Offensive“ ins Werk gesetzt.

Tatsächlich schwebt seit mehr als einem Jahr der als „Visa-Affäre“ in die Medien geratene Verdacht über Annalena Baerbocks Auswärtigem Amt, dass dort womöglich sogar unter Bruch der Gesetze die Aufnahme von zahlreichen Afghanen organisiert wurde. Gleichzeitig hebt Innenministerin Faeser die stationären Grenzkontrollen, durch die im Umfeld der Fußball-EM Tausende Fälle von Verstößen gegen Einreiseregeln und andere Gesetze aufgedeckt werden konnten, wider besseres Wissen wieder auf.

Egal, woher der Funke kommt

Das Einzige, was der Regierung in der Zeit seit Scholz' großspuriger Ankündigung von „Abschiebungen im großen Stil“ zum Thema Zuwanderung einfiel, war die Unterstützung von Großdemonstrationen gegen ein politisch bedeutungsloses Treffen in Potsdam, weil dort angeblich über Remigration gesprochen worden sein soll. Unübersehbares Ziel war es, jede Debatte über eine strengere Einwanderungspolitik und jede kritische Aufarbeitung der Multikulti-Illusionen mithilfe der altbe-

kannten „Kampf gegen Rechts“-Parolen im Keim zu ersticken.

Was immer mehr Deutsche zutiefst verstört, ist der Eindruck, dass die Regierung einer destruktiven Strategie gegen das eigene Land zu folgen scheint. Die verheerenden Resultate der Einwanderungspolitik treten täglich unleugbarer hervor, doch die Ampelkoalition treibt dessen ungeachtet die Politik der offenen Grenzen fort und hält an Gesetzen fest, die Abschiebungen hintertreiben.

Vielfach wird darauf verwiesen, dass der Auslöser für die Eskalation in England neben der Spur liege: Der Dreifachmord an den jungen Mädchen wurde von einem autistischen 17-Jährigen mit ruandischen Wurzeln begangen, nicht von einem Engländer hassenden immigrantischen Rassist. Doch bei Lichte betrachtet ist das unerheblich. Letztendlich interessiert sich das Pulverfass nicht dafür, woher der Funke kommt, der es zur Explosion bringt. Es geht einfach hoch.

Entscheidend ist, wie viel Pulver angesammelt worden ist bis zur gesellschaftlichen Detonation. Und hier bemüht sich die Ampel nach Kräften um Nachschub. Die Reaktion der Deutschen beschränkt sich bislang zumeist auf stille Wut, wachsende Verzweiflung und den schleichenden Rückzug aus ethnisch-kulturell „gekippten“ Stadtteilen. An den Wahlurnen jedoch dürfte diese Wut alsbald deutlich sichtbar werden.

IN DIESER AUSGABE

Politik

War Corona doch eine irregeleitete Biowaffe? Was das RKI schon früh wusste Seite 4

Kultur

Wie in Russland ein nicht existenter Dichter für Schlagzeilen sorgt Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Wie in Steinort und in der Wolfsschanze des 20. Juli '44 gedacht wurde Seite 13

Lebensstil

Stralsunds Meeresmuseum wurde nach umfangreicher Renovierung wiedereröffnet Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401 32
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Nach dem Anschlag Seit 22 Monaten laufen Ermittlungen. Der Verdacht erhärtet sich, dass die Ampel Erkenntnisse verheimlicht. So fallen die Antworten auf eine Große Anfrage der AfD extrem dünn aus

Nord Stream – Berlin 27 Mal ahnungslos

Ist Deutschlands Kritische Infrastruktur noch sicher, wenn ohne Druck nach den Tätern gefahndet wird?

VON WOLFGANG KAUFMANN

A m 12. April richtete die Bundestagsfraktion der AfD eine Große Anfrage an die Bundesregierung, deren 99 Einzelfragen dem Zweck dienten, endlich Licht in die seit 22 Monaten laufenden Ermittlungen zu den Attentaten auf die Nord-Stream-Pipelines zu bringen. Eingangs kritisiert die AfD das „demonstrative und provokative Desinteresse an der schweren Beschädigung einer Milliardeninvestition und zentralen Kritischen Infrastruktur Deutschlands“ auf Seiten der Bundesregierung. Dem folgt die Feststellung, dass die „behinderte, unterlassene oder nicht mit Nachdruck verfolgte Aufklärung der Tat ... das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Rechtsschutzorgane und die unbeschränkte Gültigkeit des Rechtsstaatsprinzips“ unterminiere.

Nun liegen die Antworten des von der FDP geführten Bundesministeriums der Justiz vor. Und diese sind ausgesprochen dünn, womit sie den Verdacht der vorsätzlichen Vertuschung zunehmend bekräftigen. Zwar steht eingangs: „Der Bundesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Hintergründe der Tat aufgeklärt und die hierfür verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden.“ Dem folgt dann aber ein Trommelfeuer ignoranter Reaktionen auf Fragen rund um die konkreten Hintergründe der Anschläge oder Details der Tatdurchführung. In 27 Fällen lautet die Antwort schlicht und einfach: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.“ Weitere elf Mal heißt es im Hinblick auf Fragen zum NATO-Marinemanöver BALTOPS 22 im Gebiet der Sprengungen: „Zu konkreten militärischen Fähigkeiten verbündeter Streitkräfte und deren spezifischer Einsatz- und/oder Übungsbeteiligung nimmt die Bundesregierung zur Wahrung der Vertraulichkeit in den bilateralen Beziehungen grundsätzlich keine Stellung.“

Staatswohl geht vor Aufklärung

Doch damit nicht genug: Auch über die bisher erlangten Erkenntnisse des Generalbundesanwaltes will die Ampel weiter schweigen. Es komme nicht in Frage, „bei den gegenwärtig andauernden Ermittlungen ... vorläufige Ergebnisse oder ein Zwischenergebnis der Ermittlungen zu veröffentlichen oder vorzulegen, da dies den Untersuchungszweck gefährden würde“. Besonders zugeknöpft gibt sich die Bundesregierung dabei im Falle der Fragen, die explizit auf die eventuelle Möglichkeit einer Beteiligung der Ukraine oder USA abzielen: Man sei „nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Beantwortung ... aus Gründen des Staatswohls nicht erfolgen kann. Das verfassungsmäßig verbürgte Frage- und Informationsrecht des Deutschen Bundestages gegenüber der Bundesregierung wird durch schutzwürdige Interessen von Verfassungsrang begrenzt, wozu auch und insbesondere Staatswohlerwägungen zählen.“

Ansonsten versteckt sich die Bundesregierung gleichermaßen hinter „den Restriktionen der ‚Third-Party-Rule‘“. Diese besage, dass alle Hinweise ausländischer Nachrichtendienste an deutsche Behörden „evident geheimhaltungsbedürftig“ seien und nicht an Dritte weitergegeben werden dürften. Denn „ein Bekanntwerden von Informationen, die nach den Regeln der ‚Third-Party-Rule‘ erlangt wurden, würde als Störung der wechselseitigen Vertrauensgrundlage gewertet werden und hätte eine schwere Beeinträchtigung der Teilhabe der Nachrichtendienste des Bundes am internationalen Erkenntnisaustausch zur Folge“.

Und wenn es um die Ermittlungsergebnisse der dänischen oder schwedischen Behörden geht, heißt es unisono, man äußere sich „nicht zu Fragen internationaler justizieller Zusammenarbeit“. Ebenso werden Medienberichte jeglicher Art grundsätzlich „nicht kommentiert“.

Keine Belohnung erwünscht

Eine Abfuhr erhielt die AfD darüber hinaus, was ihren Vorschlag betrifft, eine Belohnung für Hinweise zur Aufklärung der Anschläge in Millionenhöhe auszusetzen: Der Generalbundesanwalt „prüft im Rahmen seiner Sachleitungsbefugnis fortwährend, ob die Auslobung einer Belohnung für sachdienliche Hinweise bei den Ermittlungen zu den Sabotageakten förderlich sein kann. Nach dem bisherigen Verlauf der Ermittlungen besteht dafür jedoch aus ermittlungstaktischer Sicht kein Bedürfnis.“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt kommentierte die Antworten auf die Große Anfrage mit den Worten, die Bundesregierung erwecke weiterhin den Anschein, dass sie etwas zu verbergen habe.

Zu denken geben muss darüber hinaus die Reaktion auf die Frage 74, welche Lehren hinsichtlich der Sicherheit der Kritischen Infrastrukturen Deutschlands aus den Anschlägen gezogen worden seien. Außer einem Verweis auf den neu gebildeten „Gemeinsamen Koordinierungsstab zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (GEKKIS) unter Leitung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat auf Staatssekretärsebene“ findet sich in der Antwort nichts Substantielles.



Überblick über die Pipeline-Verläufe von Russland nach Deutschland und die durch die vier Sabotageakte vom 26. September 2022 herbeigeführten Lecks an den Gasleitungen von Nord Stream 1 und 2
Foto: dpa-infografik GmbH

STROMAUSFÄLLE DROHEN

Deutsche Offshore-Windkraftanlagen sind nicht gesichert

Bisher zeigt sich niemand wirklich verantwortlich – Rufe nach Schutz durch Militär vor Sabotage-Attacken werden lauter

Mittlerweile stehen bereits 1546 Offshore-Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 8,4 Gigawatt in der Nord- und Ostsee. Und es sollen noch deutlich mehr werden (siehe oben rechts). Dies wirft die Frage auf, wie sicher solche Anlagen überhaupt sind. Denn ein plötzlicher Ausfall der Windräder könnte zu erheblichen Problemen führen. Das gilt insbesondere dann, wenn der auf See produzierte Strom – so wie geplant – über Höchstspannungsleitungen nach Süddeutschland oder ins Ausland fließt. Unter diesen Umständen sind sogar kaskadenartige Ausfälle in weiten Teilen des deutschen beziehungsweise europäischen Stromnetzes durchaus möglich.

Clara Castelli, die Sprecherin des in Brüssel ansässigen Vereins WindEuropa, dem zahlreiche Unternehmen der Windenergiebranche angehören, bezeichnete die kritischen Offshore-Energieinfrastrukturen als „komplexes System, das nicht reguliert ist – weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene“. Deshalb gebe es ein extremes „Kompetenzwirrwarr“, das den Schutz der Plattformen mit den Windrädern betreffe.

Tatsächlich sieht die Lage in Deutschland so aus, dass sich weder das Verteidigungs- noch das Innenministerium oder die Bundespolizei vollinhaltlich zuständig fühlt. Man geht zwar nach den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines von

„einer abstrakten Gefährdung“ aus, verweist ansonsten aber auf die vorrangige Verantwortung der Betreiber der Anlagen wie RWE. Dieser Konzern teilte auf Anfrage allerdings nur mit: „Die Sicherheit und der Schutz unserer Offshore-Windparks genießt oberste Priorität.“ Dabei scheint aber fraglich, ob ein Unternehmen wie RWE hier wirklich hinreichend gerüstet ist. Immerhin gibt es enorm viele unterschiedliche Angriffsmöglichkeiten.

So könnten Schiffe die Plattformen auf See rammen und zum Einsturz bringen. Außerdem besteht die Gefahr von gezielten Attacken aus der Luft oder mit Hilfe von U-Booten beziehungsweise Tauchern. Im letzteren Fall wäre eine

„Es gibt ein extremes Kompetenzwirrwarr, das den Schutz der Plattformen mit den Windrädern betrifft“

Clara Castelli
Sprecherin des Vereins
WindEuropa

Sprengung der Fundamente der Windkraftwerke möglich – dafür würde im Prinzip die gleiche Technik in Frage kommen wie bei der Sabotage der Gasleitungen Nord Stream 1 und 2. Darüber hinaus weist WindEuropa darauf hin, dass die Lage der unterseeischen Kabel zwischen den Offshore-Anlagen und der Küste allgemein bekannt sei, und deswegen könnten auch Attacken auf diese erfolgen. Eine weitere Gefahr drohe von Cyberangriffen auf die Steuerung der Windräder, welche es in der Vergangenheit ohnehin schon mehrmals gegeben habe. WindEuropa regt daher eine engere Zusammenarbeit zwischen der Windkraftbranche und dem Militär an.

ENERGIEWENDE

13.000 mehr Windräder an den Küsten

Die Ampel-Regierung will die installierte Leistung der Offshore-Windkraftanlagen vor der deutschen Küste bis zum Jahre 2030 von aktuell 8,4 auf 30 Gigawatt steigern. Und in der nächsten Ausbaustufe bis 2045 sollen es schließlich sogar 70 Gigawatt werden. Legt man die durchschnittliche Leistung der gegenwärtig existierenden Windturbinen zugrunde, dann müssten 2045 mehr als 13.000 solcher Apparate in der Nord- und Ostsee stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jeder Windpark aus etlichen Einzelwindrädern besteht, deren Abstand oft bei mehreren hundert Metern liegt.

Daraus resultiert nach Aussage des Leiters der Abteilung Ordnung des Meeres im Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), Nico Nolte, ein enormer Flächenverbrauch innerhalb der deutschen Territorialgewässer sowie der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Bundesrepublik, welche sich über rund 33.000 Quadratkilometer erstreckt. Wie das BSH berechnete, würden die Offshore-Windparks 2045 etwa 20 bis 25 Prozent der AWZ beanspruchen. Zum Vergleich: Künftig sollen um die zwei Prozent der Landfläche der Bundesrepublik für Windkraftanlagen zur Verfügung stehen.

Insofern hat der BSH-Präsident Helge Heegewaldt absolut recht, wenn er konstatiert: „Die Energiewende verändert die Nutzung von Nord- und Ostsee in einem nie dagewesenen Umfang.“ So drohe künftig eine wachsende Konkurrenz zwischen der Windkraftbranche und der Fischerei beziehungsweise der Seeschifffahrt. Gleichzeitig ist sich das BSH sicher, dass es „keine Absenkung der Standards“ für den Schutz der maritimen Natur geben werde. Vielmehr würden sich die Windparks zu Rückzugsräumen für Meereslebewesen entwickeln. Das liege unter anderem daran, dass im Umkreis der Fundamente der Offshore-Plattformen keine bodennahe Fischerei erfolgen könne. Damit ignoriert das BSH allerdings andere, klar negative Auswirkungen der Windanlagen auf Flora und Fauna.

W.K.

Das Ende der Gleichberechtigung

Die Olympischen Spiele von Paris werden zum Triumphzug der Transgender-Bewegung. Während Sportler mit männlichen Chromosomen Frauen verprügeln dürfen und dafür Medaillen einheimsen, werden Kritiker vom IOC mit Sanktionen bedroht

VON BIRGIT KELLE

Die Frage „Was ist eine Frau?“ hat seit den Olympischen Spielen in Paris mit voller Wucht die weltweiten Medien erfasst. Der Auslöser der Debatte ist die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die beiden „Boxerinnen“ Imane Khelif und Lin Yu Ting trotz Zweifeln an ihrer Weiblichkeit und Protesten mehrerer Sportlerinnen sowie internationaler Boxverbände für die Teilnahme an den Frauenwettkämpfen zuzulassen.

Im Ergebnis konnten die beiden von Wettkampfrunde zu Wettkampfrunde weiterziehen, während ihre Mitkonkurrentinnen chancenlos untergingen. Während nun Zyniker formulieren, dass das Frauenverprügeln durch biologische Männer nun offiziell zur olympischen Disziplin befördert worden sei, ist das Problem dieser vermeintlichen Einzelentscheidung durch Sportfunktionäre viel tiefer: Wenn die Frage, was eine Frau ist, damit beantwortet wird, dass dies jede Person sei, die sich selbst dazu erklärt, und diese Definition von Weiblichkeit bei allen Sportarten als legitim erachtet wird, bedeutet dies nichts weniger als das Ende des internationalen Spitzensports für biologische Frauen.

Den Preis dafür zahlten in Paris Sportlerinnen, die wahrscheinlich ihr ganzes Leben lang hart trainiert haben, um den Traum von Olympia einmal zu erleben. Sie konnten zu Beginn ihrer sportlichen Karriere ja nicht ahnen, dass sie es eines Tages mit einem Olympischen Komitee zu tun bekommen, das bereits im Jahr 2000 willkürlich seine Richtlinien zur Bestimmung von Weiblichkeit und Männlichkeit veränderte.

Der Sinneswandel des IOC

Bis dahin wurde jedenfalls bei allen Teilnehmern ein sehr einfacher Speichel-DNA-Test zur Überprüfung des Geschlechtes durchgeführt. Obwohl weltweit Athletinnen unterschiedlichster Sportarten verlangten, diese Verifizierung weiter beizubehalten, hat man die bisherige Messung von Testosteronwerten beim IOC vor drei Jahren explizit durch eine neue Politik der „Fairness, Inklusion und Antidiskriminierung auf Basis von Genderidentity und Geschlechtsvariationen“ ersetzt. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Die Frage, was eine Frau sei, beantwortet das IOC seit dem Jahr 2000 jedenfalls im Namen der Toleranz und Antidiskriminierung nicht mehr anhand biologischer Fakten, sondern durch das, was im Pass eines Menschen als Geschlecht ausgewiesen ist.

Man könnte die Weiblichkeit oder Männlichkeit von Sportlerinnen also sehr leicht anhand ihrer DNA bestätigen, wenn man wollte, tut es aber nicht mehr. Zudem ignorierte das IOC auch alle im Vorfeld der Olympischen Spiele geäußerten Einsprüche und Warnungen. Etwa den Einwand der International Boxing Association IBA, die Imane Khelif 2023 von der Teilnahme an der Boxweltmeisterschaft der Frauen ausgeschlossen hatte, weil er den Geschlechtertest als Frau nicht bestanden hatte.

Was wir nun erleben, ist nicht nur eine Frage fehlender Fairness, wenn ein Frauenkörper gegen einen testosterongeschwängerten Männerkörper antreten soll, sondern gerade auch in Kontaktsportarten wie dem Boxen ein Risiko von lebensbedrohlichen Verletzungen. Und so fragte denn auch die IBA öffentlich in einer Stellungnahme, „warum das Olympische Komitee Athleten mit Wettbewerbsvorteilen die Teilnahme an ihren Wettkämpfen erlaubt“, und stellte „ernsthafte Fragen sowohl zur Fairness im Wettbewerb als auch zur Sicherheit der Athleten“.

Dass der Kampf „Transfrau gegen Frau“ im Sport fast tödlich ausgehen kann, hatte



Ende eines ungleichen Kampfes: Während der algerische Boxer Imane Khelif zum Sieger erklärt wird, lässt die im wahrsten Sinne des Wortes geschlagene Gegnerin Angela Carini resigniert den Kopf hängen
Foto: action press

bereits im Jahr 2014 die Transfrau Fellon Fox bewiesen, die in einem Boxkampf ihrer Konkurrentin Tamikka Brents einen Schädelbasisbruch zufügte. Bis 2013 kämpfte Fellon Fox als Mann im selben Sport.

Ein Schema, das sich in zahlreichen Sportarten durchzieht: Mittelmäßig begabte Männer stürmen nach erklärtem Geschlechterwechsel zur Frau die Siegetreppchen, sammeln Preisgelder ein und lassen sich gar als mutige Vorbilder der Transgendersonne feiern, während sich weibliche Sportlerinnen gezwungen sehen, mit diesen nach wie vor männlichen Körpern sogar die Umkleiden und Duschen teilen zu müssen. So wechselte etwa William Thomas zu „Lia“ Thomas im Schwimmen, um einige Jahre alle Wettkämpfe zu gewinnen. Im Handball wechselte der Australier Callum Mouncey als Spieler der australischen Nationalmannschaft nicht nur Geschlecht und Namen zu „Hannah“, sondern auch das Team und spielte fortan in der Frauennationalmannschaft seines Landes. Den Australiern sicherte der Zwei-Meter-Riese damit die Qualifikation der Frauen zur Weltmeisterschaft, auf der Strecke blieben Fairness und jene Frauen, die von ihm auf dem Platz im wahrsten Sinne des Wortes umgerannt wurden.

Die Umkehr der Fakten

Die Liste ließe sich in zahlreichen Sportarten fortsetzen – auch bei den Olympischen Spielen. Bereits im Jahr 2000 hatte „die“ südafrikanische Mittelstreckenläuferin Caster Semenya Debatten ausgelöst, weil sie als Transfrau bei den Frauen starten durfte und erwartungsgemäß mit ihrem männlich trainierten Körper Medaillen erlief. „Meine Hoden machen mich nicht weniger zu einer Frau“, sagte sie selbst in einem Interview, was die Mehrheit der Weltbevölkerung wahrscheinlich für eine steile These hält, nicht aber das IOC, auch wenn die „Frau“ Caster Semanya zwischenzeitlich mit ihrem „weiblichen“ Penis bereits zwei Kinder gezeugt hat.

Und so war sich der deutsche IOC-Präsident Thomas Bach nicht zu schade, tatsächlich in Paris vor laufender Kamera der Weltpresse live und in Farbe ins Gesicht zu lügen, es habe „nie Zweifel gegeben an der Weiblich-

keit“ der beiden Boxer Khelif und Lin. Sie seien angeblich als Frauen geboren und hätten einen weiblichen Pass, das reicht dem IOC. Dazu scheute er auch nicht eine völlige Umkehr der Tatsachen mit der Behauptung, hier wollten manche Leute eine neue Definition von Weiblichkeit einführen. Dabei tat das IOC selbst genau dies, indem es jede objektive biologische Definition von Weiblichkeit schlicht übergang und stattdessen das Wahlgeschlecht der Sportler statt objektiv überprüfbarer Fakten gelten ließ.

Den Preis zahlen die Frauen

Und so nahm das Drama in mehreren Akten seinen Lauf, beginnend schon beim ersten Kampf des Algeriers Imane Khelif gegen die Italienerin Angela Carini. Nach einem vollen Schlag ins Gesicht gab die Italienerin nach 45 Sekunden auf und brach weinend zusammen mit den Worten: „Das ist nicht fair.“ In der nächsten Runde trat Khelif gegen die Ungarin Luca Hamori an. Nicht nur sie selbst, auch der ungarische Boxverband hatte offiziell gegen die Zulassung von Khelif zu den Spielen protestiert. Hamori wurde zudem vom IOC offiziell vor dem Kampf verwarnet, da sie sich in mehreren Social-Media-Beiträgen massiv beschwert hatte, hier gegen einen Mann antreten zu müssen. Das IOC verlangte nicht nur die Löschung, sondern auch eine Entschuldigung von ihr. Damit nicht genug entzog man auch mehreren ungarischen Journalisten, die für ihre Landsfrau Partei ergriffen hatten, die Akkreditierung für die weitere Berichterstattung bei Olympia. Die Botschaft ist klar: Wer gegen die Weiblichkeits-Definition des IOC protestiert, wird sanktioniert. Den Kampf übrigens verlor die Ungarin klar 0:5 nach Punkten.

Die bulgarische Boxerin Svetlana Staneva wurde im Kampf gegen Lin Yu Ting ebenfalls mit 0:5 Punkten rausgewertet, sie verweigerte ihrem Mitkonkurrenten daraufhin den obligatorischen Handschlag und zeigte stattdessen mit gekreuzten Fingern ein X in die Kameras als Zeichen dafür, eine echte Frau mit XX-Chromosomen zu sein und nicht jemand, der sich wie Lin und Khelif trotz XY-Chromosomen in der Frauenkategorie eingeschlichen hat.

Mit denselben Testosteronwerten, die diese Männer natürlicherweise mitbringen, würden alle biologischen Frauen im Sport als gedopt gelten und disqualifiziert werden

Die Boxerinnen Carini, Hamori und Staneva könnten immerhin als Heldinnen von Paris vom Platz gehen, denn sie haben einiges an Schlägen eingesteckt, um ein weltweites Problem vor den Augen der Weltöffentlichkeit sichtbar zu machen: Wer männliche Chromosomen und das Testosteron eines Mannes besitzt, hat im Frauensport schlicht nichts verloren. Es ist dabei völlig irrelevant, wie sich die Herren Khelif, Lin, Williams und Co. fühlen, ob sie aufgrund von körperlichen Anomalien als Intersexuelle gelten, bereits als Kind als Mädchen großgezogen wurden, oder erst jenseits der Pubertät ihr Geschlecht wechseln und dann als Transfrauen leben oder siegen wollen.

Es mag sogar tragisch und für diese Sportler selbst nicht einfach sein, wenn es sich wirklich um ein ernsthaftes seelisches Verlangen handelt, das kann aber kein Kriterium sein, dem sich nun alle anderen Frauen im Sport beugen müssen. Denn mit denselben Testosteronwerten, die diese Männer natürlicherweise mitbringen, würden alle biologischen Frauen im Sport als gedopt gelten und disqualifiziert werden. Ein Mann ist durch seinen genetisch bedingten Körperbau einer Frau kräftemäßig überlegen. Eine Binsenweisheit und der primäre Grund für unterschiedliche Wettkämpfe für Männer und Frauen. Die Schlagkraft des Mannes liegt im Vergleich zur Frau bei über 160 Prozent. Fairness?

Kippunkt für Sport und Gesellschaft

Wenn Chromosomen und Biologie nicht mehr gelten dürfen, welche objektiven Fakten gelten denn dann noch? Der Spitzensport wird zur Farce, und es ist offensichtlich, dass das IOC hier gerade absichtlich Grauzonen öffnet und Präzedenzfälle schafft. Und so könnte der Skandal von Paris auch ein Kippunkt werden für die gesamte Debatte um Transrechte und ihre praktische Umsetzung.

Die Pariser Groteske wirft zudem den bösen Schatten einer dunklen Zukunft auch auf den Frauensport in Deutschland, wenn ab November das neue Selbstbestimmungsgesetz in Kraft tritt. Dann gilt auch hierzulande die Geschlechterdefinition des IOC: Entscheidend ist, was im Pass steht – und wie praktisch ist es, dass dann jeder einen Pass mit seinem Wunschgeschlecht bekommen kann. Jeder männliche deutsche Sportler kann sich damit in vier Jahren in allen Disziplinen der Frauen bei Olympia anmelden und qualifizieren. Und nicht nur in jeder Frauensaison, in jedem Umkleieraum und auf jedem Frauenquotenplatz sind demnächst Männer zu erwarten – in jedem einzelnen Sportverein wird dies Problem auftauchen, zum Nachteil von Frauen und Mädchen.

Diese ganze Sache zeigt exemplarisch die Grenzen der Gender-Debatte. Geschlecht ist keine Imagination, keine Einbildung, sondern ein Fakt. Hielten manche vor zwanzig Jahren die sich anbahnende Gender-Debatte und die Idee eines frei wählbaren Geschlechtes nur für einen schlechten Scherz, eine durchgeknallte Debatte woker Uni-Asta-Gruppen oder für eine Verschwörungstheorie, so ist sie jetzt Wirklichkeit und mit allen Folgen sichtbar.

Es ist somit an der Zeit, sich in der westlichen Zivilisation zu entscheiden, ob man weiter auf einem Narrenschiff segeln will, das immer totalitärer geführt wird und objektive Fakten durch Ideologie ersetzt, oder ob man in der Geschlechterdebatte wieder zu objektiven Maßstäben zurückkehren will. Es ist nicht intolerant, Menschen wie Imane Khelif nicht zu Frauenwettbewerben zuzulassen, es ist umgekehrt unfair gegenüber allen echten Frauen, es doch zu tun.

● **Birgit Kelle** ist freie Publizistin. Zuletzt erschien „Ich kauf mir ein Kind. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft“ (Finanz-Buch Verlag 2024).
www.birgit-kelle.de

● MELDUNGEN

Netzwerk sperrt für WHO ab

Berlin – Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) darf die Grenzen des Sagbaren hierzulande festlegen. So lautet ein aktuelles Urteil des Landgerichts Berlin, mit dem die Klage eines Nutzers gegen Sperrung von drei Wortmeldungen im Karrierenetzwerk LinkedIn zurückgewiesen wurde. Die Einträge behandelten Nebenwirkungen der Corona-Impfungen und die daraus resultierende Verfassungswidrigkeit einer Impfpflicht. Das Landgericht Berlin vertrat die Ansicht, dass das zum Microsoft-Konzern gehörende Netzwerk korrekt gehandelt habe, als es die Beiträge unter Berufung auf Verlautbarungen der WHO als „falsch“ und „irreführend“ einstufte. IT-Unternehmen seien grundsätzlich nicht zu einer eigenen Auseinandersetzung mit medizinischen Fragestellungen verpflichtet und berechtigt, die Zulässigkeit von Nutzerbeiträgen an den Aussagen von „weltweit führenden Gesundheitsorganisationen“ wie der WHO zu messen. **W.K.**

Schwarzarbeit in Deutschland

Berlin – Für die Bekämpfung von Schwarzarbeit in Deutschland sind die Bundeszollverwaltung, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FSK) sowie die kommunalen Behörden zuständig. Die FSK informiert über die Zahl der Betriebe und Beschäftigten, über welche sie, differenziert nach Wirtschaftszweigen, in den einzelnen Bundesländern Kontrollkompetenzen hat. Für drei Bundesländer hat die Bundesregierung nun Zahlen der FSK für 2023 vorgelegt. Demnach wurden in Baden-Württemberg 5,8 Millionen Euro an Verwarn- und Bußgeldern verhängt, die Höhe der Geldstrafen betrug 4,6 Millionen Euro. Aus Bayern wurden 56,9 Millionen an Verwarn- und Bußgeldern gemeldet, die Höhe der erfassten Geldstrafen lag bei 5,9 Millionen Euro. In Berlin lagen die Verwarn- und Bußgelder mit gut 950.000 Euro niedriger als die verhängten Geldstrafen in Höhe von 1,9 Millionen Euro. Die FSK ermittelt gleichermaßen gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. **MRK**

Luxus für den roten WDR

Köln – Der Sender WDR ist wegen der geplanten Anschaffung von Designer-Möbeln für sein Filmhaus in der Kölner Innenstadt in die Kritik geraten. Laut einem Bericht des „Kölner Stadtanzeigers“ sieht eine Ausschreibung die Anschaffung von etwa 2700 Möbelstücken vor. Dazu gehören 36 Lounge-Sessel für einen Stückpreis von 4499 Euro. Der Landtagsabgeordnete Gregor Golland (CDU) bezeichnete die geplante Ausstattung als „Schlag ins Gesicht der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler“. Golland, der Mitglied im WDR-Rundfunkrat ist, äußerte die Vermutung, die neue WDR-Intendantin Katrin Vernau werde „diesem verschwenderischen Vorhaben“ schnell ein Ende setzen. Der WDR verteidigte die Kosten mit dem Argument, bei der Ausstattung großer Gebäude würden üblicherweise Möbelstücke bekannter Hersteller als Referenz dienen, um ein Verständnis von Qualität sicherzustellen. **H.M.**



Die zwei Gesichter des Christian Drosten – was wusste der Virologe der Charité, der Top-Berater der Regierung war, wirklich?

WUHAN-LABOR

War Corona doch eine Biowaffe?

Erwiesen: Das RKI wusste früher über die Gefährlichkeit des Virus bescheid

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach einer erfolgreichen Klage des Online-Magazins „Multipolar“ musste das dem Bundesministerium für Gesundheit unterstehende Robert-Koch-Institut (RKI) die Protokolle der Sitzungen seines Corona-Krisenstabes im Zeitraum vom Januar 2020 bis April 2021 öffentlich zugänglich machen. Allerdings enthielten die aktuell freigegebenen Unterlagen im Umfang von 2515 Seiten zahlreiche Schwärzungen, die für überaus heftige Kritik sorgten. Daraufhin veranlasste Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die weitgehende Entschwärzung der Protokolle – ausgenommen aber bestimmte „personenbezogene Daten“ sowie „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“.

Nun jedoch spielte ein Whistleblower aus dem RKI der Journalistin Aya Velásquez das komplett ungeschwärzte Material zu. Darunter befinden sich auch diverse Zusatzdokumente wie Fotos von Veranstaltungen des RKI. Eines davon, das

die Kennung IMG_1278 trägt, ist dabei von besonderem Interesse, weil es nämlich die Erklärung dafür liefern könnte, warum die Bundesregierung zu Beginn der Pandemie nach einer Phase der anfänglichen Gelassenheit plötzlich in hektische Aktivität und regelrechten Aktionismus verfiel und all die Maßnahmen oktroyierte, welche nachfolgend zu den größten Grundrechtseinschränkungen in der Geschichte der Bundesrepublik führten.

Existenz einer Spaltstelle

Die dokumentierte Aufnahme entstand am 5. Februar 2020 während eines Vortrages des Leiters der Charité-Arbeitsgruppe Virusdiagnostik, klinische Virologie, Ökologie und Evolution zoonotischer Viren, Victor Corman. Sie zeigt eine Folie, auf der unter anderem steht: „nCov hat eine zusätzliche multibasische Furin-Spaltstelle“, wobei „nCov“ die damalige provisorische Bezeichnung für das Coronavirus SARS-CoV-2 war. Von der Existenz dieser Spaltstelle erfuhr Corman mögli-

cherweise durch seinen Kollegen, den Virologen Christian Drosten von der Berliner Charité, mit dem er den umstrittenen Corman-Drosten-PCR-Test zum Nachweis des Corona-Erregers entwickelte hatte.

Jedenfalls wussten die RKI-Mitarbeiter seit Cormans Vortrag von der Furin-Spaltstelle, welche für die hohe Infektiosität und leichte Übertragbarkeit von SARS-CoV-2 sorgt. Genau dies war eine extrem brisante Information, denn bislang besaß keiner der natürlich vorkommenden Corona-Erreger ein solches Merkmal, was eindeutig auf ein künstlich verändertes und dadurch gefährlicher gemachtes Virus hindeutet.

Auf Ursprung im Forschungslabor in Konferenz hingewiesen

Das erkannten einige US-amerikanische Wissenschaftler bereits im Januar 2020, wonach am 1. Februar eine internationale Telefonkonferenz mit zwölf verschiedenen Virus-Experten stattfand, an der auch Drosten teilnahm. Im Verlauf dieser Un-

terredung kamen noch weitere Hinweise zur Sprache, die auf einen wahrscheinlichen Ursprung des Corona-Erregers aus einem Forschungslabor hinwiesen. Daraufhin resümierte einer der Teilnehmer, er könne sich „kein plausibles natürliches Szenario“ vorstellen, bei dem aus einem Fledermausvirus unversehens das Virus SARS-CoV-2 hervorgehe, indem vier Aminosäuren und zwölf Nukleotide ganz spontan eine solche Furin-Spaltstelle bildeten.

Bemerkenswerterweise gehörte Drosten zu jenen Teilnehmern der Telefonkonferenz, die einen kurz darauf im medizinischen Fachblatt „The Lancet“ erschienenen Aufruf unterzeichneten, in dem davor gewarnt wurde, „Verschwörungstheorien“ rund um die Herkunft des neuartigen Coronavirus aus einem chinesischen Forschungslabor in Wuhan zu verbreiten. Warum Drosten dies tat, wird er sicherlich irgendwann vor einem Untersuchungsausschuss erklären müssen. Auf jeden Fall steht aber zu vermuten, dass der Corman-Vortrag im RKI nicht ohne Folgen blieb.

Vorwurf einer vorsätzlichen Desinformationskampagne

Hierzu schreibt der Professor für experimentelle Festkörperphysik an der Universität Hamburg, Roland Wiesendanger, welcher seit Februar 2021 die These vom Labursprung des Coronavirus vertritt und in diesem Zusammenhang Drosten für dessen „Desinformationskampagne“ kritisierte: „Basierend auf der Tatsache, dass die außergewöhnlichen Merkmale des SARS-CoV-2-Virusgenoms beim RKI und der Berliner Charité bekannt waren, kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die politischen Verantwortlichen der damaligen Regierung ebenfalls über diese entsprechenden Erkenntnisse verfügten.“

Das wiederum wirft laut Wiesendanger folgende Frage auf: „War es also die Sorge um die unvorhersehbaren Eigenschaften eines neuartigen, künstlich im Labor erzeugten Virus, die damals Anlass gab, dass die Bundeskanzlerin zur Prime Time im deutschen Fernsehen von einer der schlimmsten Katastrophen seit Ende des Zweiten Weltkriegs sprach?“ Oder anders ausgedrückt: Gingen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im Februar 2020 von einem möglichen Biowaffenangriff der Volksrepublik China aus? Sollte diese Frage mit einem Ja beantwortet werden können, würde der Spahn-Satz „Wir alle werden uns nach der Pandemie sehr viel zu verzeihen haben“ nicht nur zusätzlich an Bedeutung gewinnen, sondern viele Umstände auch in einem anderen Licht erscheinen lassen.

BIGOTTERIE

Bauministerin Geywitz rät: Aufs Land ziehen

Sie selbst machte es lieber umgekehrt und siedelte vom Ländlichen in die reiche Stadt Potsdam über

Während in Berlin, Hamburg, München und anderen deutschen Großstädten Wohnraum fehlt, stehen vor allem im ländlichen Raum rund 1,9 Millionen Wohnungen leer. Der Hinweis von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) an wohnungssuchende Großstädter, über einen Umzug aufs Land nachzudenken, hat ein gespaltenes Echo gefunden, denn die Idee der Bauministerin hat Haken.

Scharfe Kritik kassierte Geywitz, die einst selbst vom Land rein ins reiche Potsdam zog, zunächst einmal vom Koalitionspartner FDP. Deren Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erklärte empört: „Die Empfehlung von Frau Geywitz, die Menschen sollten einfach aus Großstädten wegziehen, grenzt an Hohn.“ Viele müssten wegen ihres Jobs, der Ausbildung oder Familie in der Stadt bleiben.

Begrüßt wurde der Vorschlag aber vom Städte- und Gemeindebund. Hauptgeschäftsführer Andre Berghegger sagte, mit rund 1,3 Millionen marktfähigen Wohnungen in ländlichen Regionen biete sich eine große Chance, die Wohnungsmärkte in den Ballungsräumen zu entlasten und gleichzeitig kleine und mittlere Städte und Gemeinden zu stärken. Allerdings wies der Verband ebenso auf schwerwiegende Probleme im ländlichen Raum hin.

Laut dem Städte- und Gemeindebund muss der öffentliche Personennahverkehr konsequent ausgebaut und die Anbindung an die Metropolen verbessert werden. Zudem müssten Bildungs- und Freizeitangebote und die medizinische Versorgung besser werden. Notwendig ist auch der Ausbau einer leistungsstarken Breitband- und Mobilfunkversorgung.

Denn tatsächlich müssen sich Bund und Länder den Vorwurf gefallen lassen, bislang nicht nur beim Wohnungsbau versagt zu haben.

Der Ärztemangel im ländlichen Raum ist bundesweit ein massives Problem. Die Robert-Bosch-Stiftung prognostiziert, dass im Jahr 2035 etwa 11.000 Hausarztstellen unbesetzt sein werden. Laut einer Untersuchung der Stiftung droht damit fast 40 Prozent der Landkreise in Deutschland eine hausärztliche Unterversorgung. Schon jetzt kann es im ländlichen Raum passieren, dass Zugezogene von Hausärzten nicht als neue Patienten aufgenommen werden und die Empfehlung bekommen, sich weiterhin an ihren bisherigen Hausarzt in der Stadt zu wenden. Gerade für Senioren dürfte ein Umzug damit keine echte Option sein. Für Menschen, die

im Berufsleben stehen, ist die Internetanbindung oft besonders wichtig. Laut einer Untersuchung des FTTH Council Europe verfügen im ländlichen Raum aber nur 23 Prozent der Haushalte über die Möglichkeit, einen schnellen Glasfaseranschluss nutzen zu können. Deutschland liegt damit weit abgeschlagen hinter Ländern wie etwa Dänemark mit einer Abdeckungsquote von 90 Prozent.

Bei der Diskussion um den Sinn des „Deutschlandtickets“ haben Kritiker darauf hingewiesen, dass es sich dabei vor allem um ein Angebot für Großstädter handelt, da das Angebot von Bussen und Bahnen in der Fläche des Landes dünn ist. Laut Umfragen des ADAC hängt für einen sehr hohen Anteil der Menschen im ländlichen Raum Mobilität von der Nutzung eines Autos ab. **H.M.**

WELTNEUHEIT

Technisches Meisterwerk bei Küstrin

Carbon statt Stahl: Neue Oderbrücke begeistert die globale Fachwelt mit innovativem Material

VON HERMANN MÜLLER

Für Reisende, die sich von Berlin zu einem Ausflug nach Küstrin auf den Weg gemacht haben, war bislang meist der Polenmarkt östlich der Oder das beliebteste Ziel. Geschichtsbewusste Küstrin-Besucher wandeln dabei auf den Spuren Friedrichs des Großen und besichtigen die Reste der preußischen Festung Küstrin. Seit Kurzem hat die Stadt aber eine weitere Sehenswürdigkeit, die das Potential hat, ein Magnet für Touristen zu werden.

Zwischen Küstrin-Kietz und Küstrin hat die Deutsche Bahn Ende Juli die weltweit erste Carbon-Eisenbahnbrücke in Betrieb genommen. Nach einem Entwurf des Berliner Architekturbüros Schüssler-Plan und des Londoner Büros Knights Architects wird die Oder nun von einer eleganten Brückenkonstruktion überspannt, die sich in strahlendem Weiß von der Oderlandschaft abhebt.

Technische Besonderheit der Bogenbrücke sind Verstrebungen, für die elastisches Carbon statt Stahl verwendet wurde. Der Brückenabschnitt, der stützungsfrei die Oder überspannt, ist 130 Meter lang. Am östlichen Oderufer schließen sich drei Vorlandbrücken an, die bis zur alten Küstriner Festungsmauer reichen. Insgesamt hat die neue Brücke eine Länge von 260 Metern.

Große Begeisterung in der Region

Bereits während der Bauphase waren Fachleute aus dem In- und Ausland ange-reist, um sich die leicht und filigran er-scheinende Konstruktion anzusehen. Auch in der Region ist die Begeisterung groß: „Diese Brücke strahlt“, so Frank Schütz, Bürgermeister des Oderbruchor-tes Golzow. Der CDU-Politiker hofft, dass das Bauwerk als architektonischer Höhe-punkt nach den Fachleuten auch Touris-ten anziehen wird und dass sich ein „Brückentourismus“ entwickelt.

Bei der offiziellen Eröffnungsfeier am 31. Juli lobte Brandenburgs Ministerpräsi-dent Dietmar Woidke (SPD), vor dem Hintergrund dessen, was Deutsche Polen angetan hätten, sei es schön, bei diesem Projekt das „Wunder der Normalität“ er-leben zu dürfen. Zudem erklärte Woidke anlässlich der Brückeneröffnung: „Pend-lerinnen und Pendler beidseits der Oder



Erstrahlt in elegantem Weiß: Die neue Oderbrücke bei Küstrin

Foto: Deutsche Bahn AG/Oliver Lang

können aufatmen.“ Tatsächlich war der Brückenbau für Bahnnutzer eine Ge-duldsprobe.

Der Abriss der alten Brücke und der Neubau haben rund dreieinhalb Jahre ge-dauert, ein Jahr länger als ursprünglich geplant. Neben den Corona-Maßnahmen haben Personalengpässe bei den Bauun-ternehmen und eine intensive Suche nach Altmunition die Bauzeit in die Länge ge-zogen. Obendrein blätterte dann auch noch vor dem Einbau Korrosionsschutz von der Brücke ab. Die Schutzschicht musste komplett wieder entfernt werden, bevor ein neuer Anstrich aufgetragen werden konnte. Während der langen Bau-zeit mussten die Fahrgäste der Regional-bahnlinie RB26 die Unterbrechung der Strecke und einen Ersatzverkehr zwi-schen Küstrin-Kietz und Küstrin ertragen. Statt der Bahn verkehrten auf der vielge-nutzten Pendlerstrecke nur Kleinbusse über die Oder.

Die Fertigstellung der Brücke ist nicht nur für die Berufspendler aus Küstrin und

Landsberg (Warthe) sowie für Touristen wichtig. Die Deutsche Bahn will die Küst-riner Oderbrücke künftig auch stärker für den Güterverkehr und als Ausweichmög-lichkeit für die Strecke Berlin–Frankfurt/ Oder–Posen nutzen. Züge können das neue Bauwerk in Küstrin nach Angaben der Bahn mit Geschwindigkeiten von bis 120 Kilometern pro Stunde statt des auf der alten Oderbrücke möglichen Tempos 30 passieren. Vorgesehen hat die Bahn beim Brückenbau auch für eine spätere Elektrifizierung der Strecke der soge-nannten Ostbahn, die einst von Berlin bis nach Ostpreußen führte.

Auch bei Görlitz geht es voran

Auch andernorts geht es voran mit den Schienenverbindungen über die Oder-Neiße-Grenze. Im Fall der Neißestadt Görlitz hat die Deutsche Bahn vor Kur-zem bereits einen Termin genannt, ab dem die Strecke zwischen Görlitz und Breslau wieder von E-Loks befahren wer-den kann. Auf Anfrage des MDR erklärte

die Bahn, dass es im Bahnhof Görlitz ab Ende 2026 zunächst eine Teilelektrifizie-rung mit polnischem Gleichstrom geben solle. Die Bauarbeiten sollen nach Bahn-angaben im kommenden Sommer begin-nen. Nutzen will die Bahn den Umstand, dass die polnische Bahn PKP bereits bis etwa zur Mitte der Eisenbahnbrücke über die Neiße eine Oberleitung instal-liert hat.

Der Verband Pro Bahn wies unterdes-sen darauf hin, dass die Strecke zwischen 1923 und 1946 bereits mit einer Oberlei-tung für E-Loks ausgestattet gewesen sei. Der Bund habe in einem Staatsvertrag vom Jahr 2003 gegenüber der polnischen Seite auch den Ausbau der Strecken Dres-den–Görlitz und Berlin–Görlitz überdies längst zugesagt. Nach Angaben von Pro Bahn hat die polnische PKP die Strecke von Breslau bis in die östliche Stadthälfte von Görlitz bis 2019 auch ausgebaut und elektrifiziert, während jedoch auf dem Gebiet der Bundesrepublik 20 Jahre lang nichts passiert sei.

LANDTAGSWAHLEN

Sorge vor einem Mega-Landtag wächst

AfD-Triumph bei den Erststimmen könnte das brandenburgische Parlament verfassungswidrig aufblähen

Durch die nicht wirklich verfassungskon-forme Wahlrechtsreform der Ampel-koalition wird sich der nächste Bundestag um rund 100 Sitze verkleinern. In Bran-denburg wird dagegen damit gerechnet, dass der neue Landtag deutlich mehr Ab-geordnete haben wird als die bislang 88. Seit der Europawahl diskutieren Juristen und Politikwissenschaftler sogar über die Frage, ob das Ergebnis der Landtagswahl am 22. September eventuell zu einer Sitz-verteilung im Landesparlament führt, die verfassungswidrig wäre.

Ursache der Befürchtung ist das gute Abschneiden der AfD bei der Europawahl. Sie galt als aussagekräftiger Stimmungstest vor der Landtagswahl. Die für Jahr-zehnte in Brandenburg dominierenden Sozialdemokraten wurden am 9. Juni nur noch in der Landeshauptstadt Potsdam stärkste Kraft. Im benachbarten Wahl-

kreis Potsdam-Mittelmark konnte die CDU triumphieren. In der breiten Fläche des Landes aber ging mit deutlichem Ab-stand die AfD als erste durchs Ziel. Auf dieser Grundlage halten es viele Beobach-ter für möglich, dass die AfD bei der Land-tagswahl in den 44 Wahlkreisen mehr Di-rektmandate erringt, als ihr nach dem Zweitstimmenanteil an Mandaten zu-stünden. An dieser Einschätzung ändert auch die neue Wahlbeteiligung des Bünd-nis Sahra Wagenknecht (BSW) nichts. Dies verzichtet bei der bevorstehenden Landtagswahl in Brandenburg näm-lich auf Direktkandidaten in den Wahlkreisen und tritt nur mit einer Landesliste an.

Sollte der AfD bei den Direktman-daten tatsächlich ein landesweiter Durch-marsch gelingen, müssten die anderen Parteien Ausgleichsmandate erhalten. Diese sind notwendig, um das Kräftever-

hältnis im Parlament gemäß dem Zweitstimmergebnis zurechtzurücken. Insgesamt könnte der Landtag damit auf mehr Mandate anwachsen, als es das Brandenburger Wahlgesetz zulässt. Das Wahlrecht sieht für den märkischen Landtag maximal 110 Mandate vor.

Möglicherweise Neuwahlen nötig?

Der Politikforscher Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung warnt bereits vor Verfassungsklagen, wenn Parteien et-wa durch die Deckelungsregelung nicht genug Ausgleichsmandate erhielten. Dies würde eine Verfälschung des Wählerwil-lens darstellen: „Gleichzeitig könnte die AfD durch zahlreiche Überhangmandate eine verfassungsändernde Sperminorität erreichen, die ihr nach dem Zweitstim-menergebnis nicht zusteht.“ Der Wissen-schaftler schlägt vor, das Wahlrecht zu

ändern, um einen Landtag mit mehr Man-daten möglich zu machen.

Der Parlamentarische Beratungs-dienst des Landesparlaments kam Ende Juli zu der Einschätzung, dass acht bis zehn Überhangmandate für das Wahlsys-tem verkraftbar seien. Eine Änderung des Wahlrechts hält der Dienst zunächst nicht für notwendig. Weiter ungeklärt ist damit allerdings der Fall, dass bei der Wahl im September eigentlich so viele Überhang-mandate notwendig werden, dass „das geltende Wahlrecht den Ausgleich eines erheblichen Teils davon nicht mehr zu-lässt“.

Nach Ansicht des Beratungsdienstes müsste sich dann das Landesverfassungs-gericht mit der Frage beschäftigen, ob die Sitzverteilung im Landtag den Wählerwil-len verfälscht und ob möglicherweise so-gar Neuwahlen notwendig sind. *H.M.*

KOLUMNE

Wieder da!

VON VERA LENGSFELD

Die Medien konnten es nicht ver-schweigen: Zu groß war die Querden-kerdemo, die am vergangenen Wo-chenende durch Berlin zog. Offiziell war von 12.000 Demonstranten die Rede, aber jeder, der den Zug gesehen hat, weiß, dass es ein Mehrfaches an Menschen war, das nach vier Jahren wieder auf die Straße ging.

Man erinnert sich, dass es bei der ersten Demonstration der „Querden-ker“ am 2. August 2020 in Berlin ähn-lich war. Nach Angaben der Polizei hatten rund 20.000 Teilnehmer gegen die damaligen Corona-Maßnahmen protestiert. Nach Einschätzung der Veranstalter war die Zahl um ein Viel-faches höher.

Berliner, die dem Protest jetzt auf dem Weg über den Kurfürstendamm und die Tauentzienstraße in Richtung Berlin-Tiergarten begegneten, staun-ten nicht schlecht: „Die gibt es noch!“ An der Spitze lief Michael Ballweg, der Initiator der ersten Querdenkerdemo in Stuttgart, der monatelang in Haft saß, ohne dass sich die gegen ihn vor-gebrachten Beschuldigungen erhärtet hatten. Diesmal hatte er sich gegen die Berliner Versammlungsbehörde durch-gesetzt, welche die Anmeldung und Or-ganisation der Kundgebung verzögert und unnötig erschwert hatte.

Ging es bei der ersten Querdenker-demo nur um die Corona-Politik, stand diesmal neben der Forderung nach Aufarbeitung der Entscheidun-gen vor allem die Politik der Ampel-regierung im Fokus. „Weg mit den Vollidioten der Regierung – Für Regio-nalität, direkte Demokratie, Machtbe-grenzung.“ Auf anderen Plakaten war „friedensfähig statt kriegstüchtig“ zu lesen, eine Replik auf die Forderungen von Bundesverteidigungsminister Bo-ris Pistorius (SPD), Deutschland müs-se bis 2029 kriegstüchtig sein. Die Gegendemo der „Omas gegen rechts“ nahm sich dagegen kläglich aus. Am Großen Stern fand am späten Nach-mittag die Abschlusskundgebung un-ter dem Motto „Freiheit, Frieden, Freude“ statt.

MELDUNG

Lausitz gehen die Leute aus

Cottbus – Der Strukturwandel-experte Stefan Zundel hat seine Prognose be-kräftigt, dass bis zum Jahr 2038 in der Lausitz rund 55.000 Arbeitskräfte feh-len würden. Eine entsprechende Stu-die hatte die brandenburgische TU Cottbus-Senftenberg (BTU) bereits zum Jahresanfang vorgestellt. Gegen-über dem Sender rbb sagte Zundel, der Bedarf an Fachkräften ergebe sich durch den Mangel von Menschen in der Region und durch die Attraktivität der Lausitz. Laut dem BTU-Wissen-schaftler bietet der Süden Branden-burgs noch immer große zusamen-hängende Gewerbeflächen. Die Mit-telstandsinitiative Brandenburg hat wiederholt darauf hingewiesen, dass kleine und mittelgroße Betriebe in der Lausitz in der Konkurrenz zu großen Ansiedelungsprojekten zunehmend Probleme bekämen, neue Arbeitskräf-te zu finden oder auch Beschäftigte in den Unternehmen zu halten. Allein im neuen ICE-Instandsetzungswerk der Bahn in Cottbus sollen bis 2026 bis zu 1200 Arbeitsplätze entstehen. *H.M.*

● MELDUNGEN

Deutschland ist EU-Ballast

New York – Er ist wieder da – der kranke Mann Europas. Sogar das US-Wirtschaftsportal „Bloomberg“ warnt: Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) erwartet die Bundesrepublik 2024 lediglich 0,1 Prozent Wachstum. Selbst dieser klägliche Wert ist noch mehr gehofft als berechnet. Verbunden werden die desaströsen Werte mit einem Namen: Olaf Scholz. Denn seit Antritt der aktuellen Regierung wiesen mehr als die Hälfte aller benannten BIP-Werte Stagnation oder Rückgang auf. „Bloomberg“ schreibt „... Ein Land, das lange Zeit als Motor des europäischen Wachstums galt, wird zunehmend zum Ballast ... Deutschlands Wirtschaft unter Scholz stagniert ...“ Einer der Gründe für die deutsche Schwäche sei das vorsätzliche Abwürgen der Autoindustrie mit dem drohenden Verbrenner-Aus. Und dies, obwohl die Kunden keine E-Autos wollen. Staatliche Planwirtschaft habe noch nie funktioniert und wird es auch diesmal nicht. „Bloomberg“ sieht in alldem „ein bedrohliches Zeichen für den angeschlagenen Kanzler“. *J.E.*

US-Bundesstaat verklagt Pfizer

Washington – Die Generalstaatsanwaltschaft des US-Bundesstaates Kansas hat Klage gegen das Pharmaunternehmen Pfizer erhoben, weil der Konzern die Öffentlichkeit mit „falschen, irreführenden und täuschenden Aussagen“ über die Wirksamkeit und Sicherheit seines Corona-Impfstoffs hinter das Vakzin verheimlicht und unterdrückt haben soll. Im Einzelnen wirft der republikanische Generalstaatsanwalt Kris Kobach Pfizer das Verschweigen etlicher schwerwiegender Impfnebenwirkungen und der mangelnden Schutzwirkung des gemeinsam mit dem Mainzer Unternehmen BioNTech entwickelten Impfstoffes Tozinameran beziehungsweise Comirnaty vor. Daher verlangt er Schadensersatz von Pfizer wegen des Bruchs von vertraglichen Vereinbarungen mit dem Bundesstaat. *W.K.*

Starliner hängt im All fest

Miami – Der Erstflug des von dem US-Luft- und Raumfahrtkonzern Boeing entwickelten Raumschiffes CST-100 „Starliner“ erweist sich als Fiasko. Nach dem Start der Kapsel am 5. Juni mit den NASA-Astronauten Barry Wilmore und Sunita Williams an Bord wurden fünf Lecks in den Heliumtanks des Triebwerksystems entdeckt. Darüber hinaus fielen mehrere Steuerdüsen aus, bevor der „Starliner“ an die Internationale Raumstation ISS ankoppelte. Seine Mission sollte bereits nach sieben Tagen enden, doch aufgrund der Triebwerksprobleme verzögert sich die Landung um unbestimmte Zeit. Bei weiteren Ausfällen der Steuerdüsen könnte die Kapsel beim Wiedereintritt in die Atmosphäre verglühen, was zum Tode der beiden Astronauten führen würde. Möglicherweise greift die NASA daher nun auf das Raumschiff „Crew Dragon“ des Boeing-Konkurrenten SpaceX zurück, um Wilmore und Williams sicher zur Erde zurückzubringen. *W.K.*

USA

Kamala Harris – Kandidatin mit Macken

Überhärte, Trickereien und Manipulationen in ihrer Justizkarriere werden der Demokratin vorgeworfen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die US-Vizepräsidentin Kamala Harris, die nun in die politischen Fußstapfen von Präsident Joe Biden treten will, ist eine studierte Juristin, die 1990 ihre Anwaltszulassung erhielt. Danach machte sie Karriere im Justizapparat des Bundesstaates Kalifornien. Ihre Meilensteine waren: Assistentin des District Attorney von Alameda County (1990–1998), Stellvertreterin des Bezirksstaatsanwaltes von San Francisco (1998–2004), Bezirksstaatsanwältin von San Francisco (2004–2011) und Attorney General, also Justizministerin und Generalstaatsanwältin, von Kalifornien (2011–2014).

Dabei erwies sich Harris von Anfang an als ausgesprochene Hardlinerin, die mit ihrer Law-and-Order-Einstellung vor allem die Partei-Linken der Demokraten gegen sich aufbrachte. Andererseits verstimmte sie die kalifornischen Republikaner, die ja selbst ein härteres Durchgreifen seitens der Justiz fordern. Kein Wunder also, dass die damals aufstrebende Staatsanwältin mit politischen Ambitionen Ziel-scheibe von immer mehr Angriffen von

beiden Seiten wurde. Insbesondere ihr hartes Durchgreifen und die öffentlichkeitswirksamen von ihr erwirkten Urteile waren Anlass für Unmut, Anschuldigungen und Verdächtigungen – mal aus fadenscheinigen Gründen, mal durchaus berechtigt. Auch wenn Harris aktuell gerade in Deutschland als die neue Heilsbringerin regelrecht glorifiziert wird und parallel ihre demokratischen Parteikollegen einen Wahlsieg wieder für möglich halten, so schoss die US-Vizepräsidenten durchaus hin und wieder weit über das Ziel hinaus. Das gehört zur Wahrheit über die demokratische Präsidentschaftskandidatin dazu.

Höchste Verurteilungsquote

Während ihrer Zeit in San Francisco wirkte sie fast 2000 Verurteilungen für Delikte im Zusammenhang mit dem Besitz, Konsum und Verkauf von Marihuana. 2010 betonte Harris, dass die Justiz von San Francisco unter ihrer Führung „die höchste Quote von Verurteilungen seit 15 Jahren“ hatte. Einige Urteile kamen allerdings auf dubiose Weise zustande. So manipulierte die Forensikerin Deborah Madden aus persönlicher Frustration Beweismittel in mindestens 600 Strafverfahren.

Trotzdem verzichtete Harris lange Zeit darauf, Madden zu suspendieren.

Anlass zur Kritik gab Harris' Verhalten als Attorney General von Kalifornien. Unter ihrer Ägide mussten Gefängnisinsassen Schwerstarbeit außerhalb der Haftanstalten leisten – für Stundenlöhne von teilweise nur acht Cent. Dazu kam 2011 der Fall Daniel Larsen. Der angebliche Neonazi sollte wegen des Tragens einer versteckten Waffe 27 Jahre absitzen. Dieses Urteil wurde allerdings aufgehoben, weil neun Augenzeugen, darunter ein Polizist, Larsen entlasteten. Harris weigerte sich anschließend geschlagene zwei Jahre lang, Larsen auf freien Fuß zu setzen.

Unsauber spielten Harris' Staatsanwältin Johnny Baca mit. Der wurde wegen Mordes zu 70 Jahren Haft verurteilt, weil er die Tat angeblich gegenüber einem Mitgefangenen gestanden hatte. Dem Letzteren winkte für seine Aussage die vorzeitige Entlassung, was der Zuträger aber unter Eid abstritt. Danach bestätigte Staatsanwalt Robert Spira diese Falschaussage mit einem Meineid. Im späteren Kreuzverhör vor dem Berufungsgericht kam heraus, dass Harris angeblich davon wusste.

Übertrieben hart handelte die Demokratin im Falle der Elfjährigen Shayla Peoples. Das schwarze Mädchen litt an einer schweren Erbkrankheit und versäumte daher oft die Schule. Harris ließ die Mutter der „Schulschwänzerin“ im April 2013 im Beisein der Presse von zwei Polizisten verhaften und publikumswirksam in Handschellen abführen. Auch wenn ihre Absicht, nämlich Schulschwänzern den Kampf anzusagen, durchaus lauter war, so heiligt nicht jeder Zweck die Mittel.

Angeblieh Beweismittel blockiert

Harris' Aktivitäten als Staatsanwältin und Attorney General stießen bereits im Wahlkampf von 2020 auf Kritik. Damals sagte die Präsidentschaftskandidatin Tulsi Gabbard, die bis 2022 den Demokraten angehörte: „Sie hat Beweismittel blockiert“ und „sie hat Menschen über ihre Strafzeit hinaus im Gefängnis gehalten, um sie als billige Arbeitskraft für den Staat Kalifornien zu benutzen“, Vorwürfe, die nie bewiesen wurden und wohl auch im Zuge des Rennens um eine Kandidatur gemacht wurden. Doch an jedem Gerücht ist bekanntlich ein Funken Wahrheit enthalten.



Kann auch anders: Hinter dem charmanten Lächeln von US-Vizepräsidentin Kamala Harris verbirgt sich absolute Härte, um ihre Ziele durchzusetzen

Foto: imago images

NAHER OSTEN

Erdoğan droht Israel mit Intervention

Einmarschdrohungen – Experten unterstellen dem türkischen Präsidenten populistische Motive

Dass der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan ein Populist ist, hat er schon öfter unter Beweis gestellt. Mit seinen jüngsten Drohungen gegen Israel könnte er allerdings eine rote Linie überschritten haben, was für sein Land ernsthafte Konsequenzen mit sich bringen dürfte. „So wie wir in Bergkarabach reingegangen sind, so wie wir in Libyen reingegangen sind, werden wir mit ihnen dasselbe tun“, sagte Erdoğan.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Israel waren bereits vor diesem Eklat auf dem Nullpunkt. Doch so unverhohlen hatte der Chauvinist aus Ankara bislang noch nicht gedroht.

„Angesichts der Drohungen des türkischen Präsidenten Erdoğan, in Israel einzumarschieren, und seiner gefährlichen Rhetorik wies Außenminister Israel Katz

seine Diplomaten an, sich dringend mit allen NATO-Mitgliedern in Verbindung zu setzen, um die Türkei zu verurteilen und ihren Ausschluss aus dem regionalen Bündnis zu fördern“, hieß es in einer Reaktion des Außenministeriums Israels.

Die Zeiten, in denen die Türkei als Beitrittskandidat der Europäischen Union galt, sind längst vorbei. Und die Töne aus Israel machten deutlich, wie ernst die Drohung genommen wurde. „Erdoğan tritt in die Fußstapfen von Saddam Hussein und droht mit einem Angriff auf Israel“, äußerte sich Katz auf dem Nachrichtendienst X. „Er soll sich nur daran erinnern, was dort geschah und wie es endete.“ Vor mehr als 20 Jahren marschierte die US-Armee in den Irak ein. Der Militäreinsatz führte zum Sturz des damaligen irakischen Diktators Hussein. Drei Jahre

später wurde Hussein wegen Massakern an Kurden und Schiiten hingerichtet.

Dass die NATO sich zu einem Militärschlag gegen die Türkei entschließt, gilt allerdings als äußerst unwahrscheinlich. Schließlich gehört das Land selbst dem Bündnis an. Dass die Türkei aus der NATO ausgeschlossen wird, ist zumindest denkbar.

Es gibt Stimmen, die Erdoğan unterstellen, er wolle lediglich von innenpolitischen Problemen ablenken. „Das Land steht mit dem Rücken zur Wand“, sagt Burak Copur, der Politikwissenschaften an der Internationalen Hochschule in Essen lehrt. Mit dem Feindbild Israel docke der Präsident an antisemitische Stimmungen in der Gesellschaft an und lenke gleichzeitig von der schlechten wirtschaftlichen Lage ab. Die Wut solle sich nach

außen richten. „Das machen Autokraten immer gerne“, erklärt Copur.

Ähnlich äußert sich Dawid Bartelt, Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul. Man müsse bei Erdoğan unterscheiden „zwischen seiner oft absurden Rhetorik und dem, was er dann politisch macht“. Der türkische Präsident sei bekannt dafür, „dass er rhetorisch gerne überstrapaziert“. Zu Hause könne Erdoğan punkten, „wenn er eine harte Linie gegen Israel markiert. Das braucht er und das tut er.“ Aber wenn es darauf ankomme, werde die Türkei nicht riskieren, aus der NATO ausgeschlossen zu werden. „Die NATO-Mitgliedschaft ist für die Türkei total wichtig. Zudem ist das Land offiziell auch noch EU-Beitrittskandidat, so komisch das auch klingen mag, aber auch da bestehen Beziehungen.“ *Peter Entinger*

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Galten die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) in Moskau bislang als ein „freundlicher Staat“, der trotz des Ukrainekriegs und der vom Westen verhängten Sanktionen gegen Russland weiterhin einen florierenden Handel mit Moskau betrieb, so scheint sich das Blatt zu wenden. Russische Medien berichten darüber, dass 15 bis 20 Prozent der im Ausland aktiven russischen Unternehmen in die Heimat zurückkehren wollen. Russen, die in den Emiraten Filialen eröffnet haben, berichten, dass sie mit Schwierigkeiten bei der Ausübung ihres „Business“ konfrontiert seien.

Banken verschärften zuletzt die Bedingungen für die Eröffnung von Geschäftskonten. Durch den Zuzug von Immigranten haben sich die Preise für Immobilien immens verteuert. Insgesamt haben seit dem Beginn des Ukrainekriegs 2022 knapp 12.000 russische Unternehmen ihre Niederlassungen ins Ausland verlegt. Diese Zahlen nennt das Unternehmen „Finion“, ein Umzugsunternehmen aus Moskau. Etwa 9000 russische Firmen sollen demnach auf dem Balkan tätig sein, in den Emiraten haben sich 1600 Unternehmer niedergelassen, in Kirgisien 800 und in Armenien 450.

Großer Empfang für Putin

Im Dezember vergangenen Jahres wurde Präsident Wladimir Putin in Abu Dhabi noch mit allen Ehren empfangen. Am Flughafen wartete Außenminister Scheich Abdullah bin Zayed al Nahyan auf ihn, später traf er im Präsidentenpalast Präsident Mohammed bin Zayed al Nahyan zu Gesprächen. Dabei wurden laut Putin ein verstärkter Dialog und eine intensive Zusammenarbeit vereinbart. Den vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verhängten Haftbefehl gegen den Kremlichef ignorierten sowohl die Emirate als auch das saudische Königreich, da sie sich nicht daran gebunden fühlten.

Russische Geschäftsleute, wie der Direktor für internationale Entwicklungen beim IT-Spezialisten „VisionLabs“, Anton Nasarkin, der seit 2019 ein Büro in Dubai hat, sagten, dass die VAE in Bezug auf Logistik und Rechtssicherheit eine großartige Option für eine Geschäftstätigkeit seien.

Noch im Frühjahr betrachteten russische Geschäftsleute den Markt der Emirate als mögliche Drehscheibe für Exporte in Drittländer und den Handel mit den Ländern des Nahen Ostens und Afrika. Über die VAE liefen bereits seit 2022 Parallelimporte von Elektronik nach Russland. Nachdem die USA, die EU und Großbritannien Sanktionen gegen russisches Gold verhängt hatten, wurde Russ-



Anlässlich Putins Besuch in Dubai im Dezember 2023: Formationsflug in den Farben der russischen Flagge zur Begrüßung

FOLGEN DER SANKTIONEN

Russische Unternehmen bekommen Probleme in Dubai

Schwierigkeiten bei Bankgeschäften, hohe Immobilienpreise und niedrige Gewinnspannen – Geschäftsleute denken über eine Heimkehr nach

land zum wichtigsten Goldlieferanten für die Emirate.

Furcht vor Sekundärsanktionen

Die Probleme begannen im Februar dieses Jahres, als die Banken der Emirate damit begannen, den Zahlungsverkehr mit Russland einzuschränken, nachdem die USA ihnen mit Sekundärsanktionen gedroht hatten. Von Kontenschließungen sind seitdem sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen betroffen. Ein Ausweg besteht darin, Konten bei Banken zu eröffnen, deren Eigner nur Araber sind, oder Scheichs als Anteilseigner am Unternehmen zu gewinnen.

Doch diese Möglichkeit steht nicht allen Russen offen. Es sind vor allem kleinere Unternehmen, die vor den neuen Herausforderungen kapitulieren. Besonders

jene, die erst vor Kurzem ihr Geschäft in Dubai eröffnet haben, berichten über große Probleme. Sie klagen über fehlende Kontakte und horrenden Ausgaben. Viele, die in die Heimat zurückkehren, haben zuvor im Ausland hohe Verluste erlitten.

Etliche russische Unternehmer beklagen sich zudem über nicht eingehaltene oder einseitig abgeänderte Verträge sowie darüber, dass Dienste, die bisher kostenfrei waren, plötzlich sehr teuer werden können. Russen in Dubai berichten über unzuverlässige Lieferanten und über langwierige bürokratische Prozeduren.

Aufgrund der muslimischen Mentalität in den Vereinigten Arabischen Emiraten haben es besonders Unternehmerinnen schwer. Jewgenija Krasnojarszewa, die Leiterin einer Werbeagentur, sagt, dass es Frauen fast unmöglich sei, die vielen Re-

geln einzuhalten, besonders, wenn es um den Umgang mit dem heimischen Personal geht. Tausende Dokumente müssten ausgefüllt werden, etwa, wenn es um die Entlassung eines untauglichen arabischen Mitarbeiters gehe. Hohe Geldstrafen drohten bei Nichteinhaltung der bürokratischen Vorgaben.

Rund 70 Prozent der im Ausland ansässigen russischen Unternehmen sehen sich mit zunehmenden Problemen konfrontiert, nicht nur in den VAE, sondern auch in Europa, in der Türkei und in Staaten der ehemaligen UdSSR. Länder wie Indonesien, aber auch Georgien und Kasachstan sowie Serbien bieten russischen Unternehmen, die nicht beabsichtigen, nach Russland zurückzukehren, eine anziehende Alternative mit günstigen Steuern und Immobilienpreisen.

VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

Dubiose EU-Pläne für ein Vermögensregister

Um russischen Oligarchen den Geldhahn zuzudrehen, spionieren Finanz-Geheimdienste Reiche aus

Die Europäische Union plant die Einführung eines europaweiten Vermögensregisters. Erste Machbarkeitsstudien wurden bereits 2021 in Auftrag gegeben. Damit reagierte Brüssel auf Anregungen aus dem EU Tax Observatory (Eutax), einem angeblich unabhängigen, aber von der EU mitfinanzierten Forschungsinstitut, welches auch mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin kooperiert. Zur Begründung hatten die Wissenschaftler geltend gemacht, dass die wirksame Umsetzung von „Sanktionen gegen russische Personen“ und der Kampf gegen die Geldwäsche beziehungsweise organisierte Kriminalität detaillierte Kenntnisse über die Vermögenswerte aller EU-Bürger erfordere: „Eine umfassende Datenbank, die auflistet, wo und von wem Vermögen gehalten wird“, könnte die Effizienz ge-

zielter Sanktionen, aber auch der Strafverfolgung, erhöhen. Denn momentan seien die Informationen über Vermögenswerte noch „sehr zerstreut“ und „bei verschiedenen Institutionen“ gespeichert.

Zur konkreten Umsetzung der Planungen der EU sollen nationale Finanz-Geheimdienste, sogenannte Financial Intelligence Units (FIU), etabliert werden. Diesen obliegt es dann unter anderem, Bankguthaben und Grundbücher zu durchforsten oder Informationen über Aktienbesitzer einzuholen. Und weil bestimmte Güter für Kriminelle oder russische Oligarchen besonders attraktiv sind, steht auch die Sammlung und Speicherung von Daten über den Besitz von Yachten, Flugzeugen und Autos im Wert von über 200.000 Euro auf dem Programm. Die Verweigerung der erforderlichen Aus-

künfte kann Strafen von bis zu zwei Millionen Euro nach sich ziehen. Darüber hinaus dürfen die Beauftragten der EU „Vor-Ort-Besuche mit gerichtlicher Genehmigung durchführen“. Die Verantwortung für die Erstellung und Verwaltung des Vermögensregisters trägt zukünftig eine geplante neue EU-Behörde namens Anti-Money Laundering and Countering the Financing of Terrorism Authority (AMLA) mit Sitz in Frankfurt am Main.

Fragliche Einblicke für Unbefugte

Normale Bürger sollen von den Maßnahmen nicht betroffen sein, sondern lediglich Personen, deren Vermögen „oberhalb einer bestimmten Schwelle“ liege, teilte der Sprecher der EU-Kommission Eric Mamer mit. Kritiker der EU wenden jedoch ein, dass das Ganze dennoch einen

massiven Eingriff in die Privatsphäre der Europäer darstelle und die Vermögensgrenze jederzeit drastisch abgesenkt werden könnte. So zum Beispiel, wenn die EU Abgaben zur Schuldentilgung erheben wolle oder eine politisch motivierte Vermögensumverteilung anstrebe.

Außerdem wird bemängelt, wer alles Zugang zu dem Vermögensregister erhalten soll: Neben den Behörden und EU-Finanzfahndern kommen hier angeblich auch „Personen mit berechtigtem Interesse, wie Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschullehrungen“ in Frage. Wenn diese Planungen tatsächlich so umgesetzt werden, dann droht ein Missbrauch sondergleichen. Genaueres lässt sich aber erst 2025 sagen, wenn die AMLA ihre Tätigkeit aufnimmt.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Biogasbauern geben auf

Berlin – Drei von vier deutschen Biogasbauern wollen ihre Anlagen im kommenden Jahr abschalten. Das ergab eine Umfrage unter Betreibern ländlicher Biogasanlagen durch das Internetportal „Agrarheute“. Als Grund nannten die Biogasbauern die Perspektivlosigkeit nach dem Ende der staatlichen Förderung auf der Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Dieses garantierte den Betreibern eine feste Vergütung für jede ins öffentliche Netz eingespeiste Kilowattstunde von 20 Cent. 2025 wird der Verdienst dann wohl nur noch bei sieben Cent liegen, während die Produktionskosten auf bis zu 19 Cent steigen. Momentan stehen in Deutschland um die 10.000 Biogasanlagen, welche rund sechs Gigawatt Strom liefern können. Wenn ein Großteil davon nicht mehr arbeitet, dann hat dies gravierende Folgen für die Netzstabilität und viele ländliche Betriebe oder Haushalte – zumal etliche Biogasanlagen zugleich auch der Wärmeversorgung dienen. W.K.

Volkswirtschaft geschrumpft

Berlin – Entgegen früheren Prognosen ist die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal um 0,1 Prozent geschrumpft. Vor allem Investitionen in Maschinen und Bauten nahmen laut dem Statistischen Bundesamt ab. Führende Wirtschaftswissenschaftler hatten ein Wachstum von 0,1 Prozent erwartet. Im ersten Quartal des Jahres hatte es noch zu einem Plus von 0,2 Prozent gereicht. Deutschland steht mit dieser Entwicklung derzeit hinter anderen großen EU-Staaten. So kam Frankreich im Frühjahr auf ein Plus von 0,3 Prozent, Spanien sogar von 0,8 Prozent. „Die deutsche Wirtschaft steckt in der Krise fest“, sagte Clemens Fuest, Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo. Auch die Exporterwartungen deutscher Unternehmen blieben zuletzt schlecht. Eine Erholung noch in diesem Jahr sei nicht in Sicht. P.E.

Antrag auf Laborfleisch

Paris – Die französische Firma Gourmey hat als erstes Unternehmen in der EU eine Vorabzulassung für Gänsestopfleber beantragt, die im Labor gezüchtet wurde. Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen bei den Lebensmittelsicherheitsbehörden der EU, der Schweiz, Großbritanniens, Singapurs und der USA einen Antrag auf Marktzulassung für seine zellbasierten Entenprodukte eingereicht. Laut dem Geschäftsführer von Gourmey verwendet das Unternehmen bei der Kultivierung im Labor keine Bestandteile tierischen Ursprungs, sodass die Stopfleber schlachtfrei sei. Die Landwirtschaftsminister Frankreichs, Italiens und Österreichs haben bereits im Januar gefordert, die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) solle spezielle Leitlinien für die Bewertung von im Labor gezüchtetem Fleisch herausgeben. Aus Sicht der drei Landwirtschaftsminister stellt im Labor kultiviertes Fleisch eine Bedrohung für „echte Produktionsmethoden“ dar. H.M.

KOMMENTAR

Ungemütliche Realität

HERMANN MÜLLER

In Sommer 1991 stimmte der damals noch in Bonn ansässige Bundestag für die Rückkehr von Regierung und Parlament nach Berlin. Verbunden war die Entscheidung seinerzeit mit Hoffnungen, die sich letztendlich nicht erfüllt haben. Der Ortswechsel vom beschaulichen „Bundesdorf“ hin zur ewig unfertigen Millionenstadt Berlin werde dafür sorgen, dass die Politik mehr Nähe zu den Problemen der Menschen bekomme, so ein Argument damaliger Umzugsbefürworter. Dreieinhalb Jahrzehnte später ist offensichtlich: Der Umzug vom Rhein an die Spree, die räumliche Nähe zu akuten Problemen des Landes, hat zu keiner besseren Politik geführt. Zu beobachten ist stattdessen oftmals sogar eine Art von kognitiver Dissonanz der Politik. Sie ignoriert, verschweigt und biegt zu recht, was nicht zu Weltbild und Parteiprogramm passt.

Das Willy-Brandt-Haus, die Bundeszentrale der SPD, befindet sich nur wenige Gehminuten von einem Ort entfernt, an dem nach Einschätzung von Beobachtern „ein normales Leben“ nicht mehr möglich ist. Die Rede ist vom Berliner Mehringplatz am Halleschen Tor. Das Quartier am südlichen Ende der Luxusmeile Friedrichstraße ist Berlins ärmster Innenstadtkiez. Hier erhalten fast 40 Prozent der Bewohner Transferleistungen. Mehr als die Hälfte der Kinder am Mehringplatz lebt in Familien, die Sozialleistungen beziehen. Der Anteil von Familien mit Migrationsgeschichte liegt bei über siebenzig Prozent. Ausgebreitet haben sich harte Drogen und Kriminalität: „Brutale Prügeleien und Überfälle sind hier das kleinste Problem“, so die Beschreibung des Mehringplatzes durch die „Berliner Zeitung“. Diese berichtet zudem, der Kiez werde nach Angaben von Bewohnern von einem Clan beherrscht.

Kein Blick für Realitäten

Prominenten Genossen der SPD wie Saskia Esken, Kevin Kühnert und Lars Klingbeil, die regelmäßig im nahegelegenen Willy-Brandt-Haus zusammenkommen, könnten am Mehringplatz eigentlich sehen, wie ihre bisherige Politikentwürfe in der Realität gescheitert sind, egal ob es um Zuwanderung, Innere Sicherheit, Sozialpolitik, Bildung

oder den Sozialen Wohnungsbau geht. Tatsächlich gibt es null Anzeichen, dass die Nähe zu diesem Berliner Brennpunktviertel dazu geführt hat, dass führende Genossen über einen Kurswechsel nachdenken, sich beispielsweise an der Integrationspolitik der dänischen Sozialdemokraten orientieren.

Auch dem Kanzleramt und den Bundesministerien rückt die ungemütliche Berliner Realität immer mehr auf die Pelle. Das Bundesverkehrsministerium trennt nur ein Kilometer vom Chaos des Berliner Hauptbahnhofs. An Deutschlands größtem Kreuzungsbahnhof laufen völlig überfüllte Züge reihenweise mit Verspätung ein. Hier wird deutlich, wie die Infrastruktur des Landes über Jahre runtergewirtschaftet wurde. Anfang August stürzte ein Brandanschlag auf relevante Kabel das Berliner Bahnsystem endgültig ins Chaos. Wie schon in früheren Fällen haben sich Linksextremisten zu dem Anschlag bekannt. Eine Diskussion, ob die Darstellung von Innenministerin Faeser tatsächlich zutrifft, wonach Rechtsextremismus aktuell die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland darstellt, blieb aus.

In der Blase eingerichtet

Auch eine brutale Messerstecherei in unmittelbarer Nähe des Kanzleramts führte nicht dazu, dass Olaf Scholz oder Nancy Faeser endlich ein Maßnahmenpaket gegen die zunehmende Gewaltkriminalität im Land vorlegten. Wenige Gehminuten von Kanzleramt waren nach Polizeiangaben zehn bis zwölf Männer mit Messern aufeinander losgegangen. Vier Afghanen kamen mit Verletzung in Krankenhäuser.

In Berlin macht sich inzwischen eine weitere alarmierende Entwicklung breit. Am 1. August kam es in der City-West in nur wenigen Stunden zu fünf Schüssen durch Kriminelle. Doch unsere Bundespolitiker diskutieren noch immer ergebnislos, was man gegen die ausufernde Messerkriminalität tun kann.

Die Hoffnung, die Berliner Republik würde durch Nähe zu akuten Problemen des Landes zu einer besseren Politik finden, hat sich nicht erfüllt. Beobachter sehen das genaue Gegenteil. Nämlich, dass sich Politik und Protagonisten seit dem Hauptstadttumzug in einer politischen und medialen Blase eingerichtet haben, die sie von den Problemen der Menschen abschottet.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Amüsieren sich köstlich über ihren eigenen Polit-Unsinn, der sie und das Land an den Abgrund bringt Foto: pa/dts-Agentur

LEITARTIKEL

Berliner Kaspertheater

JENS EICHLER

Tri-tra-trallala, der Kasper, der ist wieder da. Die meisten dürften es noch aus der Grundschule kennen: das Kaspertheater. Damals, als Kasper Larifari noch nicht binär, eine blondgezopfte Gretel keine kulturelle Aneignung und der böse Wolf noch nicht rassistisch waren. Doch wie steht es um den Berliner Polit-Mummschanz? Keine Frage, die SPD hat hier klar die Gretchenrolle übernommen – als willfähiges Rotkäppchen. Auch der böse Wolf ist eindeutig identifizierbar. Keiner frisst so bösartig seine Gegner wie die Grünen. Tja, bleibt wohl für die FDP nur noch eine Rolle übrig – die des lustig-trotteligen Kaspers.

Und in der Tat gibt Bundesfinanzminister Christian Lindner aktuell genau dieses Bild ab. Denn anders können weder sein Verhalten noch seine Äußerungen auch nur ansatzweise interpretiert werden. Lindner als der Zipfelmützen tragende Witzbold mit der Patsche in der Hand, mit der er den Koalitionskollegen gern mal eine drüberzieht.

Das aktuelle Narrenspiel: das aktuelle neue Haushaltsgezerre um ein paar weitere Steuermilliarden für drohende Finanzierungslücken. Sagte doch der FDP-Finanzminister im ZDF-Sommerinterview am 4. August: „Ich habe die politische Verantwortung für unsere Staatsfinanzen. Ich habe mich einmal auf einen Koalitionskompromiss eingelassen, der wackelig war und von Karlsruhe verworfen worden ist. Das passiert mir kein zweites Mal ...!“

Ganz gemein ausgetrickst

Eine Aussage, in der viel Dynamit steckt. So viel, dass man als Wahlvolk förmlich auf den Knall und damit auf das Platzen der Bombe wartet. Auch wenn Lindner, wie er selbst sagt, die Verantwortung über

den Haushalt trägt, so wirft er doch hinten herum Bundeskanzler Olaf Scholz (= Rotkäppchen) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (= der böse Wolf) vor, ihn hinterrücks ausgetrickst zu haben. So, so, er hat sich also beim Nachtragshaushalt im Herbst des letzten Jahres auf ei-

„Ich habe mich einmal auf einen Koalitions-Kompromiss eingelassen ... das passiert mir nie wieder!“

Christian Lindner
Bundesfinanzminister und FDP-Parteichef.

nen faulen Kompromiss eingelassen. Hört sich einerseits so an, als ob Kompromisse sonst so gar nicht Lindners Steckenpferd seien. Na klar, Kasper Lindner-Larifari ist ja bekannt für einen klaren, stringenten Kurs (kleine Ironie am Rande).

Oder hat er sich auf etwas eingelassen, ohne genau hinzusehen? Das hieße, er wurde einerseits von den beiden anderen Protagonisten über den Haushaltstisch gezogen und hat – immerhin der verantwortliche Fachminister – nicht so genau hingesehen. Betrogen und fehlende Akkuratess – auch für einen Kasper keine gute Mischung. Auf alle Fälle ergeht sich Lindner mit diesen Formulierungen wieder in hilfloses Gestammel, getreu dem Motto:

Ich war's nicht, schuld waren die anderen! Alles nichts Neues, wenn da nicht eine diesmal so definitiv klingende Drohung mit Ultimatus-Attitüde wäre: „Noch einmal passiert mir das nicht!“, droht Lindner. Sonst ...? Und wenn doch? Was dann? Lindner steckt in Wahrheit in einer ausgewogenen Lage, in einem Dilemma. Natürlich weiß der FDP-Chef, dass diese Regierung am Ende ist. Komplet am Ende. Tief im Inneren weiß er sogar, dass er seine Partei, aber allen voran die Bundesrepublik, von Anfang an gar nicht erst in diese prekäre Lage mit diesem unsäglichem Trio hätte bringen dürfen. Es war quasi Selbstmord auf Raten mit stets zu vielen lautstarken Ankündigungen. Lindner kann sich drehen und wenden, wie er will. Da kommt er nicht mehr raus. Und die anderen im Übrigen auch nicht.

Komplett ins Aus geschossen

Die einzig wahre Konsequenz wäre, einen finalen Schlussstrich zu ziehen. Es hat sich ausgekaspert. Und dann? Genau das ist der Haken. Die FDP könnte bei einer Neuwahl an der Fünfprozenthürde scheitern, die Grünen wahrscheinlich wieder im Nichts versinken und die SPD verkäme wohl zur Splitterpartei mit ein paar mickrigen Prozentchen. Okay, heißt also: Alle Mann festhalten, auch wenn das Boot zu sinken droht, wir bleiben noch an Deck. Ein Jahr lang Nase und Mund knapp über Wasser halten, auch wenn es noch so in die Atemwege schwappt. Was für eine Tortur – nur für noch ein Jahr mehr Machterhalt, ein Jahr mehr Murks und ein Jahr mehr deutsches Dahinsiechen.

Und dann? Dann hätte Kasper Lindner-Larifari endlich etwas Definitives geschaffen: nämlich sich und die FDP komplett ins Aus geschossen, als Genugtuung die anderen gleich mit, und der AfD hätte er spätestens jetzt zu einem grandiosen Sieg verholfen. Was für ein Kaspertheater!

Putin-Oden eines Unsichtbaren

In Russland macht ein falscher Dichter von sich reden – Seine als „Heldengedichte“ getarnte Antikriegskunst stammt aus der NS-Zeit

VON B. BOST UND H. TEWS

Der Dichter Gennadi Rakitin wird sogar mit einem Eintrag auf Wikipedia geehrt. Allerdings existiert er überhaupt nicht. Er ist, wie es im Englischen heißt, ein „hoax“, ein Scherz, ein Jux. Ausgedacht hat ihn sich eine Gruppe russischer Antikriegs-Aktivist*innen, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen seines Ukrainekriegs eine Zeit lang an der Nase herumgeführt hat.

Die patriotische Helden-Poesie dieses „Fake-Dichters“ hatte ihm in Russland eine große Anhängerschaft eingebracht. Seine Oden an Putin fanden in den sozialen Medien großen Anklang und wurden gelegentlich bei russischen Lyrikpreisen mit einer Auszeichnung bedacht. Der „Dichter“ wurde sogar zu öffentlichen Lesungen eingeladen, konnte dort aufgrund seiner Nicht-Existenz aber nicht auftreten. Eine Adresse hatte er auch nicht.

Was Rakitins Bewunderer jedoch nicht wussten: Bei den 18 Gedichten, die unter seinem Namen veröffentlicht wurden, handelte es sich in Wirklichkeit um russische Übersetzungen von NS-Gedichten aus den 1930er und 1940er Jahren. Alle patriotischen Gedichte haben die gleichen Topoi: Land, Blut, Freiheit, Ehre.

Ein Gedicht mit dem russischen Titel „Führer“, das zusammen mit einem Foto von Putin veröffentlicht wurde, hieß ursprünglich auch „Führer“ und wurde von dem NS-Schriftsteller Eberhard Wolfgang Möller in den späten 1930er Jahren geschrieben. Ein anderes, eine heroische Ode an die SS, wurde ins Russische übersetzt und zu einer Hommage an die Kämpfer der paramilitärischen Gruppe Wagner umfunktionierte.



Eines der wenigen Bilder des Fake-Dichters: Das Foto von Rakitin soll KI-generiert, also künstlich erzeugt sein Foto: A. Zakharow

Rakitin wurde von einer Gruppe anonymen Antikriegsaktivisten im Internet erfunden, die zeigen wollten, dass die „Z“-Propaganda, benannt nach dem Z-Symbol für Russlands Krieg in der Ukraine und der dominierenden Kraft in der russischen Kulturszene, mehr als nur ein schwaches Echo der NS-Ideologie sei. Darin ließen sich angeblich Hitler und Putin nicht mehr unterscheiden.

Im populären russischen sozialen Netzwerk vk.com war eine Seite nach

Gennadi Rakitin benannt, bis sie von den Behörden gesperrt wurde. Tatsächlich entpuppte sich das ganze Werk des falschen 49-jährigen Absolventen der philologischen Fakultät der Moskauer Staatsuniversität als eine Antikriegs-Performance. Zwei veröffentlichte Fotos von Rakitin, die ihn mit zerknitterten Augenbrauen, silbrigem Haar und einem struppigen Spitzbart zeigen, seien von Künstlicher Intelligenz (KI) generiert worden, behaupten die Autoren.

Die anonymen Autoren erklärten, dass fast alle von ihnen entdeckten NS-Gedichte perfekt in den aktuellen russischen Kontext passten, abgesehen von ein paar offensichtlichen Anachronismen. Aus „Deutschland“ wurde „Russland“, aber ansonsten wurden die Gedichte in exakten Übersetzungen veröffentlicht.

Russland = Drittes Reich?

„Politisch gesehen zeigt dies, dass die Ideen des nationalsozialistischen

Deutschlands den Ideen des modernen Russlands sehr ähnlich sind, auch wenn Russland behauptet, den Faschismus zu bekämpfen. In kultureller Hinsicht zeigt es, dass es keine Renaissance der russischen Kultur gibt, wie die Behörden behaupten, sondern nur ihre Degradierung“, so die Autoren.

Der Journalist Andrej Sacharow – ihn gibt es wirklich –, der als Erster öffentlich machte, dass es sich bei Rakitin um eine Fälschung handelte, zählte, dass fast 100 russische Abgeordnete dem Konto auf vk.com folgten, ebenso wie etwa 30 Senatoren und mehrere bekannte patriotische Kulturschaffende. Viele Gedichte wurden von Rakitins vk.com-Seite kopiert und von anderen Kriegsbefürwortern geteilt, was darauf hindeutet, dass ihr Ton und ihre Botschaft mit der aktuellen ultrapatriotischen Stimmung übereinstimmen, die von den russischen Behörden gefördert wird.

Die Hintermänner der Rakitin-Gedichte erklärten, man habe immer vorgehabt, an einem bestimmten Punkt reinen Tisch zu machen, um den Anhängern Putins und des Krieges die Widerwärtigkeit ihrer Ideologie vor Augen zu führen. Mit ihren Fake-Gedichten hätten sie die Nähe der Putin-Ideologie zu jener der NS-Zeit aufzeigen wollen. Das Ziel sei nun erreicht. Einige Antikriegsaktivisten kritisierten sogar, dass die Autoren schon nach wenigen Gedichten aufgaben. Was nur konsequent ist, denn wenn sie auffliegen, droht ihnen das Arbeitslager.

Inzwischen hat sich der falsche Rakitin mit dem einzigen echten Gedicht verabschiedet, das nicht aus der NS-Propaganda stammt: „Gennadi verspottete lange / Z-Gedichte in seinem Feed / Am Ende war seine Botschaft / Scheiß auf den Krieg.“

GRAPHIKKUNST

Das Einnebeln des Idylls

Natur, Mensch, Industrie in England um 1900 – Ausstellung zur Industrialisierung in der Kunst in Darmstadt

Die Industrialisierung war ein ebenso tiefgreifender kultureller Einschnitt wie der Übergang vom Nomadentum zur Landwirtschaft vor etwa 12.000 Jahren. Zahlreiche Künstler haben deshalb die landschaftlichen Veränderungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts verarbeitet.

Das Landesmuseum Darmstadt präsentiert derzeit exemplarisch Graphiken, welche den damaligen Wandel festgehalten haben. Dank einer Schenkung aus dem Jahr 2020 verfügt das Landesmuseum nun über mehr als 100 Werke von bedeutenden englischen Malerradiatoren. In der Ausstellung „Graphic Revival“ werden daraus 75 Werke von 28 Künstlern vorgestellt. Teils stammen diese ursprünglich aus einer Sammlung des preußischen Regierungsrates Heinrich Stinnes.

Die im 16. Jahrhundert entwickelte und im 17. Jahrhundert zur Blüte geführte Ätz-Drucktechnik der Radierung war im 19. Jahrhundert fast in Vergessenheit geraten. Es lag in der Berufung James McNeill Whistlers und seines Schwagers Francis Seymour Hadens, sie wiederzuentdecken und diesen Rückgriff für das beginnende industrielle Zeitalter künstlerisch nutzbar zu machen.

Die von ihnen angestoßene Drucktechnik-Bewegung war einerseits vom Geist der Romantik und des Symbolismus

durchdrungen, während sie andererseits zunehmend Industrielandschaften dokumentierte. Die Dampfmaschine und die Schwerindustrie veränderten Mittelengland nämlich sukzessive in das „Black Country“, das damals größte Industriegebiet der Welt.

Die Schau beginnt mit einigen klassischen, stilistisch von Rembrandt inspirierten Idyllen. Zahlreiche Landschaften von Haden zeigen die Wiederentdeckung der klassischen Drucktechnik anhand von lieblichen Natur-Szenarien und bei Ver-

wendung von Hell-Dunkel-Kontrasten. In seiner „Challow Farm“ von 1877 zeigt er einen im Vordergrund grasenden Esel, hinter dem sich ein von Wiesen, Büschen und Bäumen geprägtes Tal erstreckt. Die Landschaft mit Packesel findet sich auch in Charles-Francois Daubignys „L'Ane au Pré“ von 1862. Das Rembrandtsche Windmühlen-Motiv griff Hester Frood um 1914 mit „The two windmills“ auf.

Doch schon bald schieben sich Industrieanlagen ins Bild. In Edwin Edwards „Englische Industrie-Landschaft“ von

1866 dominieren hinter der historischen Ansicht Bristols mit dessen Kirchtürmen längst unzählige rauchende Schornsteine. Präsentiert Sion Longley Wenban mit seiner „Brücke im Dachauer Moos“ vordergründig noch ein romantisches Flussidyll, so wird dieses bereits durch die endlosen Waggons eines am Horizont fahrenden Güterzuges kontrastiert. Vermeintliche Wolken entpuppen sich zunehmend als aufsteigender Rauch der Dampfmaschinen. In „The Mill at the Harbour“ (1913) von Dorothy Edith Griffiths Woolaard zwirbelt sich der Rauch aus dem Schornstein eines Dampfbootes spiralförmig und fast ornamental in den Hafenhimmel.

Und so endet die Schau mit Frank Williams Brangwyns dramatischen Inszenierungen des Tagwerks von Lohnarbeitern und mit Joseph Pennells Ansichten einer durch Strommasten, Eisenbrücken und gigantische Werksanlagen nun komplett industrialisierten Landschaft.

Claus-M. Wolfschlag



Stahl und Dampf auf Papier: Ernest Stephen Lumsdens „Forth Bridge“ (1909)

● MELDUNGEN

Die Kultur der Samen

Berlin – Vom 15. August an laufen im Dahlemer Museum Europäischer Kulturen einen Monat lang die 20. Europäischen Kulturtag. Gewidmet sind sie der nordeuropäischen Region Sápmi. In den Veranstaltungen wird die samische Kultur mit Lesungen, Gesängen und Kunsthandwerk vorgestellt. www.smb.museum tws

Gleich zweimal Neues bei Kleist

Frankfurt an der Oder – Vom 6. August bis 1. September zeigt das Kleist-Museum gleich zwei Sonderausstellungen. Präsentiert werden sowohl Neuzugänge der weltweit größten Sammlung zu Heinrich von Kleist als auch Arbeiten von über 200 Schülern aus Frankfurt (Oder), die im Rahmen von Projekten im Schuljahr 2023/24 entstanden sind. Zu den Neuerwerbungen zählen Zeichnungen der Künstler Angela Hampel und Michael Blümel zu Kleist-Werken wie dem Drama „Penthesilea“ und der Erzählung „Michael Kohlhaas“. Internet: www.kleist-museum.de tws

FRIEDRICH RUDOLPH LUDWIG VON CANITZ

Diplomat, Weltmann und Poet

Seine Zeitgenossen kannten ihn wegen seines Berufs, die Nachgeborenen wegen seines Hobbys – Vor 325 Jahren starb der Berliner

VON MARTIN STOLZENAU

Friedrich Rudolph Ludwig Freiherr von Canitz entstammte einem meißnischen Adelsgeschlecht mit dem Stammsitz Canitz bei Wurzen und machte in kurbrandenburgischen Diensten Karriere. In seiner Freizeit betätigte er sich als Poet. Seine Satiren, Oden, Elegien sowie Idyllen, die erst nach seinem Tode der Öffentlichkeit zugänglich wurden, orientieren sich am französischen Klassizismus, heben sich vom Schwulst der zeitgenössischen Hofpoeten erheblich ab und zählen zu jenen deutschen Dichtungen, die auch Friedrich der Große akzeptierte. Später gehörte er zur Lektüre in Wolfgang von Goethes Elternhaus.

Theodor Fontane widmete Canitz nach dem Aufenthalt in Blumberg, dem brandenburgischen Gut des Hobby-Dichters, in den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ sein wohl schönstes Epitaphium, was die nachhaltige Wirkung von Canitz’ Versen unterstreicht.

Friedrich Rudolph Ludwig Freiherr von Canitz wurde am 27. November 1654 in Berlin geboren. Sein Vater fungierte als brandenburgischer Hof- und Kammergerichtsrat, preußischer Landrat und Hauptmann zu Balge. Seine Mutter war eine Tochter des brandenburgischen Staatsmannes Konrad von Burgsdorff. Nach dem frühen Tod des Vaters und der Wiederverheiratung der Mutter wuchs der Knabe bei Anna Elisabeth von Burgsdorff auf, seiner Großmutter, von der er später die Familiengüter Blumberg, Dahlwitz, Eiche sowie Hellersdorf übernahm.

In den Diensten der Hohenzollern

Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Leiden und Leipzig unternahm der Adelsspross ausgedehnte Bildungsreisen, die ihn auch nach Italien, Frankreich, England und die Niederlande führten. Canitz lernte in Rom den deutschen Jesuiten und Universalgelehrten Athanasius Kircher kennen, in Florenz den Großherzog der Toskana Cosimo III. de’ Medici und in Padua den französischen Arzt und Numismatiker Charles Patin. Überall erwies er sich als ein überaus gelehriger Schüler, der zusätzlich mit besten Umgangsformen zu glänzen wusste.



1677 wurde der junge Hoffnungsträger vom Großen Kurfürsten als Kammerjunker übernommen und stetig gefördert.

1680 wurde er Legationsrat, 1683 Amtshauptmann, erst von Zossen und Trebbien, später der Ämter Mühlenhof und

Aus der 1734 bei Ambrosius Hauden in Berlin und Leipzig erschienenen zweiten Auflage des Werks „Des Freyherrn von Canitz Gedichte. Mehrenteils aus seinen eigenhändigen Schriften verbessert und vermehret, Mit Kupfern und Anmerckungen, Nebst dessen Leben und einer Untersuchung Von dem Guten Geschmack in der Dicht- und Rede-Kunst, ausgefertigt von Johann Ulrich König, Sr. Kön. Maj. in Pohlen und Churfl. Duchl. zu Sachsen Hof- und Ceremonien-Rath“: Bildnis des Friedrich Rudolf Ludwig von Canitz

Foto: Wikimedia

chen Geheimen Rat. 1698 wurde er von Kaiser Leopold I. in den Reichsfreiherrnstand erhoben.

Canitz offenbarte im Dienst der Hohenzollern bei zahlreichen Gesandtschaften große diplomatische Fähigkeiten. Er war ein kluger Verhandler, glänzte überall auf dem glatten diplomatischen Parkett und vertrat die Hohenzollern besonders erfolgreich am kaiserlichen Hof und in Hamburg, wo 1701 der Hamburger Erbvergleich den mehr als fünfjährigen Erbfolgestreit der mecklenburgischen Dynastie um das (Teil-)Herzogtum Mecklenburg-Güstrow beendete, dessen Herzogshaus 1695 im thronfolgefähigen Mannesstamm erloschen war.

Veröffentlichungen post mortem

Canitz’ letzte berufliche Mission war 1699 die Teilnahme als bevollmächtigter Minister Kurbrandenburgs beim Verhandlungspoker um die spanische Erbfolge in Den Haag. Dort erkrankte er jedoch und trat von seinem Posten zurück. Canitz kehrte auf sein Gut Blumberg zurück und starb noch im selben Jahr. Das war vor 325 Jahren, am 11. August 1699.

Im Gegensatz zu seinen Zeitgenossen kennen wir Nachgeborenen den Reichsfreiherrn weniger ob dieser beruflichen Tätigkeit als wegen seiner Dichtkunst. Wann immer es seine Zeit am Hofe des Kurfürsten und auf Reisen in diplomatischen Missionen zuließ, wandte sich Canitz mit der Kenntnis des französischen Klassizismus und in Ablehnung des um ihn herum gängigen Schwulstes vieler sogenannter Hofpoeten der Dichtung zu. Er nutzte als erster in Deutschland den französischen Knittelvers, thematisierte die Schwächen seiner Zeit, ohne polemisch zu werden, und stellte der Ehrsucht des Adels und der Habsucht des Bürgertums die christliche Nächstenliebe gegenüber.

Da er auf Veröffentlichungen verzichtet hatte, war er zu Lebzeiten als Dichter nur seinem engen Umfeld bekannt. 1700, also ein Jahr nach seinem Tod, gab es einen anonymen Erstdruck seines literarischen Werkes. Diese Veröffentlichung erreichte binnen weniger Jahre neun Auflagen und eine große Verbreitung. Schließlich gehörten auch Friedrich der Große, Goethe und Fontane zu seinen Lesern.

CARL SCHLICKEYSEN

Pionier der industriellen Massenfertigung von Ziegeln

Unter den diversen Erfindungen des vor 200 Jahren geborenen Preußen ragt die Schneckenpresse für Ziegeleien hervor

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte Preußen einen industriellen Aufschwung, der sich nach der Reichseini-gung enorm steigerte und auf ganz Deutschland übergriff. Für die wachsende Zahl an Industriebauten und die Wohnbauten für die Arbeiter stieg der Ziegelbedarf in ungewöhnliche Dimensionen. Die Ziegelherstellung boomte. Einige Erfinder und Unternehmer entwickelten sich in diesem Bereich zu Industriepionieren. Das reichte von Friedrich Hoffmann und Julius Albert Gottlieb Licht über Hermann August Seger, Otto Bock und Rudolf Hiesel-scher bis zu Carl Schlickeysen.

Letzterer wurde vor 200 Jahren, am 13. August 1824, in Trier geboren. Der Preuße etablierte sich als führender Erfinder und Ziegelfabrikant im Berliner Umfeld und damit zu einem der Eckpfeiler für Preußens wirtschaftlichen Aufstieg.

Der erfolgreiche Erfinder und Unternehmer hatte betuchte Eltern. Nach dem Schulabschluss und einer Techniker- ausbildung sammelte der ab 1841 in Berlin lebende technische Tüftler in dortigen Maschinenfabriken erste praktische Erfahrungen.

1850 wagte Schlickeysen den Schritt in die Selbstständigkeit. Er gründete in Berlin eine kleine Maschinenfabrik für den Bau von Drainrohrpressen. Hierbei handelte es sich zuerst um sogenannte Radpressen, denn die Schnecken- beziehungsweise Strangpressen für Ziegeleien erfand er erst vier Jahre später. In jenem Jahr 1854 brachte er eine stehende Ziegel- presse zur Herstellung von Dachziegeln auf den Markt, die er im Folgejahr auf der landwirtschaftlichen Ausstellung im damaligen Cleve und heutigen Kleve vorführte. Als Vorbild diente ihm wohl die hölzerne holländische Kleinmühle.



Genialer Erfinder: Carl Schlickeysen

FOTO: UNIBERLIN/WIKIMEDIA

Anfänglich arbeitete Schlickeysens Erfindung noch mit Pferdekraft. Aber bereits 1858 wurden von ihm Exemplare mit Kraftantrieb über Lederriemen in Roßlau an der Elbe ausgestellt und in einer eigenen Ziegelei in Cremmen in Betrieb genommen.

Als die bisherigen Fabrikationskapazitäten nicht mehr ausreichten, wechselte Schlickeysen um 1887 in den Komplex Wassergasse 18, wo genügend Platz für Erweiterungen vorhanden war. Seine Spezialfabrik für Maschinen zur Ziegel-, Torf-, Tonwaren- und Mörtelproduktion stieg zum Marktführer auf. Alle seine Erfindungen ließ er sich patentieren. Für jeden größeren Bezirk bot er nur jeweils eine Patentlizenz zur Nachfertigung an.

Der Preuße unterhielt regen Kontakt zu Kollegen wie Friedrich Hoffmann, beteiligte sich an zahlreichen Ausstellungen

und erstellte dafür und für den Verkauf eigenständige Kataloge. 1896 wurde ihm auf der Berliner Gewerbeausstellung für seine Produkte die Goldene Staats-Medaille verliehen. Die Katalogangebote waren alle umfangreich bebildert und reichten von einer „Patent-Ziegel-Presse für Vollziegel ohne Struktur-Risse“ über eine „Torf-Maschine“ und einen „Patent-Becherelevator“ bis zu einer „Patent-Sicherheits-Riemenscheibe“.

Aber dann forderte das Alter von Schlickeysen Tribut. Er zog sich mit 82 Jahren aus dem operativen Geschäft zurück und überließ jüngeren Kräften die Fortführung des großen Unternehmens, das dann ab 1906 als „Rixdorfer Maschinenfabrik vorm. C. Schlickeysen“ weitergeführt wurde. Am 14. Juni 1909 starb der erfolgreiche Erfinder und Unternehmer in Berlin-Steglitz.

M.S.



Begrüßung unter Unionspolitikern: Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Plutoniumaffäre, Gerhard Friedrich (CSU, l.), und der Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer (CDU), am 19. Januar 1996 in Bonn vor Beginn der Vernehmung des Letzteren

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor 30 Jahren, am 10. August 1994, landete eine aus Moskau kommende Boeing 737 der Lufthansa auf dem Flughafen München. Mit an Bord waren der Kolumbianer Justiniano Torres Benítez sowie die beiden Spanier Julio Oroz Eguia und Javier Bengoechea Arratibel. Sofort nach ihrer Ankunft in der bayerischen Landeshauptstadt wurden sie verhaftet, weil sie 363,4 Gramm radioaktives Plutonium und 201 Gramm Lithium 6 mit sich führten, beides Materialien, die für den Bau von Kernwaffen nötig sind. Deshalb kamen die Plutonium- und Lithiumschmuggler auch wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vor Gericht.

Die deutschen Sicherheitsbehörden und die CSU-geführte Landesregierung in München feierten dies als großen Erfolg. So sprach der bayerische Innenminister Günther Beckstein von einem „Schlag gegen die internationale Atommafia“, die nukleares Material aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion an Staaten wie Nordkorea verhökere. Möglicherweise auch deshalb triumphierten die CSU beziehungsweise die schwarzgelbe Regierungskoalition bei den Landtags- und Bundestagswahlen im September/Oktober 1994.

Wenige Monate später schrieb das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ allerdings, der vermeintliche Ermittlungserfolg sei Teil einer Geheimoperation des Bundesnachrichtendienstes (BND) namens „Hades“ gewesen, mit welcher der nach dem Ende des Kalten Krieges um seine zukünftige Rolle besorgte deutsche Auslandsgeheimdienst den Eindruck habe erwecken wollen, dass ein weltweites Netzwerk von Atomschmugglern existiere. Und zu diesem Zweck habe der BND das Scheingeschäft mit den drei Kleinkriminellen selbst eingefädelt, und das, obwohl der Plutonium-Lufttransport äußerst riskant gewesen sei.

In der Tat wäre es beim Absturz der B 737 zur Verseuchung des gesamten Großraumes München gekommen, denn Plutonium ist nicht nur stark radioaktiv, sondern auch extrem giftig. Nur 0,00027 Gramm des Elementes genügen,

um einen Menschen zu töten. Und aus später offengelegten Berichten an den damaligen Beauftragten für die Nachrichtendienste des Bundes, Staatsminister Bernd Schmidbauer (CDU), geht zweifelsfrei hervor, dass die deutschen Sicherheitsbehörden damals über keine ernstzunehmenden Hinweise auf einen Schwarzmarkt für spaltbares Material oder nuklearen Terrorismus verfügten.

Aufdeckung durch die Presse

Der damalige Oppositionsführer Rudolf Scharping (SPD) kommentierte die „Spiegel“-Enthüllungen mit dem Vorwurf, der BND habe den Atom-Deal nur inszeniert, um mehr Befugnisse zu bekommen. Das von Scharping unterstellte Ziel der Geheimoperation wurde insoweit erreicht, als im Oktober 1994 der Bundestag ein neues Verbrechenbekämpfungsgesetz verabschiedete, das den BND ermächtigte, an der Verfolgung der organisierten Kriminalität mitzuwirken. Des Weiteren nutzte Schmidbauer die Verhaftung der drei Atomschmuggler, um ein russisch-deutsches Abkommen über die verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit zu schmieden und deutliche Erweiterungen der Kompetenzen des Europäischen Polizeiamtes Europol durchzusetzen.

Währenddessen drängte die Opposition auf die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Hintergründe und Auftraggeber der Operation Hades. Dieser Ausschuss sollte unter anderem ermitteln, „in welcher Weise Behörden des Bundes und weitere Personen in deren

Auftrag oder mit deren Wissen an der Vorbereitung und Durchführung von Scheinverhandlungen und des Transports des illegalen Nuklearmaterials beteiligt waren“.

Vor dem Ausschuss, der im Mai 1995 zusammentrat, sagte unter anderem der spanische BND-V-Mann Rafael Ferreras Fernandez alias Rafa aus und bestätigte dabei die Berichte des „Spiegel“. Außerdem sagte er explizit, dass die deutschen Sicherheitsbehörden die Aktion inszeniert hätten, um vor den beiden Wahlen von 1994 einen politisch nutzbaren Fahnungserfolg erzielen zu können.

Als Mitbeteiligte an der Aktion nannte Ferreras Fernandez, der möglicherweise bis zu 300.000 D-Mark Agentenlohn vom BND erhielt, den Madrider BND-Residenten und Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes (BKA) Peter Fischer-Hollweg, den BKA- beziehungsweise BND-V-Mann Karsten Uwe Schnell alias Roberto, den Leiter der BND-Abteilung 11A Willi Liesmann alias Michael Brandon und dessen Kollegen Mathias Hochfeld sowie Walter Boeden vom Bayerischen Landeskriminalamt, der die Rolle des Kaufinteressierten gespielt habe. Darüber hinaus berichtete der Spanier, er sei vor der Gerichtsverhandlung gegen die drei Schmuggler vom BND gedrängt worden, die Unwahrheit zu sagen, was die Rolle des Auslandsnachrichtendienstes betreffe.

Kritik durch die Opposition

Während des Verfahrens gegen Benítez, Oroz und Bengoechea vor der 9. Strafkammer des Landgerichtes München kam

„Eine klassische polizeiliche Tatprovokation“

Die Rolle des Bundesnachrichtendienstes bei der von ihm vor 30 Jahren durchgeführten Operation Hades wurde weder von der Legislative noch von der Judikative der Bundesrepublik aufgeklärt

PLUTONIUM-AFFÄRE

20-EURO-MÜNZE

„50 Jahre Internationales Jahr der Frau“

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine 20-Euro-Sammlermünze „50 Jahre Internationales Jahr der Frau“, prägen zu lassen und im März nächsten Jahres herauszugeben. Die Münze bildet den Auftakt einer mehrteiligen Serie „Prägende Frauen“. Ab 2025 sollen in den darauffolgenden zehn Jahren ein Dutzend Münzen erscheinen, in deren Fokus die Würdigung weiblicher Lebensleistungen und Persönlichkeiten steht.

Die Münze besteht aus Sterling Silber (Ag 925). Sie hat eine Masse von 18 Gramm, einen Durchmesser von 32,5 Millimetern und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt. Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert von 20 Euro in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über dem Nennwert liegenden Verkaufspreis. Die „Münze Deutschland“ wird über den genauen Preis und die konkreten Bestellmodalitäten vor dem Ausgabetag informieren.



Bildseite der Silbermünze

Die Bildseite zeigt im Zentrum das internationale Frauenzeichen mit einem inkorporierten Gleichheitszeichen. Darum entwickelt sich linksseitig eine Globushälfte sowie rechtsseitig ein Frauenprofil. Die Umschrift und Jahreszahl stehen als Klammer im oberen und unteren Bildmotiv. Die Mittelachse verläuft vom äußeren linken Rand durch den Globus und die Mitte des Frauensymbols sowie durch das Frauenprofil und bestimmt die Blickrichtung der Frau. Das soll die zentrale Rolle der Frauen in der Welt unterstreichen.



Wertseite der Silbermünze

Die Wertseite zeigt einen Adler, den Schriftzug „BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „G“ der Staatlichen Münzen Baden-Württemberg, Prägestätte Karlsruhe, die Jahreszahl 2025 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „SILBER 925“ aufgeprägt.

Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „GLEICHHEIT – ENTWICKLUNG – FRIEDEN ♀“ Der Entwurf der Münze stammt von dem Künstler Jordi Truxa aus Neuenhagen bei Berlin. PAZ

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wie die meisten Neuerungen heutzutage, hat auch die Digitalisierung ihre Schattenseiten. Dazu zählen unter anderem die Cyberkriminalität und der Digitalzwang. Der Zwang findet auf vier Ebenen statt. Es fehlen zunehmend analoge Alternativen, um auch ohne Smartphone oder Computer am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Zudem wird enormer Druck ausgeübt, bestimmte Geräte, Programme oder Apps einzelner Hersteller nutzen zu müssen. Weiter besteht immer öfter die Pflicht, ein digitales Konto anzulegen und dabei umfangreiche Angaben über die eigene Person zu machen. Und zu guter Letzt führt der Digitalisierungszwang auch sonst zur unfreiwilligen Aufgabe von Privatsphäre. Die aufgenötigten Dienste sind nur verfügbar, wenn die Nutzer bereit sind, diverse Überwachungstechnologien zu akzeptieren.

Das alles ist zugleich extrem diskriminierend und damit das Gegenteil der viel beschworenen Inklusion. Immerhin verzichten 3,4 Millionen Deutsche zwischen 16 und 74 Jahren auf die Nutzung des Internets. Bei den über 80-Jährigen verfügen gar 66 Prozent über keinen Internetanschluss. Außerdem ermittelte der Digitalverband Bitcom, dass mehr als die Hälfte der Menschen über 65 Jahre kein Smartphone besitzt. Ansonsten liegt die Quote der „Totalverweigerer“ hier quer durch alle Altersgruppen der Erwachsenen bei zehn Prozent. Damit werden durch den Digitalzwang Millionen von Bundesbürgern von einem wesentlichen Teil des öffentlichen Lebens ausgeschlossen, wobei die Älteren und Ärmere überdurchschnittlich betroffen sind.

Viele Angebote nur noch digital

Wie groß die Einschränkungen dabei mittlerweile ausfallen, geht aus der Liste der Bereiche hervor, in denen der Druck zur Verwendung eines Smartphones oder Computers überhandnimmt. So sind Rabatte auf Fahrpreise des Staatsunternehmens Deutsche Bahn und das verbilligte Deutschlandticket im Regelfall nur noch auf digitalem Wege erhältlich. Ebenso gibt es ohne Smartphone keine Tickets im Zug mehr. Ein weiterer Vorreiter bei der Zwangsdigitalisierung ist das Logistik-Unternehmen DHL. Wenn Sendungen in Paketstationen landen, weil der Postbote den Empfänger verpasst hat, dann hat der Kunde nun oft ein Problem, sofern er ohne Smartphone ist. Denn in vielen Paketstationen erhalten Abholer ausschließlich mit der „Post & DHL App“ Zugang.

Ähnlich rigoros agiert Deutschlands zweitgrößte Supermarktkette Rewe. Seit dem 1. Juli verzichtet sie auf Werbung in

Papierform. Nun sollen sich die Kunden die Informationen über Sonderangebote mithilfe des Internets oder der – sehr fleißig Daten sammelnden – Rewe-App beschaffen. Und auch in etlichen Restaurants sind Menschen ohne Smartphone inzwischen unwillkommen: Anstatt der Speisekarte prangt ein QR-Code auf dem Tisch, den man einscannen soll, um dann seine Auswahl zu treffen.

Überwachung per App

Massiven Digitalisierungszwängen sind zudem Studenten an deutschen Universitäten ausgesetzt. Ohne Smartphone bleibt ihnen oftmals der Zugang zu Bibliotheken oder die Nutzung des Semestertickets verwehrt. Eine ausnehmend üble Praxis ist die Vergabe von Arztterminen ausschließlich über Apps privater Anbieter oder das Internet. Und dann wären da

noch die Kommunen, deren Parkplätze nur für Smartphonebesitzer nutzbar sind. Die Nötigung der Bürger zum Gebrauch von Smartphones oder Computern wird meist mit Kosten- und Umweltargumenten entschuldigt. Und tatsächlich führt die Nutzung von Apps und anderen digitalen „Angeboten“ zur Einsparung von Personal und materiellen Ressourcen wie Papier und Plastik.

Allerdings bietet die Digitalisierung auch die Möglichkeit der Bevölkerungskontrolle. Zur Erinnerung: Während der Corona-Zeit war der auf dem Smartphone gespeicherte Impfnachweis oftmals Voraussetzung für den Zugang zu Örtlichkeiten und Dienstleistungen. Heute kann die Bahn ihre Kunden mit der App „DB Navigator“ überwachen. Die App registriert beispielsweise, wer wann mit wem wohin fahren möchte. Dabei gibt es keine Mög-

lichkeit, dem zu widersprechen, was auch für die Weitergabe der Daten an Dritte gilt. Darüber hinaus besteht der Zwang, in regelmäßigen Abständen ein neues Gerät auszuwählen und zu kaufen, um die aus Sicherheitsgründen notwendigen Software-Aktualisierungen vornehmen zu können. Das führt nicht selten zumindest zur finanziellen oder auch mentalen Überforderung.

Abhängigkeit und Suchtgefahr

Dazu kommen die allgemeinen Nachteile der Nutzung von Smartphones. Sie schüren die Erwartung, dass jeder immer und überall erreichbar sein möge. Für manche endet dies im Burnout und für andere in der Sucht. Nach Ansicht des Kulturphilosophen Alexander Grau besteht die Gefahr, dass wir alle nach und nach zu „Sklaven der digitalen Entwicklung“ werden.

Deshalb fordern Digitalisierungskritiker wie Rena Tangens, die dem 1987 gegründeten Grundrechte- und Datenschutzverein Digitalcourage vorsitzt, auch das „Recht auf ein analoges Leben“. Tatsächlich kann Widerstand gegen den Digitalisierungszwang erfolgreich sein. Der 80-jährige Carlos San Juan aus Valencia sammelte 600.000 Unterschriften für seine Petition „Ich bin zwar alt, aber kein Idiot!“, mit der er erreichte, dass Banken in Spanien endlich wieder vermehrt analoge Angebote machen.

In der Bundesrepublik besteht ebenfalls die Möglichkeit, entsprechende Petitionen zu unterzeichnen oder den Digitalzwang-Melder von Digitalcourage zu verwenden, der natürlich ebenso digital funktioniert, damit der Verein dann seinerseits Druck auf Unternehmen und Behörden ausübt.



Gezwungen statt gewollt: So mancher Nutzer verzweifelt bei der heutigen Gebrauchspflicht von Computer, Smartphone und Internet

Foto: pa/blickwinkel/McPHOTO

GESELLSCHAFT

Digitales Zeitalter – wenn Moderne zur zwanghaften Pflicht wird

Ohne Internet, Computer oder Smartphone geht oftmals gar nichts mehr. Ob bei Behörden, beim Einkaufen oder in der Bahn – Immer mehr Menschen werden mit Druck ins Internet genötigt

KRIMINALISTIK

Mit Geographic Profiling Verbrechern auf die Spur kommen

Von einem kanadischen Kriminologen entwickelt, nutzen sogar Biologen und Mediziner den speziellen Algorithmus

Peter Sutcliffe war ein Serienmörder, der zwischen 1975 und 1980 in fünf englischen Grafschaften mindestens 13 Frauen tötete und sieben weitere schwer verletzte. Der von den englischen Medien als Yorkshire Ripper bezeichnete Verbrecher wurde letztendlich 1981 durch einen Zufall gefasst, nachdem er bereits seit 1977 bei Scotland Yard zum Kreis der engeren Verdächtigen zählte.

Lokalisierung untypischer Standorte

Die langwierige Fahndung nach Sutcliffe inspirierte den kanadischen Kriminologen Kim Rossmo dazu, eine Methode namens Geographic Profiling zu entwickeln. Zweck derselben ist das Aufspüren von Mehrfachtätern durch Lokalisierung ihres Standortes. Im Laufe seiner Forschungs-

arbeiten kreierte Rossmo eine spezielle Formel zur Ermittlung – der sogenannten Ankerpunkte von Kriminellen.

Diese basiert auf dem Umstand, dass Verbrecher normalerweise nicht in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnorte oder Arbeitsplätze zuschlagen, sondern vielmehr innerhalb einer „heißen Zone“ und um diese herum. Somit gilt es also, den weißen Fleck auf der Landkarte zu finden, wo keine entsprechenden Delikte des gesuchten Täters registriert wurden, während diese in den angrenzenden Gebieten übermäßig häufig vorkamen.

Die nachträgliche Anwendung von Rossmos Methode auf den Fall Sutcliffe führte tatsächlich zur Identifizierung des zu diesem Zeitpunkt bereits bekannten Wohnortes des gefährlichen

Serienkillers. Heute kommen beim Geographic Profiling oft spezielle Algorithmen wie „Rigel“, „CrimeStat“ und „Gemini“ zum Einsatz, die von der kanadischen Softwarefirma Environmental Criminology Research Inc. (ECRI) entwickelt wurden, zu deren Mitbegründern Rossmo gehört hat.

So konnte die Polizei von Orange County im Süden des US-Bundesstaates Kalifornien mit Hilfe von „Rigel“ unter anderem den Serientäter Raymond Lopez aufspüren und für mehr als 200 Einbrüche verantwortlich machen.

Mittlerweile findet das Geographic Profiling allerdings auch außerhalb der Ermittlungsbehörden Verwendung. Vor einiger Zeit untersuchte die Biologin Sally Faulkner von der Queen Mary University

in London den Lebensraum von Koboldmakis auf der indonesischen Insel Sulawesi. Dabei stand sie vor der Aufgabe, die Schlafplätze der scheuen Affen zu finden, welche tief im Dschungel liegen. Das gelang ihr mithilfe der Formeln von Rossmo, wobei diesmal die GPS-Koordinaten von Tonaufnahmen der Tiere die nötige Datengrundlage für die Berechnung lieferten.

Verseuchte Brunnen gefunden

Darüber hinaus erwies sich das Geographic Profiling auch schon als sehr nützlich, als es darum ging, den Ursachen von Krankheitsausbrüchen auf die Spur zu kommen und mutmaßliche Infektionsquellen zu finden. Das Ganze stellte dabei eine Verfeinerung der Methode dar, mit

der es dem englischen Chirurgen John Snow bereits 1854 gelungen war, den mit Fäkalien verseuchten Brunnen zu identifizieren, der im Londoner Stadtteil Soho für eine Cholera-Epidemie mit zahlreichen Toten gesorgt hatte.

Beispielsweise half Rossmo dem Biologen Steven Le Comber, die Quellen für die Malaria-Ausbrüche zu lokalisieren, welche im Sommer 2005 in der ägyptischen Hauptstadt Kairo auftraten. Mittels der Rossmo-Formel wurden sieben Wasserstellen als Ausgangspunkte der Epidemie entlarvt.

Auch wenn Geographic Profiling eine große Hilfe bei der Fahndung für die Polizei ist, so geht es dennoch nicht ohne die üblichen analogen Methoden – und das berühmte Bauchgefühl. W.K.



STEINORT / WOLFSSCHANZE

Gedenken an originalen Orten des Geschehens

Das deutsche Generalkonsulat in Danzig erinnerte zusammen mit diversen Stiftungen und Gesellschaften an den 20. Juli 1944

VON UWE HAHNKAMP

Vor 80 Jahren, am 20. Juli 1944, versuchte Oberst Claus von Stauffenberg im „Führerhauptquartier“ in der Wolfsschanze mit einer Bombe, Adolf Hitler zu töten. Das Attentat misslang, die meisten der darin involvierten Menschen verloren ihr Leben. In der Woche vor dem eigentlichen Jahrestag wurde auch in der Republik Polen und vor allem am Ort des Geschehens selbst dieses Ereignisses gedacht.

Begonnen hatten die Feierlichkeiten aus organisatorischen Gründen in Danzig. Dort hatten die Lehnndorff-Gesellschaft Steinort, das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Banken des Artushofs zu Danzig in das besondere Ambiente des Festsaals des Artushofes zu einer Feierstunde eingeladen. Der ehemalige Botschafter Polens in Deutschland, Janusz Reiter, sprach über die polnische Sicht auf das Attentat und die Verschwörer. Die Hauptrede hielt Norbert Lamert, der Präsident der Konrad-Adenauer-Stiftung, der darin vor allem auf die langfristigen Auswirkungen der Tat auf die deutsche Geschichte einging.

Über das Ermland nach Masuren ...

Es folgte eine Fahrt zum eigentlichen Schauplatz der mörderischen Ereignisse. Bei einem Zwischenstopp in Allenstein besuchten die Gäste die vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen konzipierte zweisprachige Ausstellung zum 20. Juli 1944, die derzeit und noch bis September in der Bibliothek der Ermländisch-Masurischen Universität zu sehen ist. Die weitere Fahrt nach Masuren zeigte ihnen dann, wie weit nach Osten von der heutigen



Vor dem Adolf-Hitler-Bunker in der Wolfsschanze: Gäste der Gedenkveranstaltung

Foto: U.H.

Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren das Führerhauptquartier in der Wolfsschanze bei Rastenburg und auch das Schloss Steinort als wichtiger Treffpunkt der Verschwörung entfernt sind.

Schloss Steinort, das Zuhause von Heinrich Graf von Lehnndorff, lag für die Gruppe der Attentäter geradezu ideal innerhalb des Sperrbezirks um die Wolfsschanze, hier quartierte sich dann Außenminister Joachim von Ribbentrop ein und erschwerte die verwickelte Situation der Verschwörer noch zusätzlich.

Das Schloss, das der Polnisch-deutschen Stiftung zum Schutz von Kulturdenkmälern gehört, wird zur Zeit aus

deutschen und polnischen Finanzmitteln renoviert, wovon sich die Gäste bei einer Besichtigung, quasi einem Besuch bei Lehnndorffs, überzeugen konnten. Als eines der nächsten Projekte steht die Fassade des Schlosses auf dem Programm.

... und ins Reich der Bunker

Diese Renovierung ist unter anderem deswegen dringend, weil vor Kurzem die zwei Speicher vor dem Schloss, die der in Steinort investierenden Firma KingCross gehören, nach einer Entkernung fertiggestellt wurden und in frischem Glanz erstrahlen. Dort fand am 17. Juni eine Podiumsdiskussion zum Thema „Der 20. Juli

1944 und Steinort“ statt, zu der Generalkonsulin Cornelia Pieper und Bettina Bouresh, die Vorsitzende der Lehnndorff-Gesellschaft, das Publikum begrüßten. Einer der Vortragenden war Karl-Heinz Paqué, der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Besonderer Gast der drei Tage war der andere Redner des Abends, Generalleutnant Joachim von Sandrart, der Kommandierende General des Multinationalen Korps Nord-Ost der NATO in Stettin, der zum ersten Mal in Steinort weilte.

Außerdem war er zum ersten Mal im „Führerhauptquartier“ in der Wolfsschanze. Dort, gerade einmal ein Dutzend

Kilometer von Steinort entfernt, stand am 18. Juni eine Führung durch die imponierenden Reste der Bunker auf dem Programm. Seit die Polnischen Staatswälder vor sieben Jahren das Gelände vom früheren Pächter übernommen haben, hat sich die Infrastruktur stark verbessert. Wege wurden angelegt, es gibt einen kleinen Filmsaal, vor allem aber haben die Betreiber dieser historisch bedeutsamen Gedenkstätte in einem der Bunker die Situation beim Attentat kurz vor der Explosion der Bombe so originalgetreu wie möglich nachgebaut. Allerdings nicht am ursprünglichen Standort der Kommandobrücke, denn dort steht nichts mehr. An dieser Stelle weist nur eine Gedenktafel in Form eines aufgeschlagenen Buchs vor dem Haufen Schutt auf das Ereignis hin.

Dreisprachige Lehnndorff-Tafel neu

Im Bunker mit der nachgestellten Szene gibt es dagegen auch mehrere Schautafeln zum deutschen Widerstand gegen Hitler, jedoch gab es bis vor Kurzem keine zur Rolle von Heinrich Graf von Lehnndorff und dem nahe gelegenen Steinort. Das haben die Verwalter der Wolfsschanze und die Lehnndorff-Gesellschaft in Kooperation geändert. Die dreisprachige polnisch-deutsch-englische Tafel wurde bei der Gedenkveranstaltung offiziell der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Weitere gemeinsame Projekte sind für die Zukunft geplant, schließlich soll Schloss Steinort mit seinem Umfeld als deutsch-polnischer und europäischer Begegnungsort genutzt werden. Die Wolfsschanze wird attraktiver für Touristen, die Gäste der Veranstaltung waren jedenfalls beeindruckt, aber es wird dort weiter eine Gratwanderung zwischen Erlebnis, Abenteuer und Gedenken bleiben.

ROSSITTEN

„Betonklötze“ inmitten einer einmaligen Naturlandschaft

Gegen den geplanten Bau eines Massentourismus-Resorts am Kurischen Haff erheben Bewohner und Fachleute Beschwerde

Rossitten [Rybatschij] ist mit etwa 800 Einwohnern das größte Dorf auf der russischen Seite der Kurischen Nehrung. Die größten Arbeitgeber sind der Nationalpark und eine örtliche Fischereigenossenschaft. Viele Einwohner von Rossitten sind auch im Tourismus tätig: Es gibt mehrere Gästehäuser und Gastronomiebetriebe. Für die Ortsbewohner gibt es keine Probleme mit der Beschäftigung. Im Sommer lockt das Dorf sogar Arbeitnehmer aus anderen Orten der Region an. Außerhalb der Saison gibt es genug Menschen, welche die Nehrung sowohl im Herbst als auch im Winter besuchen. Rossitten lockt mit schönen Haff-Ansichten, Fisch, Bernstein-Souvenirs, zwei Museen, Fahrradverleih und einer Reitschule.

Nun droht ein Großbau diese Idylle zu zerstören. Das Investitionsprojekt umfasst nicht nur den Bau von bis zu 21 Meter hohen Hotels, sondern auch die Errichtung eines internationalen Grenzübergangs für Segler und Schiffsreisende, eines Yachthafens mit Schutzpier und eines Touristenresorts. Nach Abschluss der Bauarbeiten, die etwa drei Jahre dauern werden, rechnet man mit 400 neuen Dauerarbeitsplätzen und etwa 800 Saisonarbeitsplätzen vor Ort.

Laut der Kreisverwaltung von Cranz [Selenogradsk] ist für das künftige Resort ein Grundstück von 3,5 Hektar vorgesehen. Die Länge der geplanten Baustelle beträgt mehr als 700 Meter. Zuvor gehörte dieses Baugrundstück einer örtlichen Fischerei-Kolchose, dann einer Bank. Nach deren Insolvenz wurde die Immobilie von einem Privatunternehmen teuer ersteigert.

Architekten aus Königsberg bezeichnen die Idee, hohe Hotelgebäude auf der Nehrung zu bauen, als großen Fehler. Typisch für die Kurische Nehrung waren und sind Feriendörfer, und keine Resorts für Massentourismus. Viele Moskauer Wissenschaftler vertreten eine ähnliche Meinung, dass in dem Nationalpark unter anderem auch das einzigartige Erscheinungsbild der Landschaft schützenswert ist. Die Kurische Nehrung verbinden viele mit Kiefernwäldern, Dünen, uriger Natur. Nun will man „Betonklötze“ inmitten dieser Landschaft installieren, sodass auch der ästhetische Wert der Nehrung völlig verloren geht.

Die Ornithologen warnen außerdem davor, dass die Hochhäuser mit vielen Glasflächen ausgerechnet auf der Route der Zugvögel gebaut werden sollen. Sie könnten zu einer Falle für Tausende gefiederter Tiere auf einer der bedeutendsten Vogelzugrouten mit der höchsten Konzentration an Zugvögeln werden. Es würde zum Massensterben von Vögeln führen.

Auch der Moskauer „Expertenrat für Naturschutzgebiete“ lehnt den Bau ab. Die Umweltschützer wandten sich an den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation mit dem Appell, den Bau des Resorts zu verhindern. Dennoch wurden erste Vorbereitungsarbeiten begonnen. Gleichzeitig geht aus dem Schreiben des russischen Umweltministeriums an den „Expertenrat“ vom Mai hervor, dass bisher keine Genehmigung der Bauaktivitäten auf diesem Standort beantragt wurde. Es besteht daher Grund zur Annahme, dass die Vorbereitungsarbeiten ohne Genehmigung durchgeführt werden, also rechtswidrig sind.

Die Ornithologen warnen außerdem davor, dass die Hochhäuser mit vielen Glasflächen ausgerechnet auf der Route der Zugvögel gebaut werden sollen. Sie könnten zu einer Falle für Tausende gefiederter Tiere auf einer der bedeutendsten Vogelzugrouten mit der höchsten Konzentration an Zugvögeln werden. Es würde zum Massensterben von Vögeln führen.

Auch der Moskauer „Expertenrat für Naturschutzgebiete“ lehnt den Bau ab. Die Umweltschützer wandten sich an den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation mit dem Appell, den Bau des Resorts zu verhindern. Dennoch wurden erste Vorbereitungsarbeiten begonnen. Gleichzeitig geht aus dem Schreiben des russischen Umweltministeriums an den „Expertenrat“ vom Mai hervor, dass bisher keine Genehmigung der Bauaktivitäten auf diesem Standort beantragt wurde. Es besteht daher Grund zur Annahme, dass die Vorbereitungsarbeiten ohne Genehmigung durchgeführt werden, also rechtswidrig sind.

Was dafür spricht

Der Direktor des Nationalparks, Anatolij Kalina, versichert, dass die Behörden alles unter Kontrolle hätten und der Bau erst

nach Bestehen einer Umweltverträglichkeitsprüfung möglich sei. Er meint, das geplante Bauvorhaben bringe viele Vorteile: neue Arbeitsplätze und die Urlauber würden dann nicht in die geschützten Bereiche des Nationalparks, sondern in das Resort strömen. Auf die Bedenken, dass schwere Lastwagen mit Baumaterialien die Straßen der Kurischen Nehrung zerstören würden, versichert der Bauherr, alles Notwendige auf dem Wasserweg zu liefern. Es ist auch geplant, Binnenwasserstraßen auf dem Kurischen Haff auszubauen, die Besucher würden weniger Autos nutzen.

Die Einheimischen beschwerten sich, dass das malerische Haff-Ufer von einem Bauzaun abgeriegelt wird. Viele haben Angst, dass sich die Bauarbeiten auf die Natur und auf die Einfamilienhäuser negativ auswirken. Man darf nicht vergessen, das Dorf ist auf Sand gebaut. Sie halten die Idee, den Yacht- und Wassertourismus hier zu entwickeln für seltsam, da die Fischer wegen Stürmen oft wochenlang nicht zum Fischfang ausfahren. Die Tourismussaison dauert hier nur ein paar Monate. Nun sollen öffentliche Anhörungen zum Bauprojekt im Oktober und November stattfinden.

Carsten Kallweit



Beton statt Idylle: Modell der geplanten Bauten Foto: Stadtverwaltung Selenogradsk



ZUM 104. GEBURTSTAG

Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fortak, Prof. Dr. Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August
Podschatly, Liesbeth, geb. **Burbulla**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Sauer, Dr. med. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August
Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Olms, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August
Piechottka, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August
Werner, Josefa, geb. **Ziegler**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August
Windwehr, Käte, geb. **Wndom**, aus Wehlau, am 9. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. August
Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 15. August
Donder, Günter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. August
Hrastnick, Erna, geb. **Krüger**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 9. August
Keding, Helmut, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 10. August
Kummer, Waltraut, geb. **Kirstein**, aus Goldbach, Kreis Mohrungen, am 9. August
Peukert, Gretel, geb. **Joppien**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. August
Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Feyka, Gertrud, geb. **Makulla**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. August
Fiedler, Eva, geb. **Wittke**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 15. August
Gerlach, Jokaida, geb. **Taut**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. August
Graefe, Inge, geb. **Erdmann**, aus Lyck, am 9. August
Palluch, Lieselotte, geb. **Maleyka**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 14. August
Radmacher, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. August
Rudloff, Emmy, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August
Tuchlinski, Carmen, geb. **Wöhre**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. August
Zschäbitz, Ingeborg, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 11. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hechler, Eva, geb. **Barnowski**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. August
Kraft, Elfriede, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. August

Objartel, Ingeborg, geb. **Wilkening**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 10. August
Schierstein, Ursula, geb. **Jopp**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 10. August
Schroll, Maria, geb. **Gwiasda**, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Spycher, Waltraud, geb. **Gläske**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 13. August
Weikam, Horst, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 13. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bendig, Wilhelm, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen, am 9. August
Bergert, Margarete, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 9. August
Boseniuk, Martha, geb. **Jeroschewski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. August
Eggers, Hanny, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Harder, Philomena, geb. **Eisenbarth**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. August
Kraschewski, Gisela, geb. **Chrost**, aus Ortelsburg, am 12. August
Matthes, Edith, geb. **Arndt**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 14. August
Omsen, Margarete, geb. **Wimmer**, aus Hartwich bei Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 2. August

Poppe, Ursel, geb. **Noga**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 10. August
Rettig, Gerda, geb. **Vollert**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. August
Schleiwies, Leo, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 14. August
Sostak, Heinz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 11. August
Urbanek, Ingrid, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 15. August
Wydra, Hans-Joachim, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 11. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Armgart, Annerose, geb. **Proboll**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 11. August
Bartsch, Herbert, aus Groß Udertal, Kreis Wehlau, am 10. August
Brinlinger, Erwin, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Gorski, Ernst, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 13. August
Gregorzewski, Richard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 15. August
Hogrebe, Ilse, geb. **Krüger**, aus Adlig Linkunnen, Kreis Elchniederung, am 10. August
Köhler, Erika, geb. **Kühn**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 9. August
Konetzka, August, aus Maltschöwen, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Lorenz, Helmut, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 10. August
Müller, Elli, geb. **Buzilowski**, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 12. August
Penschuck, Horst, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 12. August
Seeberger, Helga, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. August
Staschko, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 11. August
Stoschus, Karl Georg, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 13. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Werner, aus Rogonnen, Kreis Goldap, am 13. August
Balewski, Horst, aus Osterode, am 9. August
Chlupka, Edeltraud, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 11. August
Doering, Elfriede, geb. **Schlagowski**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 9. August
Gebhard, Beate, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 10. August
Haub, Renate, aus Lyck, am 11. August
Lewandrowski, Elfriede, geb. **Wencek**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 15. August

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Lyß, Dr. Horst, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 14. August
Meschkat, Hannelore, aus Trum-penau, Kreis Elchniederung, am 9. August
Pralle, Margrit, geb. **Neumann-John**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 12. August
Tänzer, Margarete, geb. **Hammerschmidt**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 13. August
Thiel, Bernhard, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. August
Troegel, Heinz, aus Lyck, am 11. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beister, Dr. Günther, aus Birken-mühle, Kreis Ebenrode, am 10. August
Birkholz, Helga, geb. **Lenski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 11. August
Boksa, Helga, geb. **Jenzewski**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 12. August
Chlebusch, Alfred, aus Wie-sengrund, Kreis Lyck, am 12. August
Ettrich, Barbara, geb. **Marowski**, aus Lyck, am 11. August
Gromberg, Winfried, aus Theer-wisch, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Hofmann, Caroline, geb. **Kunz**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrun-gen, am 9. August
Jahn, Gisela, geb. **Pallat**, aus Aß-lacken, Kreis Wehlau, am 15. August
Kizina, Erika, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Klein, Marianne, geb. **Hennig**, aus Ebenrode, am 10. August
Kliefoth, Uwe, aus Barten, Kreis Mohrungen, am 12. August
Kowalzik, Günter, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. August
Lanzendorfer, Erika, geb. **Belusa**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 11. August
Nagel, Johanna, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 12. August
Sneykus, Friedlinde, aus Eich-horn, Kreis Treuburg, am 14. August
Sohn, Horst, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 13. August
Vohland, Audlind, geb. **Burghardt**, aus Insterburg, am 11. August
Willert-Fust, Waltraud, geb. **Willert**, aus Magotten, Kreis Weh-lau, am 12. August
Zacharias, Ursula, geb. **Twardy**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 9. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Angrabeit, Franz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. August
Döhlitzscher, Ursula, geb. **Nischik**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Gill, Siegmar, aus Ragnit, am 12. August

Golgborg, Christa, geb. **Mrotzek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortels-burg, am 11. August
Klindworth, Ursel, geb. **Frenkler**, aus Langenberg, Kreis Elchniede-rung, am 11. August
Komossa, Manfred, aus Langhei-de, Kreis Lyck, am 10. August
Kudritzki, Werner, aus Alt Krie-wen, Kreis Lyck, am 11. August
Lehmann, Annemarie, aus Drus-ken, Kreis Ebenrode, am 12. August
Loewe, Ursula, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. August
Malkowski, Gerd, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. August
Matheuszik, Lothar, aus Ebenfel-de, Kreis Lyck, am 9. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Ursula, geb. **Mai**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 9. August



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 20. August, 14.30 Uhr, 7 Euro, inklusive. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: Ins kühle Nass... Badende in der Kunst. Vortrag mit Jan Rüttinger im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“. Etliche ostpreußische Künstler haben die Badenden an den Seen und Küsten Ostpreußens in ihren Bildern festgehalten. Die Veranstaltung möchte der Frage nach der Bildtradition dieses Motives nachgehen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de erforderlich.

Ostpreußisches Landes-museum mit Deutschbal-tischer Abteilung Heiligen-geiststraße 38, 21335 Lüne-burg, Internet: www.ost-preussisches-landesmuse-um.de



FOTO: OSTPREUßISCHES LANDESMUSEUM

Bischoff: Badende in Masuren

Zusendungen für die Ausgabe 34/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 34/2024 (Erstverkaufstag 23. August) **bis spätestens Dienstag, den 13. August**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ANZEIGE

Historiker und Sammler

mit ostpr./schlesischen Vorfahren sucht Bücher + Zeitschriften über Ostpreußen, das restl. Ostdeutschland und deutsche Geschichte.

Tel. 0174/4352795
e-post: lesmal@t-online.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Kantausstellung
Lüneburg – Sonnabend, 17. August, 12 Uhr, Gasthaus „Krone“: Gemeinsames Mittagessen mit anschließender Führung durch die Kantausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 14 Uhr, 4 Euro plus Führung, danach ist ein Kaffeetrinken möglich. Wer sich anschließen möchte, kommt direkt ins Lokal oder Museum oder fährt mit dem Metronom 10.57 Uhr ab Hamburg, Treffpunkt 10.30 Uhr, Hauptbahnhof, in der Wandelhalle, vor dem ehemaligen Reisezentrum. Wer später folgen möchte, kann den Metronom um 12.57 Uhr nehmen. Wir freuen uns über rege Beteiligung!

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Herzliche Einladung zu den 70. Angerburer Tagen
am 6. und 7. September in Rotenburg (Wümme).

Freitag, 6. September
19. Uhr: Begrüßungsabend im Restaurant „Harmonie“, Am Pferdemarkt 3 (im selben Hause befindet sich das Hotel „Am Pferdemarkt“), 27356 Rotenburg (Wümme) mit Abendessen a la carte und gemütlichem Beisammensein (Anmeldung erforderlich!)

Sonnabend, 7. September
10.30 Uhr: Gedenken am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche im Amtshofpark am Kreishaus Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2
11. Uhr: Sitzung des Kreistages (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. im Kreishaus Rotenburg (Wümme) (s. Einladung mit Tagesordnung im Heimatbrief Nr. 173)
13. Uhr:Mittagessen
14.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Historische Ansichten von Angerburg – Aus Sicht polnischer Künstler“ im Kreishaus Rotenburg (Wümme) - anschließend Möglichkeit zur Besichtigung und zum Austausch mit den Künstlern
15.30 Uhr: Kaffee und Kuchen
16.30 Uhr: Besichtigung des Angerburer Archivs, Weicheler Damm 11, Rotenburg (Wümme)
Im Anschluss besteht in gemütlicher Runde bei interessanten Gesprächen für alle Angerburer, Freunde und Bekannte sowie die Gäste aus Polen die Gelegenheit zum Abendessen im Kreishaus Rotenburg (Wümme).

Zur Feier des 70. Jubiläums der Patenschaft ist eine Delegation aus Węgorzewo (Angerburg) eingeladen. Diese wird zur Eröffnung der Ausstellung in Rotenburg (Wümme) erwartet.

Um Anmeldung bis zum 30. August bei der Geschäftsstelle (04261/983-3100) wird gebeten.
Programmänderungen bleiben vorbehalten!

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Kreistagssitzung
Bad Nenndorf – Sonnabend, 5. Oktober, 9.30 Uhr, Hotel „Esplanade“: Kreistagssitzung. Gemäß Paragraph 4 Nummer 4 unserer Satzung vom 13. Oktober 2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung vor der Ladungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bekannt zu geben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder, die stellvertretenden Kirchspielvertreter sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschildet.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Hauptideistreffen
Bad Nenndorf – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Veranstaltungsraum des Hotels „Esplanade“, Bahnhofstraße 8: Hauptideistreffen.
Am Sonnabendnachmittag wird uns Günter Toepfer über seine Arbeit für die Wolfskinder in Litauen berichten. Der Berliner organisiert seit 20 Jahren Hilfstransporte und Treffen mit den Wolfskindern, hat vielen von ihnen geholfen, ihre Identität wiederzufinden, und sogar einen Film erstellen lassen, in dem die „letzten Kinder Ostpreußens“ über ihre Erlebnisse berichten. Dieser Film soll im Anschluss

an den Vortrag gezeigt werden. Er ist deutsch untertitelt, da die Wolfskinder aufgrund ihres schweren Schicksals zumeist nur Litauisch sprechen.

Der Sonnabendabend soll wie gewohnt in gemütlicher Runde ausklingen – mit Musik, gemeinsamem Singen und eigenen kleinen Beiträgen unserer Landsleute. Egal ob Gedicht, Sketch oder Witz – alles was zur Unterhaltung beiträgt, ist ausdrücklich erwünscht. Gemeinsam wollen wir einen schönen ostpreußischen Abend erleben.

Zu allen Veranstaltungen laden wir Sie, liebe Landsleute, Ihre Verwandten, Bekannten und Freunde recht herzlich ein. Lassen Sie uns ein fröhliches Wiedersehen feiern, die Erinnerungen an unseren Heimatkreis aufleben lassen und gemeinsam zwei schöne Tage in Bad Nenndorf verbringen.

Walter Mogk, Kreisvertreter
Programm:

Sonnabend, 5. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel „Esplanade“ (Infotisch mit Heimatbriefen und Büchern); 9.30 bis circa 11.30 Uhr: Kreistagsitzung im Sitzungsraum – Sie sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen und sich über unsere Arbeit zu informieren. Ihre Fragen, Wünsche und Anregungen können Sie in einer Fragestunde loswerden.

Im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung); das Hotel bietet im Veranstaltungsraum Mittagessen nach Auswahlkarte, Getränke und am Nachmittag Kaffee und Kuchen an.

Nachmittags Gelegenheit zum Besuch des Herbstlichen Bauernmarkts im Kurpark (direkt neben dem Hotel); 16 Uhr: Vortrag Günter F. Toepfer (Mda Berlin a.D.) über seine Aktivitäten für die Wolfskinder in Litauen, mit Vorführung seines Wolfskinder-Films; 18.30 Uhr:

Fortsetzung auf Seite 16

Kulturzentrum Ostpreußen

Joachim Rágóczy – Samlandansichten

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen präsentiert vom 10. August bis zum 3. November die Ausstellung „Joachim Rágóczy – Samlandansichten“. Darin werden der Öffentlichkeit erstmals 29 Zeichnungen, Aquarelle und meisterhafte Holzschnitte gezeigt, die in den 1920er und 1930er Jahren in Ostpreußen entstanden.

Der Maler und Graphiker Joachim Rágóczy wurde am 13. März 1895 in Bonn geboren und lebte ab 1902 in Berlin. Dort studierte er ab 1913 an der Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums insbesondere bei dem bedeutenden Künstler Emil Orlik. Für diesen arbeitete er nach dem Studium als persönlicher Sekretär und Drucker. Lange im Schatten seines Arbeitgebers stehend, schaffte er trotz seines umfangreichen künstlerischen Schaffens keinen Durchbruch. Das Dritte Reich überstand Rágóczy als Bibliothekar der Berliner Kunsthochschule. Wie viele weitere Künstler der „verlorenen Generation“ konnte er erst mit 50 Jahren in den Künstlerberuf zurückkehren. Ab 1955 verdiente er sich erneut seinen Unter-

halt als Bibliothekar. Joachim Rágóczy starb am 21. Juni 1975 in Berlin. Lange blieb sein Oeuvre nahezu unbekannt. Erst seit den späten 1980er Jahren wird es zunehmend erschlossen.

Die Werke, die im Kulturzentrum Ostpreußen zu sehen sind, stammen aus Rágóczys Nachlass. Sein Schaffen war stark von den Kunstströmungen der Weimarer Republik geprägt. Rágóczys lebendige Zeichnungen können als Momentaufnahmen betrachtet werden, die das einfache Leben der samländischen Küstenbewohner aus der distanzierten Perspektive eines Großstadtmenschen, dokumentieren. In den Zeichnungen und Aquarellen kommen teils leuchtende Farben und ausdrucksstarke Gestaltungsweisen zum Einsatz. Einige erinnern dabei an sein Vorbild Edvard Munch, aber auch an Kunstschaffende wie Käthe Kollwitz. Rágóczys Fokus liegt häufig auf den von harter Arbeit gezeichneten Gesichtern der Samländer. Andere seiner Werke zeigen die Kähne am Kurischen Haff.

Alle gezeigten Zeichnungen, Aquarelle und Holzschnitte Rágóczys sind durch eine technische Meisterhaftigkeit ausgezeichnet.



FOTO: KULTURZENTRUM OSTPREÜßEN

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Still kam der Tod, kam wie ein Freund, nahm
dich bei der Hand und führte dich heim.

Schlaf nun in Frieden,
schlafe sanft,
und hab für alles lieben Dank.



Horst Pachollek

* 6. Dezember 1934
Altfinken, Kreis Osterode Ostpreußen
† 28. Juni 2024

Du wirst immer in unseren Herzen sein.
Deine Lina mit Familie

Die Trauerfeier fand am Freitag,
12. Juli 2024 in Kirnbach/Schwarzwald statt.

tagsmitglieder wurden gesondert
eingeladen.

Heimattreffen

Lüneburg – Sonntag, 8. September:
Heimattreffen der Neidenburger,
Soldauer und Freunde der Kreis-
gemeinschaft Neidenburg e.V. Bit-
te tragen Sie sich diesen Termin
für das Neidenburger Heimattref-
fen in Ihren Kalender ein. Wir
glauben, dass ein Besuch sich auf
jeden Fall lohnt.

Das Veranstaltungslokal, der
Festsaal der „Krone“ liegt direkt
neben dem Ostpreußischen Lan-
desmuseum. Ein wichtiger Punkt
in diesem Jahre, da wir ja den 300.
Geburtstag von Immanuel Kant
feiern. Die Besucher des Heimat-
treffens haben die Möglichkeit, das
Museum kostenlos besuchen zu
können. Es sei zu erwähnen, dass
das Landesmuseum umgebaut und
völlig neu eingerichtet wurde. Al-
so, ein lohnendes Vorhaben, auf
das man zugreifen muss.

Ferner wird zum Treffen ein
umfangreiches Programm gebo-
ten, sodass keine Langeweile auf-
kommen kann. Auch zum Schab-
bern wird genügend Zeit vorhan-
den sein.

Ein Besuch in Lüneburg lohnt
sich. Kommen Sie nach Lüneburg
oder lassen Sie sich von ihren Kin-
dern oder Enkelkindern bringen.
Die können dann auch in die Hei-
matarbeit reinschnuppern und
sich über die Heimat der Eltern
oder Großeltern informieren.

Das genaue Programm wird
noch bekannt gegeben.

Also, wir rechnen fest mit Ih-
nen.

Ulrich Pokraka



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa,
Hochstraße 1, 56357 Hainau,
Telefon (06772) 9699799, E-Mail:
kontakt@kreisgemeinschaft-ortels-
burg.de, **Geschäftsführerin:** Ka-
rola Kalinski, Meisenstraße 13,
45698 Gladbeck, Telefon (02043)
9824112, E-Mail: k.kalinski@kreis-
gemeinschaft-ortelsburg.de, **Inter-
net:** www.kreisgemeinschaft-or-
telsburg.de

Hauptkreistreffen und Wahl

Herne – Sonntag, 15. September,
ab 9 Uhr geöffnet, Beginn um 11.30
Uhr, Kulturzentrum: Hauptkreis-
treffen.

In diesem Jahr finden satzungs-
gemäß die Wahlen zum Kreistag
statt. Wer Interesse hat, sich als
Vertreter oder Vertreterin eines

Landbezirks, einer Stadt oder als
sachkundiges Mitglied zur Wahl zu
stellen, melde sich bitte beim 1. Vor-
sitzenden Marc Plessa per E-Mail:
[m.plessa@kreisgemeinschaft-ortels-
burg.de](mailto:m.plessa@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de). Die Wahlzettel werden
über den Heimatboten verteilt. Es
besteht auch die Möglichkeit, auf
dem Hauptkreistreffen zu wählen.
Dieses findet wie gewohnt am drit-
ten Sonntag im September statt.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler,
Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg,
Telefon (0441) 6001736.
Geschäftsstelle: Bergstraße 10,
37520 Osterode am Harz, Tel.:
(05522) 919870. E-Mail: [kgoev@
t-online.de](mailto:kgoev@t-online.de); **Sprechstunde:** Do. 14
bis 17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 13., und Sonn-
abend, 14. September, Hotel
„Bergström“, Bei der „Lüner Müh-
le“, 21335 Lüneburg, Telefon
(04131) 308-636: Jahrestreffen mit
folgendem Programm:

Freitag, 13. September, 15.30
Uhr, Hotel „Altes Kaufhaus“, Raum
Dormero 1: Mitgliederversamm-
lung der KGO, 18.30 Uhr, Hotel
„Bergström“, Raum Lindbergh: Be-
grüßungsabend.

Sonnabend, 14. September,
10.30 Uhr, Hotel „Bergström“: Ein-
lass Raum Lagerfeld, 11.15 Uhr: Fei-
erstunde beginnend mit dem Glo-
ckengeläut aus der Evangelischen
Stadtkirche in Osterode Ostpreu-
ßen, 11.20 Uhr: Begrüßung der Teil-
nehmer durch den Kreisvertreter,
11.25 Uhr: Totenehrung, 11.30 Uhr:
Ansprache des Kreisvertreters, an-
schließend Musikbeitrag, 11.45
Uhr: Grußworte, anschließend
Musikbeitrag, 12.15 Uhr: Verab-
scheidung von Dr. Uwe Dempwolf
und Burghard Gieseler, anschlie-
ßend Musikbeitrag, 12.45 Uhr:
Schlusswort des Kreisvertreters,
12.50 Uhr: Ostpreußenlied und Na-
tionalhymne, 12.55 Uhr: Ende der
Feierstunde, 13 Uhr: gemütliches
Zusammensein. B. G.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Bor-
ries, Tucherweg 80, 40724 Hilden,
Telefon (02103) 64759, Fax:
(02103) 23068, E-Mail:
evborries@gmx.net. **Kartei, Buch-
versand und Preußisch Eylau-
er-Heimatismuseum** im Kreishaus
Verden/Aller Lindhooper Straße 67,
27283 Verden/Aller, E-Mail: [preus-
sisch-eylau@landkreis-verden.de](mailto:preus-
sisch-eylau@landkreis-verden.de),
Internet: www.preussisch-eylau.de.
Unser Büro in Verden ist nur noch
unregelmäßig besetzt. Bitte wen-
den Sie sich direkt an die Kreisver-
treterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden/Aller – Freitag, 20. Septem-
ber, bis Sonntag, 22. September,
Kreishaus, Lindhooper Straße 67:
Gesamt-Vorstandssitzung am 20.
September, die Tagesordnung wird
den Mitgliedern des Vorstandes
fristgerecht zugestellt; Kreistreffen
vom 21. bis 22. September.

Von 9.30 bis 11 Uhr ist unser
Heimatismuseum am Freitag, den 20.
September, für die Delegation aus
der Republik Polen und Besucher
des Kreistreffens geöffnet im Land-
kreis Verden, Eingang Ost, Lind-
hooper Straße 67, 27283 Verden (Al-
ler). Für einen Besuch in unserem
Archiv bitten wir um Anmeldungen
bei Frau Bilke-Krause per E-Mail:
[preussisch-eylau@landkreis-verden.
de](mailto:preussisch-eylau@landkreis-verden.de). Auf Ihre Anmeldung hin wird
unsere Beauftragte für das Archiv
der Kreisgemeinschaft am Freitag
im Heimatismuseum/Archiv anwe-
send sein und Ihre Fragen beant-
worten, beziehungsweise im Archiv
in den vorhandenen Unterlagen
nachsehen. Wir machen darauf auf-
merksam, dass das nur nach vorhe-
riger elektronischer Anmeldung
und Nennung des Wunsches mög-
lich ist. Die Anmeldungen müssen
bis zum 15. September vorliegen.

Das Kreistreffen unserer Kreis-
gemeinschaft findet am Sonnabend,
21. und Sonntag, 22. September in
unserer Partnerstadt im Landhotel
„Zur Linde“ Thedinghauser Straße
16 mit folgendem Programm statt:

Sonnabend, 21. September, 9.30
Uhr: Abfahrt Shuttlebus am Land-
hotel „Zur Linde“, 10 Uhr: Kranz-
niederlegung im Bürgerpark und
Ansprache von Pfarrer Hermann, 11
Uhr: offizieller Empfang und Feier-
stunde der Stadt Verden (Aller) und
des Landkreises Verden im Landho-
tel „Zur Linde“, Thedinghauser
Straße 16, mit Ansprachen der offi-
ziellen Vertreter, der Partner aus
Verden und der Kreisvertreterin.
Im Anschluss, Umtrunk mit origi-
nal Ostpreußischem Pillkaller und
der Möglichkeit zur Unterhaltung
mit den Gästen und den Partnern,
14 Uhr: Mitgliederversammlung der
Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau
mit Vorstandswahlen in dem reser-
vierten Raum im Landhotel „Zur
Linde“ mit folgender Tagesord-
nung:

1. Begrüßung und Eröffnung
durch die Vorsitzende, 2. Totenge-
denken, 3. Feststellung der sat-
zungsgemäßen Einberufung der
Mitgliederversammlung, 4. Fest-
stellung der Beschlussfähigkeit, 5.
Genehmigung der Tagesordnung, 6.
Genehmigung des Protokolls der
Mitgliederversammlung vom 23.
September 2023, veröffentlicht im
Kreisblatt Nummer 116, 7. Jahres-
bericht der Kreisvertreterin, Evelyn
v. Borries, 8. Jahresbericht der
stellv. Kreisvertreterin und Beauf-
tragten des Archivs, Christine Bil-



FOTO: VERDEN DER DEUTSCHEN IN MEMEL

Verein der Deutschen in Memel hat traditionell am Umzug des Meeresfestes in Memel teilgenommen. Das erste Meeresfest wurde 1934, also vor 90 Jahren veranstaltet. Schon vor dem Umzug war im Simon-Dach-Haus viel los. Zum dritten Mal hatte der Verein zum „Deutschen Hof“ eingeladen mit Bratwurst und Bier, auch an die Kinder hatte man gedacht. Rund 100 Gäste kamen, darunter auch Benediktas Petrauskas, ehemaliger Bürgermeister (1990-1994), Leonie Jaus, Vertreterin der Stadtverwaltung Mannheim, die bei der Stadtverwaltung in Memel Erfahrung sammelt, es kamen Vertreter anderer Volksminderheiten der Stadt und viele andere Litauer und Deutsche.

Rasa Müller



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-
dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr.
22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft
Rastenburg: Kaiserring 4, 46483
Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11.
August, Bürger-Schützen-Haus: 68.
Rastenburger Hauptkreistreffen
mit folgendem Programm:

Sonnabend, 10. August, 9.30
Uhr, Hotel „Kaiserhof“: Abfahrt mit
dem Bus zum Friedhof. 10 Uhr,
Freidhof in Wesel an der „Trauern-
den Vesalia“, Caspar-Baur-Straße:
Kranzniederlegung. 10.30 Uhr, Eh-
renmal, Schillerkaserne: Kranznie-
derlegung. 15 Uhr, Hotel Kaiserhof:
geselliges Beisammensein.

Sonntag, 11. August, 9.30 Uhr,
Gnadenkirche, Wackenbrucher
Straße 821: Evangelischer Gottes-
dienst. 10 Uhr, Kirche Herz-Jesu, In
der Feldmark: Katholischer Gottes-
dienst. 11 Uhr, Bürger-Schützen-
haus zu Wesel: Hauptkreistreffen
mit Mittagsangebot. Das Haupt-
kreistreffen hat folgende Tagesord-
nung: 1. Begrüßung durch den
Kreisvertreter, 2. Feststellung der
Anwesenden und Genehmigung
des Protokolls des Vorjahres, 3. Be-
richt des Kreisvertreters, 4. Kassen-
und Prüfungsbericht, 5. Entlastung
des Vorstands und der Kassenfüh-
rung, 6. Haushaltsplan 2025, 7. Hei-
matbriefe „Rund um die Rasten-
burg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger
Treffen 2024/25, 10. Verschiedenes
– Anträge oder Vorschläge sind bis
zum 6. August einzureichen. 16.30
Uhr: geselliges Beisammensein.



Wehlau

Kreisvertreter (kommiss.):
Gerd Gohlke, Syker Straße 26,
27211 Bassum, Telefon (04241)
5586.
Schriftleiter: Werner Schimkat,
Dresdener Ring 18, 65191 Wiesba-
den, Telefon (0611) 505009840.
Internet: www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 7. Septem-
ber, 13 Uhr, Freudenburg, Amtsfrei-
heit 1: Mitgliederversammlung im
Rahmen unseres Hauptkreistref-

fens mit folgender Tagesordnung
der Mitgliederversammlung:

1. Begrüßung und Eröffnung
durch den 2. Vorsitzenden, 2. Toten-
gedenken, 3. Feststellung der ord-
nungsgemäßen Einladung, 4. Fest-
stellung der Beschlussfähigkeit, bei
nicht ausreichender Beschlussfähi-
gkeit wird die Versammlung für 30
Minuten unterbrochen und dann
erneut eröffnet, 5. Annahme der Ta-
gesordnung, Wahl eines Verhand-
lungsleiters, 6. Grußworte, 7. Jah-
resberichte des Vorstandes, a. 2.
Vorsitzender, Heimatbriefredakti-
on, Heimatbücher, b. Schatzmeister,
c. Mitgliederbetreuung, Heimat-
kreisdabei, d. Internetauftritt, Bild-
archiv, e. Ortsplanarbeit, Familien-
forschung, f. Aktuelles aus der Hei-
mat, 8. Bericht der Kassenprüfer
über Haushalte 2023, 9. Entlastung
des geschäftsführenden Vorstandes,
10. Wahlen: a. Wahl des Wahlleiters
/ der Wahlleiterin, b. zu wählen sind:
1. Vorsitzender / 1. Vorsitzende, 2.
Vorsitzender / 2. Vorsitzende, 11. Be-
ratung und Beschluss über den
Haushaltsplan 2025, 12. Beratungen
und Beschluss über die Terminpla-
nung 2025, 13. Beratung und Be-
schlüsse zur Vereinssatzung, 14. Be-
ratung und Beschluss über die ein-
gegangenen Anträge der Mitglieder,
15. Anfragen und Anregungen der
Mitglieder, 16. Schlusswort des / der
Vorsitzenden, 17. Ostpreußenlied.
Über eine zahlreiche Beteiligung
würden wir uns, auch im Interesse
unserer Gemeinschaft sehr freuen.

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 7. Septem-
ber, 16 Uhr, bis Sonntag, 8. Septem-
ber, Freudenburg, Amtsfreiheit 1:
Hauptkreistreffen, es findet im An-
schluss an die Mitgliederverwal-
tung, nach der Kaffeepause, mit
folgendem Programm statt:

16 Uhr: Bilder von Rudolf Her-
renkind; Kurzfilm „Ostpreußen für
Anfänger“, 18 Uhr: Abendessen,
19.30 Uhr: Fortsetzung des Haupt-
kreistreffens.

Sonntag, 8. September, 9 Uhr:
Busfahrt nach Hoya, 10 Uhr: Ge-
denken am Allenburger-Stein und
Besuch des Heimatmuseums „Graf-
schaft Hoya“ mit der Sonderaus-
stellung: „Vom Ihr zum Wir“, 12
Uhr: Rückfahrt nach Bassum, 13
Uhr: Die Kreisgemeinschaft lädt
zum Erbsensuppenessen in der
Freudenburg in Bassum ein, 14.30
Uhr: Führung im Wehlauer Heimat-
museum im Kreismuseum in Syke,
Kaffee im Museumsgarten, 16 Uhr:
Ausklang des Hauptkreistreffens.

PAZ
wirkt!

HERBERT JANKUHN

Ein Ostpreuße mit Wikinger-Faible

Vom engagierten Forscher zum kämpfenden SS-Sturmbannführer, um dann als Archäologie-Professor zu lehren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Herbert Jankuhn gilt als einer der bedeutendsten Ausgräber Deutschlands und ebenso als Vater der Siedlungsarchäologie. Gleichzeitig ist seine Rolle während der Zeit des Dritten Reiches bis heute umstritten.

Jankuhn wurde am 8. August 1905 im ostpreußischen Angerburg geboren und hatte Vorfahren aus Litauen. Sein Familienname stellt eine Ableitung vom litauischen „Jankunas“ dar, was sich mit „Sohn des Johannes“ übersetzen lässt. Nach dem Besuch der Königlich Litthauischen Provinzialschule in Tilsit studierte er in Königsberg, Jena und Berlin Geschichte, Vorgeschichte und Germanistik. Dem Studium folgte 1931 die Promotion zum Thema „Gürtelgarnituren der älteren römischen Kaiserzeit im Samland“. Im gleichen Jahr trat Jankuhn der Gesellschaft für Deutsche Vorgeschichte bei und übernahm im Auftrag des Kieler Museums für vaterländische Altertümer die Leitung der Ausgrabungen im schleswig-holsteinischen Wikingerdorf Haithabu, welche für immer mit seiner Person verbunden sein werden.

Vorliebe für Wikingerdorf

Haithabu war eine bedeutende Siedlung der Wikinger und ein wichtiger mittelalterlicher Handelsplatz am Ende der Schlei unweit der heutigen Stadt Schleswig. Die Ortschaft existierte von etwa 770 bis 1066 und wurde 1897 von dem dänischen Archäologen Sophus Müller wiederentdeckt. 1900 begannen dann alljährliche Ausgrabungen, deren Ziel darin bestand, die Bedeutung von Haithabu für die nordische Geschichte zu klären. Aus diesem Grunde begeisterte sich auch der germanophile Reichsführer SS Heinrich Himmler für die Erforschung von Haithabu, welche im Laufe der Jahre zu einem Großprojekt der SS-Forschungsgemein-



Für die Ausgrabungen des Wikingerdorfes Haithabu in Schleswig-Holstein war der Archäologe, spätere SS-Sturmbannführer und zu guter Letzt zum ordentlichen Professor ernannte Herbert Jankuhn maßgeblich verantwortlich
Foto: action press / Wikipedia

schaft Deutsches Ahnenerbe mutierte. Die selbige investierte zuletzt über die Hälfte ihres Ausgrabungsetats in Jankuhns Arbeit.

Von der SS zum Professor

Der Archäologe war 1933 der SA beigetreten und wechselte dann 1937 zur SS. Zwischenzeitlich konnte er sich an der Universität Kiel habilitieren. Damit stand einer weiteren Karriere im Ahnenerbe nichts mehr im Wege: Zunächst avancierte der gebürtige Ostpreuße 1938 zum SS-Untersturmführer sowie zum stellvertretenden Leiter der Lehr- und Forschungsstätte „Ausgrabungen im Ahnenerbe“. Anschließend folgten 1940 die Er-

nennung zum Chef dieser Ahnenerbe-Abteilung sowie die Übertragung einer Professur an der Hochschule in Kiel.

Nach seiner raschen Beförderung zum SS-Sturmbannführer forschte Jankuhn in Frankreich und Norwegen. Dort leitete er ab Sommer 1941 ein nach ihm benanntes Sonderkommando, welches die in sowjetischen Museen befindlichen Zeugnisse der „germanischen Kolonisation des Südostraumes“ untersuchte und zum Teil in völkerrechtswidriger Weise nach Deutschland brachte.

1942 meldete sich Jankuhn – mittlerweile Professor in Rostock – freiwillig zum Dienst bei der 5. SS-Panzerdivision „Wiking“. Nach deren Ausbruch aus dem

Kessel von Tscherkassy avancierte der Wissenschaftler zum Dritten Generalstabsoffizier des IV. SS-Panzerkorps.

Geläutert forschen und graben

Im Mai 1945 kam Jankuhn, der zuletzt als Obersturmbannführer im Persönlichen Stab des Reichsführers SS fungierte, in „Automatischen Arrest“, aus dem er 1948 entlassen wurde. Danach betrieb er seine Entnazifizierung, wobei ihm besonders Gustav Schwantes behilflich war. Der Begründer der Kieler Schule der prähistorischen Archäologie hatte Jankuhn 1931 die Grabungen in Haithabu übertragen und beteuerte, dass dieser „nur in ein loses Verhältnis zur SS trat, der er nie an-

gehörte“. Daraufhin konnte Jankuhn seine Karriere fortsetzen. 1949 beauftragte ihn die schleswig-holsteinische Landesregierung mit der Wiederaufnahme der Arbeiten in Haithabu. 1952 folgte eine Gastprofessur an der Universität Kiel. Vier Jahre später erhielt der Siedlungsarchäologe den Posten des Direktors des Ur- und Frühgeschichtlichen Seminars an der Universität Göttingen. Dieselbe Hochschule berief Jankuhn dann 1959 zum ordentlichen Professor. Den damit verliehenen Lehrstuhl hatte Jankuhn bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1973 inne. Parallel fungierte er ab 1961 als Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Göttingen.

Internationale Anerkennung

1968 wurde Jankuhn in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Altertumskunde das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens verliehen. Dazu kamen der Vorsitz in der Archäologischen Kommission für Niedersachsen ab 1970 und die Ernennung zum Ehrenmitglied der Union internationale d'archéologie Slave im Jahre 1980. Zum letzteren Zeitpunkt war Jankuhns Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus bereits allgemein bekannt. Der Grund hierfür lag im Erscheinen des Buches „Das ‚Ahnenerbe‘ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches“, in dem der deutsch-kanadische Historiker Michael Kater das Wirken des Ausgräbers ausführlich thematisiert hatte.

Herbert Jankuhn starb am 30. April 1990 in Göttingen. Sein wissenschaftlicher Nachlass umfasst unter anderem eine Monographie über das Wikingerdorf Haithabu, welche zwischen 1937 und 1956 in drei Auflagen erschien, sowie das 1977 publizierte Lehrbuch „Einführung in die Siedlungsarchäologie“. Darüber hinaus schrieb Jankuhn über die Wehranlagen der Wikinger im Raum zwischen der Schlei und der Treene.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Per „Hop-on Hop-off“ Breslau neu entdecken

Reiseexperte Pawelczyk ist inzwischen besorgt, was jungen Menschen an Wissen fehlt und zunehmend verloren geht

Die schlesische Metropole Breslau ist um eine Attraktion reicher: die Bustour „Hop-on Hop-off“. Damit können die bekanntesten Attraktionen der Stadt auf zwei Buslinien mit insgesamt zwölf Haltestellen erkundet werden. Besucher können aber auch ein- und aussteigen, um die Stadt im eigenen Tempo zu entdecken. „Wir wollten eine Stadtrundfahrt schaffen, die den Blick der Touristen einfängt und Breslau aus einer neuen Perspektive zeigt“, erklären die Betreiber Christian Pawelczyk und Stefan Menzel.

Der Groß Strehlitzer [Strzelce Opolskie] Pawelczyk ist seit 20 Jahren im Reisegeschäft. Er hatte am 1. April 2004 in Görlitz sein Reisebüro mit einem Angebot eröffnet, das sich in erster Linie auf schlesische Heimwehtouristen spezialisierte. Seine Idee war, Menschen neu für Schlesien zu begeistern, und so gingen seine ersten Reisen nach Bad Kudowa [Kudowa Zdrój]. Dort verbrachte Pawelczyk als Kind bei Verwandten fast alle seine Ferien und kannte den Kurort im Glatzer Bergland wie seine Westentasche. Mit der Zeit folgten neue Reiseziele in Tschechien, Deutschland und später Kroatien, Bulgarien, auf den Kanarischen Inseln und sogar auf Kuba, denn „mein Sohn wollte,

dass wir auch etwas Verrücktes anbieten. Er leitet ein Reisebüro in Bautzen“, so der Reiseunternehmer, dessen Bruder ebenfalls im Tourismusgeschäft tätig ist und unter anderem ein Hotel im pommerischen Swinemünde betreibt. Damit ist auch die Ostseeküste im Angebot umfassend vertreten.

Kleine Fehler fröhlich wegsingen

Die Kundschaft von vor 20 Jahren war eine andere als heute. „Es reisten Menschen – zum Beispiel in Richtung Riesengebirge – die noch jeden Ort mit dem deutschen Namen benennen konnten und auch die Sagen vom Rübezahl auswendig wussten“, erinnert sich Pawelczyk, der eigentlich Krzysztof heißt, aber von Kind auf nur Christian genannt wurde. Eine Generation weiter ist bei den Kindern derer, die solche Erinnerungen eigentlich noch einbringen sollten, vieles wieder ganz neu. Als seine ersten Reisebusse gen Osten rollten, sorgte er mit seinem Akkordeon für Stimmung. „Wenn ich Glück hatte, war jemanden an Bord, der sich auskannte. Dann musste ich mich besonders anstrengen. Ich hatte im Vorfeld alle Flüsse auswendig gelernt, die wir passieren, aber auch wo die entspringen und münden, da-



Weckt neues Interesse an der schönen Heimat der Vorfahren: Christian Pawelczyk in seinem Reisebüro mit äußerst innovativen Angeboten
Foto: Chris W. Wagner

mit ich Schlesien aus deutscher Perspektive beschreiben konnte“, sagt er. Aber auch wenn es ab und zu einen Fehler gab, habe er diesen mit Heimatliedern „weggesungen“.

Pawelczyk zitiert Gerhart Hauptmann oder Paul Keller aus dem FF. „Aber die neue Generation weiß das alles nicht mehr“, bedauert er. Er fühle sich jedoch

nicht dafür zuständig, das verlorene Wissen retten zu müssen: „Man kann es nicht erzwingen, das Interesse muss von selbst kommen. Ich muss aber leider feststellen, dass das allgemeine Geschichtswissen nicht nur um Schlesien, sondern generell zunehmend verloren geht. Ob es so geplant ist oder nicht, das weiß ich nicht“, sagt er fragend.

Von 2004 bis 2024 habe sein Reiseunternehmen um die 20.000 Kunden betreut, sagt er stolz, und seine Stammgäste durften in diesem Jahr das 20. Jubiläum in Krummhübel [Karpacz] feiern. Mit dem Bustouren-Projekt (tourdewroclaw.pl) durch Breslau möchten Pawelczyk und sein guter Unternehmerfreund, der aus Rothenburg/O.L. stammende Menzel, erreichen, dass ihr Bus auch als Verkehrsmittel genutzt werden kann. Dafür bieten sie Tickets mit einer Gültigkeit von 24 bis 72 Stunden an. Die Busse fahren vor der Oper, in der ul. Modrzewska, ab.

Deutsch-polnische Badewanne

Stefan Menzel bietet in Görlitz zudem Fahrten auf den Hausberg, die Landeskronen, an, legt vom polnischen Neißeufer zu Bootsfahrten auf dem Grenzfluss Lausitzer Neiße ab und ist vor allem erfolgreich mit den Ausflugsschiffen auf dem Berzdorfer See. 200 Meter vor der Grenze zu Polen entfernt, hat sich dieser längst zur gemeinsamen Badewanne von Deutschen, Polen und Tschechen im Dreiländereck der einstigen Lande der Böhmisches Krone – Böhmen mit Mähren, Schlesien und den beiden Lausitzen, Nieder- und Oberlausitz – entwickelt. Chris W. Wagner

USEDOM

Der Spiritus rector der Gruppe 47

Literat aus Neu Sallenthin – Hans Werner Richter erhielt zahlreiche Ehrungen, Preise und Anerkennung

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Hans Werner Richter ist der pommersche Schriftsteller, der in der Nachkriegszeit Pommern durch seine schriftstellerische Tätigkeit und der Gründung der Gruppe 47 zu einer Literaturregion erhob. Er arbeitete nicht nur als Erzähler, Roman- und Hörspielautor oder als Herausgeber, sondern er war auch der Initiator und Leiter der berühmten Schriftstellervereinigung Gruppe 47. Richter sammelte Schriftsteller um sich und lud sie zu Zusammenkünften ein. Hier trugen sie aus ihren meist noch ungedruckten Werken vor und stellten sich anschließend der schonungslosen Kritik ihrer Berufskollegen.

Für die noch junge Bundesrepublik sollte diese Literaturvereinigung bestimmend für ihre Literaturgeschichte sein, denn ihre Mitglieder glaubten, dass, langfristig gesehen, die Mentalität eines Volkes von seiner Literatur geprägt würde. Sie sollte die Lebensweise der Deutschen verändern, weg vom obrigkeitstaatlichen Denken und hin zum demokratischen Miteinander.

Namhafte Autoren

Von 1947 bis 1967 fanden Tagungen in verschiedenen Orten der Bundesrepublik statt. Die Gruppe 47 vergab auch Preise. Zu den Auserwählten gehörten Günter Eich, Heinrich Böll, Ilse Aichinger, Martin Walser, Ingeborg Bachmann, Günter Grass, Johannes Bobrowski, Peter Bichsel und Jürgen Becker. Weitere Autoren waren Siegfried Lenz, Uwe Johnson, Walter Jens und Marcel Reich-Ranicki.

Hans Werner Richter wurde am 12. November 1908 als fünftes Kind eines Fischers in Neu Sallenthin bei Bansin auf Usedom geboren. Im Jahr 1910 zogen seine Eltern nach Bansin. Der Sohn eines Fischers ging nach einer Buchhändlerlehre in Swinemünde nach Berlin. Er wurde arbeitslos und trat 1930 in die KPD ein, aus der er zwei Jahre später wieder ausgeschlossen wurde. Im Jahr 1933 emigrierte Richter nach Paris, kehrte jedoch wieder nach Berlin zurück. Von 1933 bis 1934 übernahm er die Tempelhofer Buchhandlung und betrieb eine Leihbibliothek. Von 1940 bis 1943 war er Soldat. Vorher hatte



Im Literaturhaus in Bansin: Hier sind das Arbeitszimmer und die Bibliothek Richters zu besichtigen, die seine Witwe nach dessen Tod 1993 der Gemeinde Bansin vermachte. Außerdem wichtige Exponate der Stationen seines Lebens, speziell der Gruppe 47

er im Jahr 1942 am 2. Oktober 1942 Antonie Lesemann in Krakau geheiratet.

1943 geriet er in amerikanische Gefangenschaft, wo er zu schreiben begann und an Lagerzeitschriften mitarbeitete. Nach seiner Entlassung ging er 1946 nach München und wurde dort Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Ruf“. Diese Zeitung wurde ein Jahr später von den Alliierten verboten. In selben Jahr gründete er die Gruppe 47, die sich unter seiner Leitung zu einer einflussreichen Institution im Kulturleben der Bundesrepublik entwickelte. 23 Jahre nach dem letzten regulären Treffen kam es 1990 in Schloss Dobříš bei Prag zu einer letzten Zusammenkunft.

Von 1962 bis 1965 lebte Richter in Berlin und seit 1975 in München. Diese Stadt wurde sein bevorzugter Wohnsitz. Sein literarisches Schaffen steht in der Tradi-

tion realistischen Erzählens. So auch im ersten Roman „Die Geschlagenen“, der die Erfahrungen in Krieg und Gefangenschaft verarbeitet. Im Roman „Spuren im Sand“ schildert er auf dem angedeuteten Zeithintergrund etwa von 1910 bis 1930 seine eigene Jugend auf der Insel Usedom. In dem 1990 erschienenen Werk „Deutschland deine Pommern“ macht sich Richter auf die Suche nach den Pommern. Was er da an Erlebnissen, Anekdoten und erdachten Gesprächen aufgespürt hat, zeigt den pommerschen Menschen mit seiner Schläue und seinem unverwüsthlichen Humor.

Deutschland deine Pommern

1974 wurde er ordentliches Mitglied der Bayrischen Akademie der Schönen Künste. 1978 erhielt er die Ehrendoktorwürde

der Universität Karlsruhe. 1979 folgte die Verleihung des Professors „Ehren halber“ durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin.

Mit 80 Jahren erlebte Richter begeistert die deutsche Wiedervereinigung. Von nun an konnte er ungehindert seine geliebte Usedomer Heimat besuchen.

Am 23. März 1993 starb er in München. Seine Urne wurde seinem Wunsch gemäß auf dem Bansiner Friedhof auf Usedom beigesetzt.

In Bansin existiert auch ein „Hans Werner Richter Museum“. Es ist im alten Feuerwehrgebäude, das zum „Literaturhaus“ umgebaut wurde, untergebracht worden. Wesentliche Teile seines privaten Nachlasses sowie eine Bibliothek befinden sich hier und sollen Auskunft über Bansins berühmten Sohn geben.

MELDUNGEN

„Gorch Fock“, ein Seehund und Hansefest

Stettin – Am 1. August machte das Segelschulschiff der Deutschen Marine „Gorch Fock“ (II) anlässlich der „Tall Ship Races 2024“ um 14 Uhr am Kai unweit der Hakenterrasse fest. Schiff und Besatzung wurden von Einheimischen und Gästen mit deutschen Flaggen begrüßt. TS

Dramburg – In Neu Schönweide starb in der Nacht vom 28. auf den 29. Juli der Doppel-Olympiasieger von 1960 und 1964 Josef Schmidt. In den 60er Jahren galt er als weltbesten Dreispringer. Der Spitzname des am 28. März 1935 in Beuthen geborenen Sportlers war „Schlesisches Känguru“. TS

Stettin –Die Bronze-Skulptur „Das Ende des Krieges – Fragment eines Reiterdenkmals IV“, 1991 von dem Berliner Bildhauer Richard Heß (1937–2017) geschaffen, ist offiziell in die Sammlung des Schlosses der Pommerschen Herzöge aufgenommen worden. Das Werk des Pazifisten, der sich offen gegen Kriege positionierte, steht im Großen Hof. TS

Anklam – Die Vorbereitungen zum größten Volksfest an der Peene laufen auf Hochtouren. Vom 16. bis 18. August wird zum 19. Anklamer Hansefest eingeladen. Geplant sind das Peeneschwimmen, Fackelschwimmen und Kutterrudern. TS

Gollnow –Der Flughafen Stettin-Gollnow verzeichnete 2023 einen Verlust von 2,54 Millionen Euro. Nun soll der Flughafen durch Busverbindungen für Passagiere attraktiver werden. Derzeit gibt es zehn FlixBus-Verbindungen zwischen Stettin und dem Flughafen Berlin-Brandenburg. Der Fahrschein kostet zwischen 18 und 50 Euro. TS

Ueckermünde – Ein Seehund, der zu einer „Rundreise“ am Stettiner Haff aufgebrochen war, begeistert seit Tagen die Einwohner und Touristen der Urlaubsregion. Nach Besuchen in Altwarp am 20. Juli und Ueckermünde am 26. Juli schaute er am 31. Juli auch am Ueckermünder Haffbad vorbei, genoss die Aufmerksamkeit und wurde zum begehrten Fotoobjekt. TS

KRIEGSGESCHEHEN

Das Geheimnis des Piekbergs auf Rügen

Sie hießen „Rübe“, „Stoppelrübe“ oder „Sellerie“ – Jägerleitstationen dienten in Pommern der Ortung feindlicher Bomberverbände

Mitten im Nationalpark Jasmund, bei Hagen gelegen, befindet sich die mit etwa 161 Metern höchste Erhebung der Insel Rügen, der Piekberg. Auf und in seinem Umfeld befinden sich die kaum bekannten Überreste der sogenannten Y-Jägerleitstation mit dem Tarnnamen „Rübe“.

Geführt vom Hager Burkhard Perleberg waren wir vor einigen Wochen auf Spurensuche. Dabei erklärte er uns, wie es überhaupt zur Errichtung der Anlage kam und welchem Zweck sie diente.

Eine Spurensuche

Nach der 1940 verlorenen Luftschlacht gegen England wurde die Luftverteidigung des Deutschen Reiches aufgebaut. In Pommern wurden neben der Stellung „Rübe“ in Vorpommern und der Station „Stoppelrübe“ in Hinterpommern auch die Station „Sellerie“ bei Stettin errichtet. Solche Stationen wurden zunächst an



Unbekannte Inselgeschichte: Der Rügner Burkhard Perleberg steht an einem der Abspannfundamente für die Funkmessanlage unweit des Hotels und Restaurants „Baumhaus Hagen“ an der Weggabelung zum Königsstuhl

Foto: Seegert

Nord- und Ostsee errichtet, später waren sie über ganz Deutschland verteilt.

Das System der Fernführung für die ein- und zweimotorigen Jäger erfolgte über eine Leitstation mit dem „Y-Jägerleitverfahren“. Es galt ab Herbst 1943 als „zum Einsatz klar“. Ab diesem Zeitpunkt konnte neben einem Sprachband von maximal 2600 Hertz auch – auf einem zweiten Kanal – ein für den Piloten unhörbarer zusätzlicher Ton von 3000 Hertz übertragen werden.

Ab Herbst 1943 im Einsatz

Dieser von der Bodenstelle erzeugte und übertragene Ton von drei Sekunden wurde vom Flugzeug empfangen und auf einer anderen Frequenz wieder abgestrahlt, sodass es der Bodenstelle möglich war, dieses wiederum zu messen und damit die Entfernung des Fliegers zur Bodenstelle zu peilen. Dadurch war es den Leitstationen

möglich, die deutschen Jagdflugzeuge an feindliche Bomberverbände, welche die deutschen Städte im Visier hatten, heranzuführen.

Heute findet man noch die Fundamente der Sende- und Empfangstürme, der Stellschaltzentrale, Abwasserschächte sowie einen Löschteich.

Die Station hatte allerdings nur kurzen Bestand. Bei dem Bombenangriff am 6. März 1945 auf Sassnitz wurde auch die Jägerleitstation bombardiert. Bei dem Angriff fanden sieben Jugendliche, die als Nachrichtenhelfer über den Reichsarbeitsdienst verpflichtet waren, mit ihrem Vorgesetzten den Tod. Sie wurden auf dem Friedhof unweit von Hagen beigesetzt. Auf einer Gedenktafel unter einem Kreuz sind sie namentlich erwähnt.

Die Bombentrichter, die ihre Wunden in die Stubnitz schlugen, sind auch heute noch deutlich sichtbar. Torsten Seegert

„Die Unzufriedenheit im Volk ist sehr groß“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ein sehr schöner Artikel über Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Meines Wissens aber hatte Albrecht keinen polnischen Schwiegervater, sondern einen Großvater“

Waltraud Schmidt, Henstedt-Ulzburg, zum Thema: Die Albertina hat fränkische Wurzeln (Nr. 30)



Ausgabe Nr. 30

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

LAMENTIEREN HILFT NICHT
ZU: IN DER NOT DER AMPELREGIERUNG SCHLÄGT DIE INNENMINISTERIN UM SICH (NR. 30), UND: DAS AUSBLENDEN DER WIRKLICHKEIT (NR. 30)

Die PAZ berichtet ständig über die Fehlleistungen der Regierungen im Bund und den Ländern auf allen Politikfeldern. Die Hintergründe werden ausgeleuchtet und präzise analysiert. Meist wird Unvermögen konstatiert. In der Regel handelt es sich aber um Vorsatz, denn die schlimmen Entwicklungen geschehen meiner Meinung nach nicht einfach „aus Versehen“.

Wer die politischen Parteien seit Jahren verfolgt, kann genau wissen, was diese im Schilde führen. Da wird selten etwas verheimlicht, die Vorhaben sind offen einsehbar. Das Problem liegt also nicht bei den Politikern. Der Wähler ist gefragt. Solange jedoch Millionen von Wählern immer wieder den Parteien die Stimme geben, die sie schon seit 30 oder 40 Jahren wählen, ohne bemerken zu wollen oder zu können, dass die heutigen Parteien nur noch den Namen mit den damaligen gemein haben, wird sich nichts ändern. Die Unzufriedenheit im Volk ist sehr groß, aber Lamentieren hilft nicht.

Hubert Geiger, Immendingen

FASZINIERENDER KÄSTNER
ZU: AUF DEM VERLORENEN POSTEN (NR. 30)

Ein faszinierender Beitrag über Erich Kästner. Danke dafür! Kästner darf einfach nicht in Vergessenheit geraten. Sein Roman „Fabian“ hat auch mich begeistert, genauso wie in meiner Jugend „Emil und die Detektive“.

Beate Förster, Jena

WO BLEIBT DIE ÜBERPRÜFUNG?
ZU: DAS PROBLEM MIT DEN „BARBERSHOPS“ (NR. 29)

An den Frisierläden steht nicht zwangsläufig „Barbershop“ dran. Viele dieser Läden

führen Namen, die viele dieser Inhaber selber oft kaum aussprechen können. Oft sind diese Läden sehr groß, nicht gerade überfüllt, und es läuft eine relativ große Anzahl Beschäftigter herum.

Die Preise in diesen Läden sind so niedrig, dass sich schon die Frage stellt, wie sich ein solches Geschäft überhaupt halten kann. Werden solche Geschäfte auch wirklich regelmäßig überprüft, vor allem auch vor der Eröffnung? Weiß man wirklich, wer der tatsächliche Inhaber ist? Ist nicht vielleicht der 80-jährige Opa im Geschäftsregister eingetragen? Und warum wird erst jetzt das Thema an die Öffentlichkeit gebracht, wo es doch schon seit einigen Jahrzehnten so läuft?

Das Problem betrifft nicht nur Barbershops. Es gibt den Schneiderladen, das Änderungsstübchen und viele Läden, in denen letztlich nur Müll verkauft wird sowie die Lebensmittelläden unserer vielen ausländischen Gäste. Wäre ein deutscher Bürger Inhaber eines der vielen Lebensmittelläden, an denen Lebensmittel über sehr viele Stunden an einer viel befahrenen Straße aufgestellt werden, würde der Laden sofort geschlossen werden.

Es wird Zeit, dass sich die Politik massiv dieser Themen widmet, heißt: Prüfungen vornimmt und eventuell strafrechtlich vorgeht.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

DAS BESTE DEUTSCHLAND?
ZU: DER 20. JULI UND DAS HEUTIGE DEUTSCHLAND (NR. 29)

Der Autor, Prof. Peter Steinbach, beschreibt zwar die geistigen Fundamente des soldatischen Widerstands, aber über das „heutige Deutschland“ sagt er leider nichts. Bedauerlich, denn die Art und Weise, wie dieses Deutschland – laut dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier das beste Deutschland, das es je gab – seit Jahren das offizielle Stauffenberg-Gedenken zelebriert, hätte den Anstoß geben können zu einer Debatte über die Frage, wie redlich dieses Gedenken ist.

Steinbach verweist auf den Generaloberst Ludwig Beck, der schon 1938 den

Ungehorsam (gegen Hitler) mit einem höheren Interesse, dem „Bestand der Nation“, gerechtfertigt habe.

Frage: Welchen Politiker interessiert heute der „Bestand der Nation“ im Sinn der Männer des 20. Juli? Wie krass der Abstand zwischen diesen und manchen politischen Repräsentanten des „besten Deutschlands“ ist, mag ein Beispiel zeigen: Stauffenberg starb mit den Worten „Es lebe das heilige Deutschland“. In seinem Buch „Patriotismus – Ein linkes Plädoyer“ bekannte Wirtschaftsminister Robert Habeck: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“

Edelbert Breu, Sulzbach

ÜBERREPRÄSENTIERTER ADEL
ZU: DER 20. JULI UND DAS HEUTIGE DEUTSCHLAND (NR. 29)

Der Juli-Putsch von 1944 wurde von relativ wenigen Offizieren versucht, während mindestens 90 Prozent der Deutschen für das Attentatsziel maximale Sympathie empfanden. Überdies war der Adel unter den Putschisten stark überrepräsentiert – unter den vier in der Nacht zum 21. Juli im Hof des Oberkommandos des Heeres standrechtlich hingerichteten Offizieren waren ein Graf, ein Baron und ein Ritter.

Peter Faethe Bad Pyrmont

TÜRCHAU LAG NIE IN SCHLESSEN
ZUM LESERBRIEF: RICHTIG-STELLUNG DER RICHTIGSTELLUNG (NR. 29)

Türchau im Reichenauer Zipfel lag nie in Schlesien. Ab 1815 musste Sachsen Gebiete zwischen Lauban und Ortrand an Preußen abtreten, weil das Land auf der falschen Seite stand. Der Reichenauer „Zipfel“ blieb aber im Königreich Sachsen. Mit anderen Worten – 1945 wurden auch fast 40.000 Sachsen vertrieben. Es kann nur heißen: Türchau in Sachsen und nicht im westlichen Schlesien.

Wilfried Müller, Oberkaina

DER LÜGE UND DEM IRRSINN TROTZEN

ZU: WIE MAN DIE MASSES GESCHICKT HINTERS LICHT FÜHRT (NR. 28)

Bekanntlich ist es angenehmer, in einer Illusion beziehungsweise Idylle zu leben, auch wenn diese rein fiktiv ist, anstatt sich mit der oftmals harten Realität auseinandersetzen zu müssen. Was für den kleinen Mann dabei im Privaten die berühmte „Notlüge“ ist, ist im Regierungsbetrieb der Herrschenden dabei die Manipulation, um Unmut zu vermeiden. Der PAZ-Artikel schildert anschaulich wie das Volk von Scholz und Konsorten an der Nase durch die Manege geführt wird – ohne es zu merken.

Am erschreckendsten ist an dieser Taktik der Herrschenden die Einengung des politischen Meinungskorridors, welcher inzwischen aus kritischen Ansichten eine „Delegitimierung des Staates“ ableitet. Um diese Tatsache zu belegen, lohnt sich ein Blick auf die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines: Beschuldigte man seitens der Bundesregierung zuerst Russland, verschwand das Thema anschließend in der Versenkung, nachdem sich Anzeichen verdeutlichten, dass auch Dritte für den Anschlag verantwortlich sein könnten. Spricht man heute über Aufklärung zu diesem Thema, dann steht nicht mehr zur Debatte, wer für die Sprengung verantwortlich ist, sondern wer den Bau der Nord-Stream Pipelines ratifiziert hat.

Der eigentliche Übeltäter ist aus dem Schneider, besser geht's nicht – propagandistisch. Die tagtäglichen Verschwörungen in den Köpfen der Regierungen werden nicht nur immer irrationaler, sondern nehmen auch gefährliche Züge an. Wenn aus Pazifisten „gefallene Engel aus der Hölle“ (Olaf Scholz) und aus Konservativen „Nazis“ (Lars Klingbeil über die AfD) werden, dann haben Manipulation und Propaganda der Herrschenden das höchste Stadium erreicht. Dagegen helfen nur kritisches Denken und der Drang nach der Wahrheit, um Lüge und Irrsinn zu trotzen.

Marcel Jacobs Hamburg

ANZEIGE

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



www.kopp-verlag.de

Seit 8 Jahren versuchen Presse und Politik gemeinsam mit Geheimdiensten, Polizei und Justiz zu verhindern, dass Donald J. Trump Präsident der USA sein kann.

■ Am 8. November 2016 gewann ein völliger Außenseiter mit einer Siegeschance von nur 15 Prozent die US-Wahl: Donald Trump. Er versprach, die US-Geheimdienste zu reformieren, gute Beziehungen zu Russland zu pflegen, die »immerwährenden Kriege« der USA zu beenden und den Einfluss des »militärisch-industriellen Komplexes« zu stützen.

Da begann eine nie da gewesene Kampagne des Staatsapparates, der US-Geheimdienste, sogenannter »Nicht-Regierungsorganisationen und aller großen Medien, den gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten zu sabotieren, zu diffamieren, zu diskreditieren und zu stürzen. Einige Medienvertreter riefen sogar offen zu seiner Ermordung auf.

Wenn man einen Sumpf trockenlegt, kommen Schlangen und Krokodile heraus

Baulöwe und Reality-Star Donald Trump, der ultimative Washington-Außenseiter ohne politische Erfahrung, versprach, den »Sumpf« der Korruption in Washington trocken-zulegen. Dabei hatte er vermutlich unterschätzt, wie viele Schlangen aus diesem Sumpf gekrochen kommen würden – und wie giftig sie wären.

Zunächst versuchten die Trump-Hasser, dem Republikaner Russland-Kontakte anzudichten. Da es diese nicht gab, wurden aberwitzige Verbindungen konstruiert – sogar unter Beteiligung des britischen und deutschen Geheimdienstes.

Dann hinterließ der scheidende Präsident Barack Obama ein Untergrund-Netzwerk aus seinen Parteigängern, um die demokratisch gewählte Nachfolgerregierung zu sabotieren. Dies reichte bis 2020, als Beamte aus der CIA und dem Pentagon eine Amtsenthebung des US-Präsidenten anstrebten.

Im Wahljahr 2020 wurden dann durch eine »gut finanzierte Kabale mächtiger Menschen« (*Time Magazine*) die Wahlergebnisse auf verfassungswidrige Weise außer Kraft gesetzt und der Weg für den möglicherweise größten Wahlbetrug der Geschichte geebnet.

Wer aber steuert diese endlose Hexenjagd gegen Trump? Wer bezahlt Anwälte, Spione, Journalisten? Wer instrumentalisiert Geheimdienste und das Justizministerium?

Trotz aller Angriffe steht Donald Trump 2024 wieder kurz davor, das Weiße Haus zu erobern. Dieses Buch zeigt auf, wie wir 8 Jahre lang belogen und manipuliert wurden – und wie eine Handvoll unerschrockener Wahrheitskämpfer die Verschwörung gegen Donald Trump ans Licht brachten.



Collin McMahon: Trump gegen den Deep State gebunden • 334 Seiten • Best.-Nr. 991 110 • 23,- €

UNTERWASSERWELT

Eingetaucht in sanfte Wellen

Zu Gast bei Flipper, Nemo & Co. – Meeresmuseum in Stralsund nach umfangreicher Modernisierung wiedereröffnet

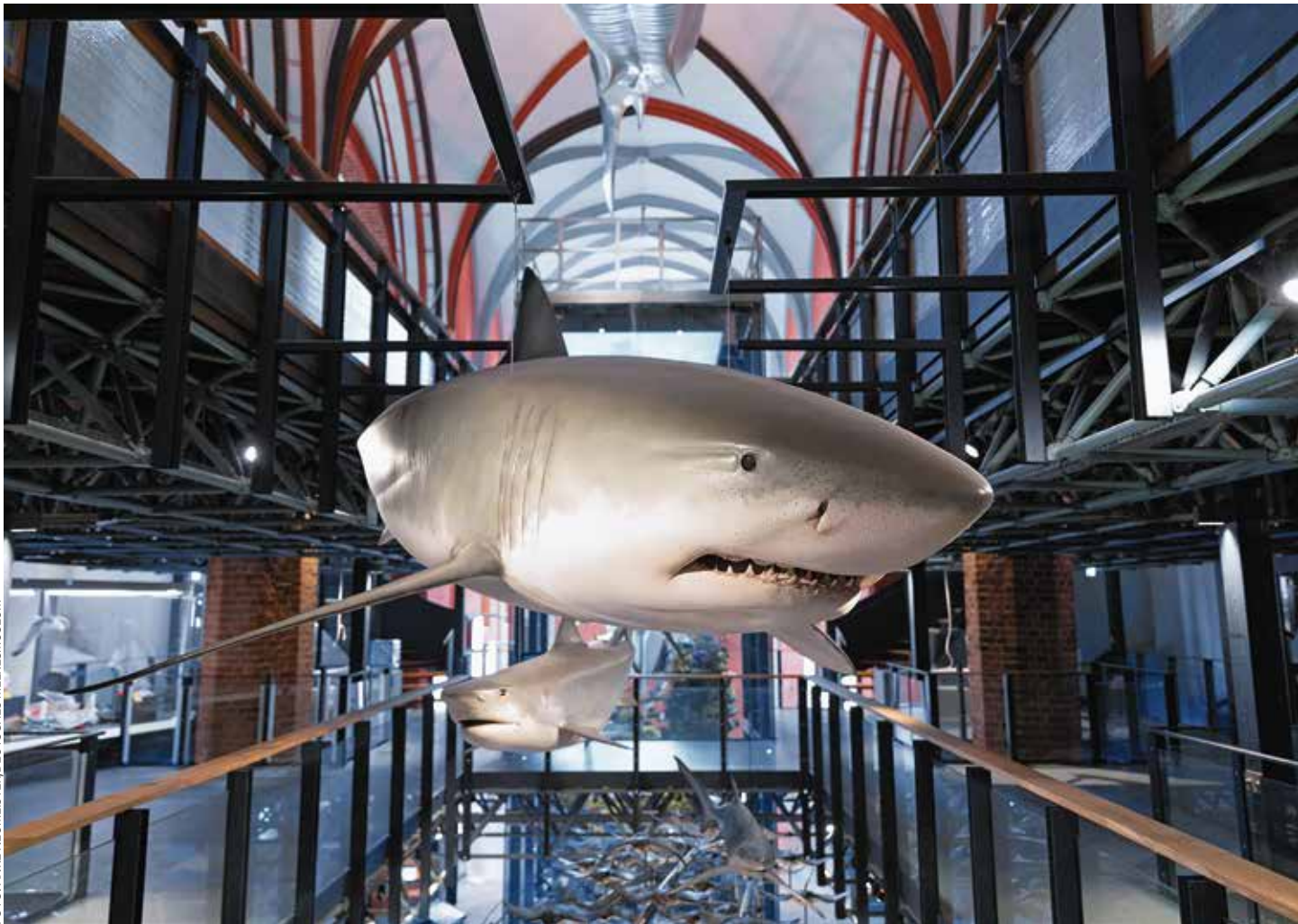
VON H. TEWS
UND DT. MEERESMUSEUM

Vier Jahre lang saßen die Tiere im Stralsunder Meeresmuseum auf dem Trockenen. Denn so lange war der im Katharinenkloster in der Altstadt untergebrachte Ausstellungsort wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten geschlossen. Doch jetzt können sich die tropischen Meeresbewohner wieder auf viele „Schleute“ freuen, nachdem die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund, Alexander Badrow, sowie den Direktoren des Deutschen Meeresmuseums, Burkard Baschek und Andreas Tanschus, das traditionsreiche Haus wiedereröffnet haben.

Der letzte Umbau des Museums lag fast ein halbes Jahrhundert zurück. Seit November 2020 fanden deshalb umfassende Modernisierungsarbeiten statt. Ziel war es, die Ausstellungen und Aquarien zeitgemäß zu überarbeiten und den Ansprüchen an Barrierefreiheit im gesamten Rundgang, an Energieeffizienz und Modernität gerecht zu werden.

Das Meeresmuseum ist Teil der Stralsunder Stiftung Deutsches Meeresmuseum, zu dem auch das Ozeaneum im Stadthafen, das Nautineum auf der Stralsunder Insel Dänholm und das Natureum mit dem Leuchtturm auf der Halbinsel Darß gehören. Während sich in den Aquarien etwa des Ozeaneums hauptsächlich Meeresbewohner von Ostsee, Nordsee und Nordatlantik tummeln, präsentiert das Meeresmuseum in 31 Wasserbecken auch Meerestiere aus der Karibik, dem Pazifik und dem Indischen Ozean.

Nach der Modernisierung verfügt das Museum über eine Nutzfläche von rund 7500 Quadratmetern. Ein neu gestalteter geräumiger Eingangsbereich erstreckt sich vom früheren Forum über den überdachten Westhof mit Museumsladen bis hin zum Westportal der Kirchenhalle.



Der Weiße Hai grüßt aus luftiger Höhe: Nachbildungen von Raubfischen schweben unter dem Gewölbe der Katharinenhalle

Hier empfängt die multimediale Inszenierung einer Jagd auf einen Sardinen-schwarm die Gäste. Der nachfolgende Ausstellungsrundgang widmet sich der Entwicklung des Lebens aus dem Meer und seiner Vielfalt, beleuchtet die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Meer und zeigt Strategien für eine ökonomischere Fischerei auf.

Neue luftige Vitrinenbänder ziehen sich wie sanfte Wellen über zwei Etagen. Im Obergeschoss zeichnen detailgetreu nachempfundene Lebensräume mit präparierten und modellierten Tieren den Weg von der Antarktis bis zur Arktis nach. Eine gut 15 Meter lange Biodiversitäts-

wand würdigt die oft unterschätzte Artenvielfalt der wirbellosen Meerestiere wie Kraken, Quallen und Krebse. Besonders beliebte Objekte, etwa die Lederschildkröte „Marlene“, der fünf Meter hohe originale Korallenriffpfeiler aus dem Roten Meer und das berühmte Finnwalskelett im Chor sind weiterhin zu sehen. Der Globus aus dem ehemaligen Eingangsbereich wird nun für eine digitale Bespielung mit meereskundlichen Themen genutzt.

Das freitragende Stabwerk der oberen Ausstellungsebenen erhielt bis zu 14 Meter lange Öffnungen für die Installation von originalgroßen Modellen von Meerestieren. Der Figurenbauer Peter Ardelts aus

Dresden fertigte Nachbildungen von Haien, Delfinen und einem Brydewal an. Das größte Modell ist mit zehn Metern Länge ein Walhai, der über anderen verschiedenen Hai-Arten unter dem Gewölbe schwebt.

Auf dem Südhof des Museumsgeländes finden gegenwärtig noch Arbeiten am Neubau mit einem Großaquarium statt. Über dieses Gebäude ist es – voraussichtlich ab Oktober – möglich, den Aquarienrundgang barrierefrei zu besuchen. Das mit 700.000 Litern Wasser größte Becken des Meeresmuseums wird ein „Karibisches Riff“ zeigen. Von dort wird man in den rundum erneuerten Aquarienkeller

gelangen, der die Lebensräume von der Karibik über den Pazifik bis hin zum Indischen Ozean thematisiert.

Im Herbst 2017 gewann das Stuttgarter Büro „Reichel Schlaier Architekten“ den europaweit ausgelobten Architektenwettbewerb zur Modernisierung des Meeresmuseums. Sein Entwurf überzeugte durch den sensiblen Umgang mit der historischen Bausubstanz und mit selbstbewusster neuer Architektur. „Wir sind sehr stolz auf das Erreichte, denn angefangen von der beengten Baustelle mitten im Welterbe über unerwartet bedeutsame archäologische Funde bis hin zu Lieferengpässen, Vergabeverzögerungen, Cyberangriff und Energiekrise hat uns dieses Projekt unheimlich viel abverlangt“, erklärte Museumsdirektor Tanschus.

Für die Modernisierung des Meeresmuseums investierte die Stiftung Deutsches Meeresmuseum in erheblichem Umfang selbst. Es erhielt darüber hinaus Fördermittel in Höhe von 51,1 Millionen Euro, die sich das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern teilten. Die Hansestadt Stralsund unterstützte das Projekt mit der Zustiftung eines Grundstücks für den Aquarien-Neubau im Wert von knapp 70.000 Euro.

Die digitale Erschließung der neuen Ausstellungen im Meeresmuseum wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zusätzlich in Höhe von rund 455.000 Euro gefördert. Greenpeace e. V. hat den Ausstellungsbe-reich zum Thema Delfine und Meeres-schutz wissenschaftlich mitgestaltet und -finanziert.

● Meeresmuseum, Bielkenhagen 10, Stralsund, geöffnet von 9.30 bis 19 Uhr, ab September bis 17 Uhr. Bis zur kompletten Eröffnung des Museums zahlen Besucher die Hälfte des regulären Eintrittspreises. www.deutsches-meeresmuseum.de

OLYMPIA

Siegreich mit dem Pferd voran

Schloss Versailles als Kulisse der olympischen Reitveranstaltungen und einer Ausstellung von hippologischen Ausmaßen

In Versailles wimmelt es von Pferden: im Schloss, im Park, in den Ställen – auf Gemälden, als Skulptur oder als lebendige Kreatur. Beim Sonnenkönig arbeiteten etwa 1500 Menschen im großen und kleinen Marstall. Hundert Jahre später standen hier über 1000 Pferde. Mit der Französischen Revolution verschwanden die Rösser aus Versailles. Erst im Jahr 2003 bezogen nach über 200-jähriger Abwesenheit mit der Gründung der Reitakademie wieder wiehernde Vierbeiner die königlichen Ställe.

Da passte es gut, dass der Park von Schloss Versailles auch die Kulisse für Reitveranstaltungen der Olympischen Spiele von Paris war. So errangen hier die deutschen Reit-Olympioniken vier olympische Gold- und eine Silbermedaille. Zu den Spielen hat man zusätzlich eine Ausstellung zum Thema Pferd in den offiziellen Rundgang durch das Schloss von Versailles integriert. Die über 300 hochkarätigen Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen, Fotografien und Objekte zeigen das Pferd in der Zivil- und Militärgesellschaft vom 16. Jahrhundert bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs, als Eisenbahn und Auto es verdrängten.

Gemäß dem Titel „Majestät Pferd. Herzstück der Zivilisation“ bezeugen die ausgesuchten Exponate, darunter Arbeiten von Leonardo da Vinci, Rubens, Le Brun, Vernet, Géricault und anderen Meistern, wie das Pferd geadelt und ver-

göttert wird und welch tiefe Symbiose es mit dem Menschen eingeht.

Unter dem Motto „Pferde und Könige“ beginnt die in 14 Themen unterteilte Schau mit Porträts der Lieblingspferde bedeutender Herrscher wie Ludwig XIV.

und Napoleon Bonaparte, Kaiserin Elisabeth von Österreich, bekannt als Sisi, und Ehemann Kaiser Franz Joseph I. oder Königin Viktoria von England. Von dem Deutschen Wilhelm Heinrich Camphausen stammt das Porträt des französischen Kaisers Napoleon III. auf seinem Lieblingspferd Phoebus während der Niederlage bei Sedan am 2. September 1870.

In allen fürstlichen Residenzen entstanden wahre „Pferdepaläste“. Sie waren das Herzstück der „Reitkunst“. Diese diente der Kriegskunst. Das Thema „Pferde und Krieg“, ein Schwergewicht der Kunstgeschichte, präsentiert sich hier in erlesener Auswahl. Der „Tod des Pferdes“ ist dabei unvermeidlich. Oft geht er mit dem des Soldaten einher. Tief berührend ist die Darstellung dieser Schicksalsgemeinschaft im Gemälde von Joseph Ferdinand Boissard, das vom Rückzug der Truppen Napoleons aus Russland 1812 handelt.

In Friedenszeiten spielte das Pferd eine zentrale Rolle als „Partner der Feste“. Wahre „Schätze der Ställe“ sind die jeweiligen Ausrüstungen. Ob raffinierte „Prunk-Rüstung“ oder mit Goldfäden, Samt und Edelsteinen veredelte Sättel

und Geschirre, die Rüstung Karls I. von England oder der Drachenschlitten aus der Zeit Ludwigs XIV.

Als majestätisches Doppelporträt präsentiert das „Reiterporträt von Leopold de Medici“ im Spiegelsaal den letzten Sohn (1617–1675) von Großherzog Cosimo II. und Erzherzogin Marie-Madeleine von Österreich im Alter von sieben Jahren und seinen prachtvollen Schimmel. Der Schöpfer dieses emblematischen Werks, Justus Sustermans (1597–1681), war Hofmaler der Medici und galt zu Lebzeiten als einer der besten Maler in Italien.

„Meisterwerke der Goldschmiedekunst“ mit hippologischem Bezug, „Wissenschaftliche Studien“ zur Anatomie des Pferdes, Blicke auf seine „Statur“ und in seine „Seele“ sowie Werke zum Pferd in „Mythos und Legende“ beenden die beeindruckende Schau. Helga Schnenhagen

● Cheval en Majesté. Au cœur d’une Civilisation, bis 3. November, geöffnet täglich außer montags von 9 bis 18.30 Uhr im Schloss von Versailles. Zugang nur mit „Schloss-Ticket“ nach vorheriger Buchung: www.chateauversailles.fr/actualites/expositions/cheval-majeste



Passt perfekt in den Rahmen: Reiterbild im Spiegelsaal von Schloss Versailles

● FÜR SIE GELESEN

Namen werden wieder lebendig

Edelgard Lessing, geb. Gruber, schildert die Geschichte der ostpreußischen Familie Gruber salzburgischen Ursprungs als eine der Frauen über acht Generationen, zuzüglich ihrer eigenen Lebensgeschichte und derjenigen ihrer Nichte. Titel und Untertitel sind Wegweiser einer Rückschau über 350 Jahre: „Die Frauen der Grubers. Von Vertreibung aus dem Salzburger Land, Flucht aus Ostpreußen, Heimatsuche und Selbstbehauptung“. Von ihrer Tante hatte die Autorin einen Karton mit alten Dokumenten, einem Familienstammbaum, Fotos und Briefen geerbt. Aus St. Veit im Salzburger Land stammte die erste der Frauen, die alle einen Gruber heirateten.

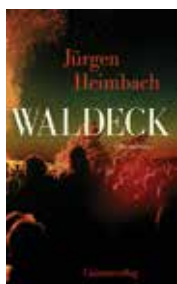
Mit ihrem Mann gehörte Gertraudis zu den Emigranten, die ab 1732 als lutherische Glaubensflüchtlinge nach Preußisch-Litauen gelangten. Salzburger heirateten Salzburger. Über Generationen lebten die bäuerlichen Familien im Raum Pillkallen. Lebendig und einfühlsam schildert die Autorin das arbeitsreiche Leben ihrer Ahnfrauen, die viele Kinder bekamen und größtenteils früh starben. Ihre Eltern Karl Gruber und Erna Lakowitz betrieben in Schloßberg ein Schreibwarengeschäft und eine Buchhandlung. Die Flucht führte die Familie nach Schleswig-Holstein, Familienbände später ins Rheinland. Erst mit ihrem zweiten Mann, einem Memelländer, entdeckte Lessing wieder ihre Heimat Ostpreußen. In ihrem Buch hat sie die Sprache und die Namen und Orte wieder lebendig werden lassen. *D. Jestrzemski*

Edelgard Lessing: „Die Frauen der Grubers. Von Vertreibung aus dem Salzburger Land, Flucht aus Ostpreußen, Heimatsuche und Selbstbehauptung“, BoD, Norderstedt 2024, broschiert, 234 Seiten, 15,95 Euro

Krimi ohne Zwischentöne

Heute wird das Wort „Nazi“ inflationär gebraucht. Vor 60 Jahren spielten Nationalsozialisten noch eine Rolle in der frühen Bundesrepublik. Jürgen Heimbach erzählt in seinem historischen Kriminalroman „Waldeck“ davon. Als Hintergrund dient das erste Burg-Waldeck-Festival im Hunsrück.

Der Reiz des Romans liegt darin, dass der Leser in die damalige Zeit eintauchen kann. Die Krimihandlung besteht unter anderem darin, dass ein junger Journalist einem früheren Nazi auf der Spur ist. Dieser war einst als schrecklicher Mediziner in einem Konzentrationslager tätig und ist im Jahr 1964 ein erfolgreicher, bürgerlich saturierter Zahnarzt. Leider unterteilt Heimbach die handelnden Personen recht schematisch in Gut und Böse, Schwarz und Weiß. Das Buch ist zwar durchaus spannend, aber oft zu nah am Klischee. Mit Abstrichen empfehlenswert. *Ansgar Lange*



Jürgen Heimbach: „Waldeck. Kriminalroman“, Unionsverlag, Zürich 2024, 352 Seiten, gebunden, 19 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Gärten zum Träumen

Von naturbelassen bis kunstvoll angelegt wie der Garten von Las Pozas im Bild – In „Happy Places“ werden 60 ungewöhnliche Orte weltweit vorgestellt

Glück natürlicher Grenzen nennt die Autorin Lyanda Lynn Haupt den beschränkten Raum, der einen Garten von der ihn umgebenden Wildnis trennt. In ihrem Buch „Gärten der Welt“ beschreibt die sich als „Nature Wri-

ter“, also Naturschriftstellerin, bezeichnende Autorin 60 naturbelassene und künstlerisch angelegte Gärten weltweit. Die Kapitel des reich bebilderten Buchs sind nach Kontinenten unterteilt. *MRK*

Lyanda Lynn Haupt: „Happy Places. Gärten der Welt. 60 besondere Orte zum Staunen und Innehalten“, Lonely Planet, MairDuMont Verlag, Ostfildern 2023, gebunden, 272 Seiten, 27,95 Euro

ODER-NEISSE

Unterwegs in einer Grenzregion

Beatrix Flatt radelte 450 Kilometer von Zittau bis Stettin und traf dabei zahlreiche Menschen – Viele Probleme könnten gemeinsam gelöst werden

VON DIRK KLOSE

Anfang der 1930er Jahre hatte Jochen Klepper mit seinem Roman „Der Kahn der fröhlichen Leute“ den Menschen an der Oder ein berührendes Denkmal gesetzt. Für die Gegenwart hat das die Journalistin Beatrix Flatt wiederholt. Mit dem Fahrrad ist sie die 450 Kilometer beiderseits von Neiße und Oder von Zittau bis nach Stettin abgefahren und hat mit zahllosen Menschen in den Republiken Polen und Deutschland gesprochen, die sich um ein Zusammenleben beider Völker bemühen. Während sich „ganz oben“ die Regierungen in Berlin und Warschau etwas distanziert gegenüberstehen, erzwingen unmittelbare Probleme vor Ort ganz einfach eine konkrete Zusammenarbeit.

Die Menschen engagieren sich auf vielfältige Weise. Es gibt Bemühungen um kulturelle Verständigung, werden gemeinsame Projekte erörtert angesichts des im Neiße-Gebiet beide Länder betreffenden Strukturwandels, und es geht um Stadtentwicklung und umweltverträgliche Industrien, vor allem aber geht es um Natur- und Umweltschutz, wozu die traumhaft schöne Landschaft an der unteren Oder geradezu zwingt. Die Sorgen sind immens. Das Fischsterben im vergangenen Jahr sitzt den Menschen in den Knochen. Vieles deutet darauf hin, dass sich die Katastrophe dieses Jahr wiederholen könnte und dass zudem der von polnischer Seite favorisierte Ausbau der Oder das sensible Ökosystems zerstört.

Das Engagement in den zahlreichen Bürgerinitiativen hat viel erreicht, was hoffnungsvoll stimmt. Aber größer noch sind die drängenden Probleme auf allen genannten Gebieten. Es sind mitunter logisch zwingende Ideen, etwa gemeinsame Rettungsstationen an der See, gemeinsame Feuerwehren, gemeinsame Bildungseinrichtungen wie Schulen (einige wenige deutsch-polnische Schulen gibt es, etwa in Frankfurt oder in Heringdorf), dass man sich fragt, warum deren Verwirklichung so lange dauert oder stagniert. Die Erfahrung: Der Amtsschimmel wiehert hüben wie drüben gleichermaßen!

Die Autorin hat sich bei ihrer Tour auf ihre Begegnung mit den Menschen konzentriert, was dem Buch seine Farbigkeit verleiht, auch wenn manche Begegnung doch allzu flüchtig ist. Etwas zu kurz kommen die Städte selbst. Außer zu Eisenhüttenstadt, Schwedt und dem – traurig trostlosen – Küstrin erfährt man wenig, zumal Frankfurt und Stettin, auch Görlitz, bleiben fast ganz außen vor. Aber es bleibt eine höchst anregende Begegnung mit vielen unkonventionellen Menschen in einer fast paradiesisch anmutenden Landschaft mitten in Europa.



Beatrix Flatt: „Grenzraum. Begegnungen an Oder und Neiße“, Reiffer Verlag, Meine 2024, broschiert, 224 Seiten, 22 Euro

VERTREIBUNG

Verjagt oder zu Tode geschunden

Der Historiker Mario Kandil listet in seiner aktuellen Publikation die Zahl der deutschen Opfer eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Vertreibung der Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten, mit der eine mehr als 700 Jahre bestehende kulturelle Tradition ausgelöscht wurde, zählt zu den größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Das ergibt sich aus der Zahl der Betroffenen beziehungsweise Opfer, die der Historiker Mario Kandil in seiner Schrift „Die deutschen Vertreibungsverluste 1944 bis 1948“ präsentiert.

Kandil zufolge mussten um die 18,5 Millionen Deutschen ihre angestammte Heimat in Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig, dem Baltikum, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien verlassen – dazu kamen rund 1,5 Millionen im Inland deportierte Russlanddeutsche. Speziell für Ostpreußen gibt Kandil den Bevölkerungsrückgang mit 2.307.000 Menschen an. Zudem überlebten viele Deutsche die Flucht oder Vertreibung nicht. Je nach Region starben zwischen acht und 35 Prozent der heimatlos Gewordenen infolge der Strapazen oder durch gewalttätige Übergriffe. Insgesamt beziffert Kandil die Zahl der Toten auf 2,5 bis drei Millionen. Darin eingeschlossen sind rund 400.000 Wolga-, Schwarzmeer und andere Sowjetdeutsche. Von den Deutschen aus Ostpreußen sollen mindestens 299.000 ums Leben gekommen sein.

Zu diesen Opfern addiert Kandil die Kriegstoten aus den Vertreibungsgebieten sowie die deutschen Kriegsgefangenen

aus Ostpreußen, Schlesien und dem Sudetenland, die in den Lagern der Siegermächte umkamen. Damit starben während des Zweiten Weltkrieges rund fünf Millionen Deutsche aus den Ostgebieten und der UdSSR auf unnatürliche Weise.

Ergänzend erhält Kandils Broschüre wichtige Informationen zum Thema Vertreibung. So wird darauf verwiesen, dass die Vertreibungen im Osten bereits 1918 begannen und dazu führten, dass bis 1933 500.000 Deutsche ihre bisherige, aber nun zu Polen gehörende Heimat verlassen mussten. Darüber hinaus erwähnt er auch die Vertreibungen im Westen. Aus dem Elsass und Luxemburg wurden ebenfalls rund 200.000 Deutsche ausgewiesen.

Außerdem schildert Kandil die gravierenden sozioökonomischen Folgen für die Vertriebenen, die in ihrer neuen „Heimat“ zunächst auf der untersten gesellschaftlichen Stufe standen. Aus den einst freien Bauern des Ostens wurden Knechte oder Tagelöhner und aus den selbstständigen Handwerkern abhängig beschäftigte Fabrikarbeiter oder Bergleute.



Mario Kandil: „Die deutschen Vertreibungsverluste 1944 bis 1948. „Kein Unrecht rechtfertigt anderes Unrecht“, (Eckartschrift 256), Österreichische Landsmannschaft, Wien 2024, 112 Seiten, broschiert, 11,50 Euro

OSTPREUSSEN

Plaschken – sakraler Hilferuf im Memelland

Die Kirchenruine steht vor dem Zerfall – Spendengelder versickern – Selbst die evangelisch-lutherische Kirche bleibt tatenlos

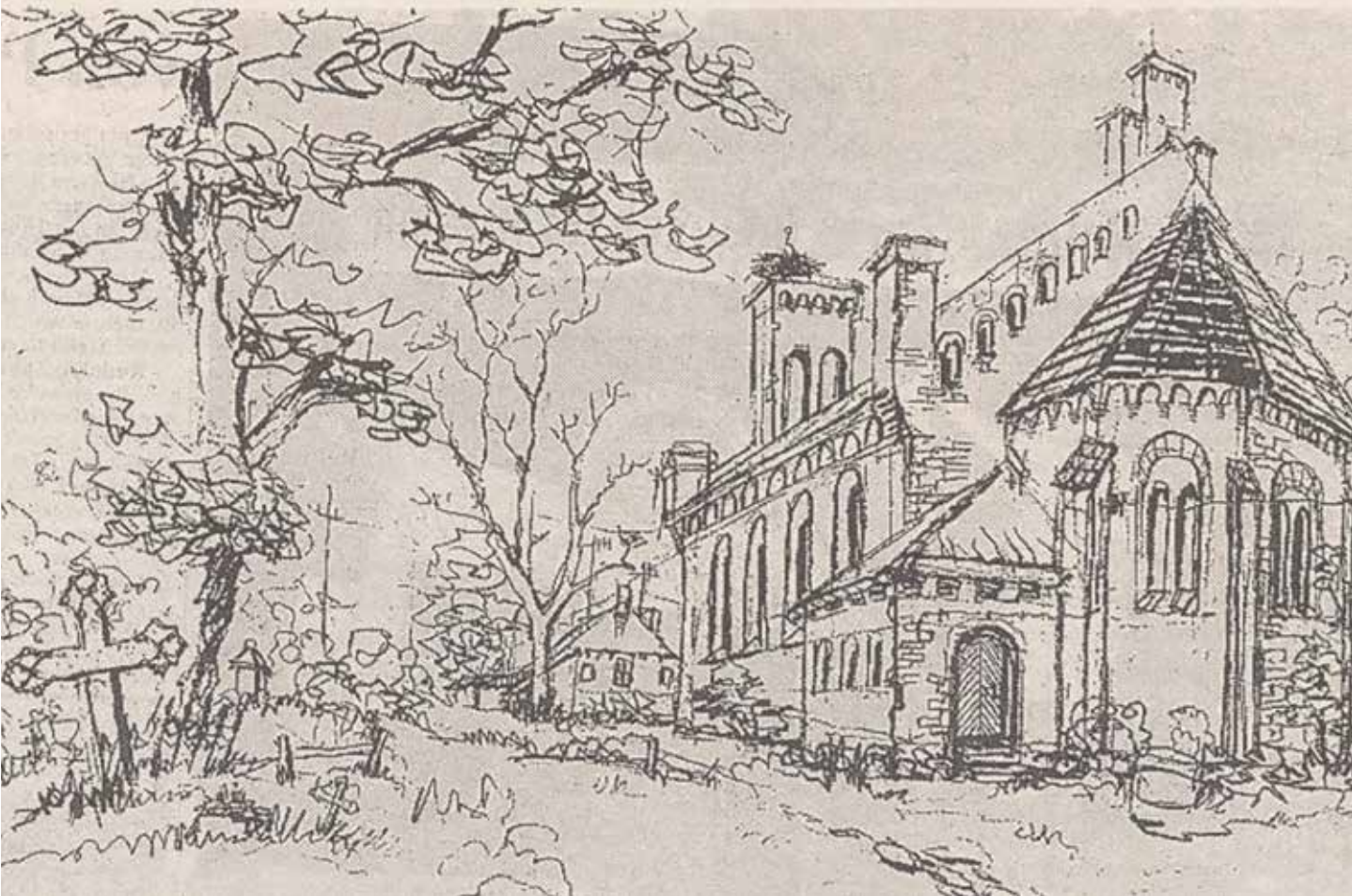
VON RAIMA ZANDER

Es war ein kühler Tag im Herbst 2022, als ich das erste Mal nach Plaschken kam. Ein kleiner Ort mit großer deutscher Vergangenheit, der in der Plaschker Niederung zu finden ist. Einst eine der reichsten Ecken des Memellandes. Doch geblieben ist vom früheren Glanz leider nicht mehr allzu viel. Lag das Örtchen doch bis Januar 1945 im heftig umkämpften Frontbereich. Unzählige Häuser und öffentliche Gebäude kamen dabei zu Schaden. Übrig blieb ein eher trauriges Bild voller Ruinen und Zerstörung. Und die Gebäude, die dennoch den Kämpfen trotzten und mehr oder weniger unbeschadet überlebten, wurden entweder zweckentfremdet und von den Sowjets genutzt, oder sie verfielen einfach mit der Zeit, weil sich niemand um ihren Erhalt wirklich kümmerte. Nach dem Krieg wurde der komplette Ort den Bedürfnissen der hier eingerichteten Sowchose angepasst. Die Besatzer bauten Baracken und Viehställe, ebneten pietätlos die Friedhöfe ein und nutzten die Kirche als Speicher. Bei einem Sturm 1969 ging erst die Turmspitze verloren, und mit der Zeit verfiel das Gotteshaus dann mehr und mehr. Heute stehen fast nur noch die Außenmauern. Bedauerlich, denn die lutherische Kirche verdient es allemal erhalten, restauriert und wieder herausgeputzt zu werden.

Das baufällig Gebäude abgesperrt

Kein Wunder, dass ich bei meinem Besuch nicht gerade freudig überrascht war. Denn der Kirchenbau war mit gelbem Flatterband großflächig abgesperrt. Egal, ich war neugierig und wollte mehr sehen. Ein etwas mulmiges Gefühl beschlich mich, als ich die Ruine betrat. Zudem war es sehr befremdlich, dass der nebenliegende Friedhof, eigentlich ein Ort der Stille und Einkehr, von Treckern und anderen landwirtschaftlichen Fahrzeugen immer wieder gequert wurde. Dazu war aus allen Richtungen lautes Hundegebell zu hören. Als ob die Vierbeiner mir zurufen wollten, dass ich besser verschwinden solle.

Und die Kirche? Kein wirklich schöner Anblick mehr. Die früheren Dachziegel – soweit noch vorhanden – wurden eingesammelt und für andere Zwecke genutzt. Kurz darauf sammelten Kulturliebhaber für den Kirchenbau, um doch noch endlich dem Zerfall entgegenzuwirken und stattdessen das Gotteshaus wieder aufzubauen. Man hielt sogar Messen ab, um dabei für diesen Zweck Geld zu sammeln. Vor allem die noch im und um den Ort herum lebenden Deutschen sowie Menschen mit deutschen Wurzeln spendeten. Doch heute kann man sich des Gefühls



Die Kirche von Plaschken war einst ein beliebtes Motiv von Künstlern

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

nicht wirklich erwehren, dass die finanziellen Mittel niemals dort angekommen sind, wofür sie eigentlich gedacht waren: für den Wiederaufbau der Kirche.

Hilfsaktionen verliefen im Sande

Verschiedene Maßnahmen und Initiativen wurden gestartet, um den Erhalt des Gebäudes zu sichern. Doch sie alle erlahmten ebenso schnell wie sie gestartet wurden. Nachhaltiger Erfolg wurde nicht erzielt. Zu guter Letzt wurde die Kirche in Plaschken gemäß dem Pachtvertrag des litauischen evangelisch-lutherischen Konsistoriums für 30 Jahre dem zum Zweck der Rettung gegründeten Verein übergeben. Bis zur Pandemie fanden sich sogar Gönner, die spendeten und sich gemeinsam mit den Vereinsmitgliedern ehrenamtlich engagierten. Darüber hinaus wurde eine Aktion „fixus mobilis“ für eine schnelle Denkmalpflege gestartet. Selbst ein Seminar rund um wichtige und offensichtliche Restaurierungsfragen wurde abgehalten. Und plötzlich hatten alle im Ort das Gefühl: Es passiert endlich etwas. Der Start zur Rettung des Kirchengebäudes ist erfolgt. Ein paar erste Arbeiten wurden in Angriff genommen, einige wenige Handwerker legten los. Doch das Engagement erlahmte sehr schnell wieder und man überließ der Plaschker Gemeinde alle weiteren Aktivitäten, die offensichtlich mit den anstehenden Aufgaben überfordert ist. Damit deutlich sichtbare

Veränderungen stattfinden können, sind Gelder nötig. Ein machbares, von Experten ausgearbeitetes Umsetzungskonzept muss zudem erarbeitet werden. Immerhin sind bis heute immer noch ein paar Gläubige übrig, die nur zu gern wieder eine religiöse Heimat in dieser Kirche, die abseits einer Hauptstraße liegt, finden möchten.

Erhalt von deutschem Kulturgut

Wie ein Mitglied der Gemeinschaft Kęstutis Gedminas vermutet, ist dieses Renovierungsobjekt für das Tourismuszentrums Pagėgiai (TIC) vielleicht nicht interessant genug, weil es sich touristisch nicht ausgiebig vermarkten lässt. Aber es ist ein steinernes, bestehendes Symbol des alten Preußens. Doch fällt es irgendwie auf, dass gerade viele denkmalgeschützte Gebäude von niemandem gepflegt werden. Also fragt man sich beinahe unfreiwillig: Ist das Absicht? Denn wenn aus einer über 700 Jahre alten Geschichte, die von Deutschen hier geprägt wurde, nichts mehr übrig ist, wird sich niemand mehr an die Anwesenheit einer großen Zivilisation erinnern. Umso wichtiger ist es, keine Ruhe zu geben, sondern vielmehr die Wiederherstellung der Kirche und den Erhalt des deutschen Kulturerbes engagiert voranzutreiben – gemeinsam von wohlwollenden Litauern als auch von Deutschen selbst. Ohnehin ist es ziemlich unverständlich, dass nicht ein-

mal die evangelisch-lutherische Kirche und ihre hiesigen Würdenträger aufbegehren oder auf die notwendigen Arbei-

Über 700 Jahre wurde das Gebiet um Plaschken von Deutschen geprägt – doch bald ist davon nicht mehr viel übrig und niemand wird sich an eine große Zivilisation erinnern.

ten hinweisen. Sie schauen beinahe still, unmotiviert und teilnahmslos zu. Geld sammeln und Kirche – das sind doch zwei Teile eines Paares. Das gehört zusammen. Aber wo ist Aktivismus? Warum bemüht man sich nicht intensiver, notwendige Gelder zu bekommen? Warum werden keine Projekte ausgeschrieben? Warum sind die lutherischen Kirchen dieser Region nicht im National Heritage Depart-

ment (KPD)-Register eingetragen und bekommen auf diesem Weg Mittel für ihren Wiederaufbau? Warum wird es maximal privaten Initiativen überlassen, die nicht immer über eine Zukunftsvision und ausreichende Kräfte verfügen?

90-Jähriger Schlüssel abgenommen

Bis heute werden am Fundament immer noch Ziegel von der Wand gebrochen. Das Dach wird lediglich mit einer provisorischen Markise abgedeckt. Touristen können aus Sicherheitsgründen nicht in die Ruine hineingehen. Wobei der Umstand umso befremdlicher ist, da sogar viele Besucher im Sommer kommen und das Objekt ihrer Aufmerksamkeit nicht entgeht. Daher ist es enttäuschend, dass diese einstige architektonische Schönheit vor unseren Augen verschwindet.

Bis vor Kurzem besaß Irmgard Girulis noch die Schlüssel zur Kirche. Sie führte deutsche Touristen zu diesem Ort und erzählte die örtliche Geschichte. Doch nun wurde ihr der Schlüssel vom Vorsitzenden des Kirchenrettungsvereins abgenommen. Dies geschah unter dem Vorwand, dass es inzwischen zu gefährlich sei, die verfallene Kirche zu betreten – für Besucher ebenso wie für Irmgard Girulis. Viel wahrscheinlicher aber ist es, dass man der 90-jährigen Frau, die mit ebenso viel Wissen wie Herzblut von ihrem Heimatort und somit auch von der Kirche zu erzählen wusste, dass bisschen Trinkgeld nicht gönnte, welches viele Besucher ihr nur zu gern gaben.

Auch andere Kirchen im Memelland sind betroffen

Hierzulande wollen lutherische Kirchen oftmals gar nicht erst in das Register des Kulturerbes aufgenommen werden, mit der Begründung, dass die Arbeit dann angeblich noch deutlich teurer werde. Außerdem arbeiten Denkmalpfleger nicht nach strengen, historischen Vorgaben, in vielen Bereichen werden ihnen Grenzen gesetzt. Mit dem Ergebnis, dass dann beispielsweise die Innenausstattung von geschützten oder schützenswerten Gebäuden nach Belieben verändert werden. Dadurch wird der ursprüngliche Wert zerstört. Dies war bei der Kirche Ramutten der Fall, wo das von Curt Gutknecht entworfene Gotteshaus rund um den Bogen mit aufwendigen Ornamenten, der Inschrift in deutscher und preußischer Sprache über dem Bogen und der Taube des Heiligen Geistes mit Strahlen im Altar blind bemalt wurde. In der kleinen Kirche von Kinten wurden zwei Nischen des Altarteils verwischt, die Auszüge aus dem Evangelium in deutscher und preußischer Sprache enthielten. Die Kirche in Wiesen verfällt, während nebenan ein Zentrum für Drogenabhängige und Alkoholiker eingerichtet wurde, das mit Projektmitteln auf Vordermann gebracht wurde. Doch für die Kirche in Wiesen ist kein Geld mehr zu finden. Das Wandgemälde von Richard Pfeiffer im Vestibül ist in einem kritischen Zustand. Durch die sich von oben ausbreitende Feuchtigkeit ist dort bereits Schimmel eingedrungen, und das Wandgemälde verfärbt sich zusehens schwarz. Dieses ist das einzige erhaltene Wandgemälde von Pfeiffer, da im Krematorium Tilsit und in Königsberg keine Fresken mehr erhalten sind.

Es ist also mehr als notwendig, zumindest das Dach der evangelisch-lutherischen Kirche in Plaschken so schnell wie möglich abzudecken. Denn wenn es einstürzt, geht das komplette authentische Erscheinungsbild des Gebäudes verloren und der Wiederaufbau wird noch erheblich teurer – wenn er dann überhaupt noch geschieht.



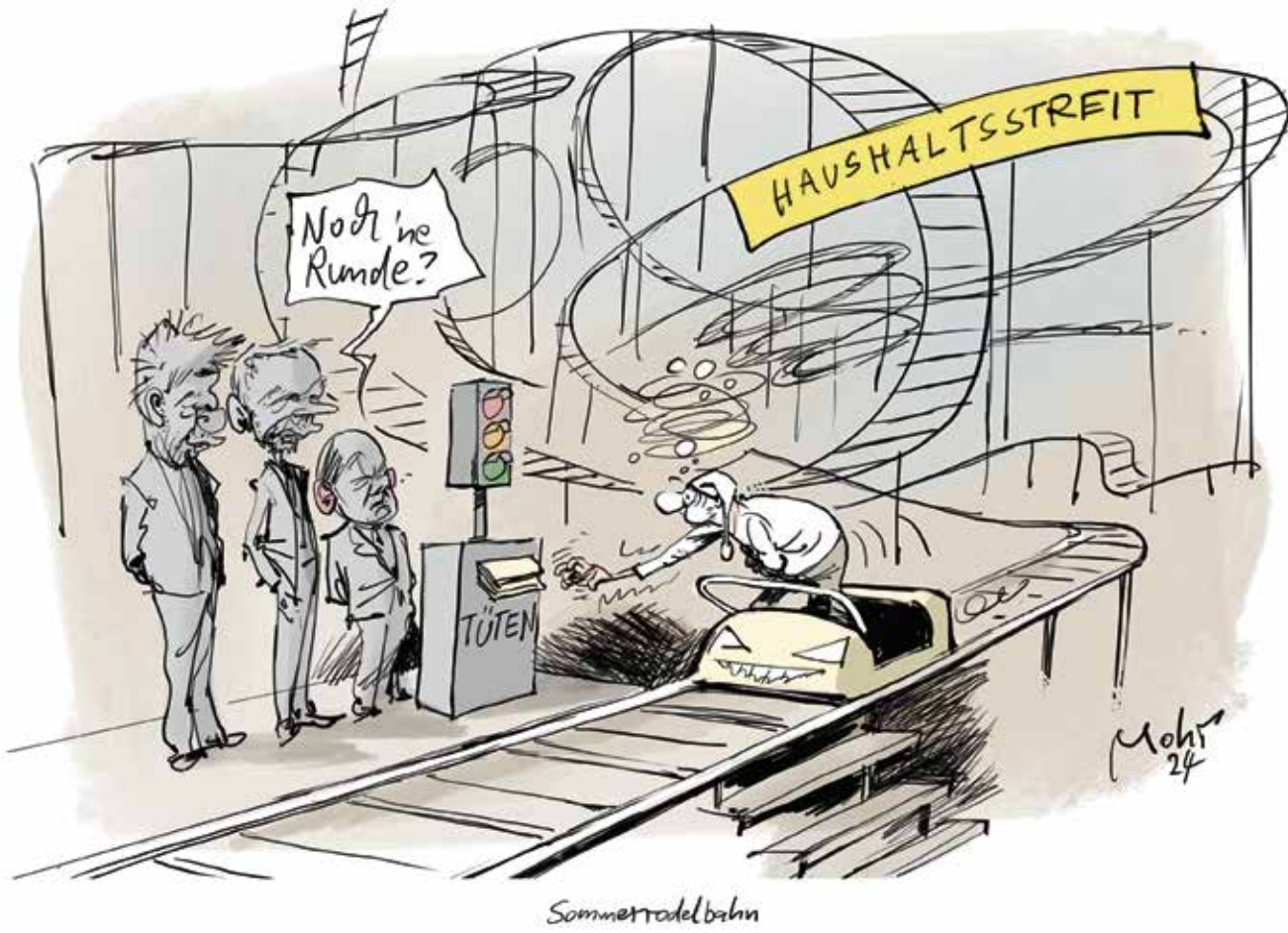
Heute ist das Gotteshaus nur noch eine Ruine Foto: Marieta Waldszus



Selbst in den zerfallenden Gemäuern der evangelisch-lutherischen Kirche wurden bis kurz vor der Jahrtausendwende noch Gottesdienste abgehalten – wie hier 1996. Aber auch das ist inzwischen nicht mehr möglich Foto: Bildarchiv Ostpreußen

● AUFGESCHNAPPT

Marcus Weinberg, Spitzenkandidat der CDU bei den jüngsten Hamburger Bürgerschaftswahlen, ist aus seiner Partei ausgetreten. Eigentlich wäre das ein Donnerschlag, doch an der Alster herrscht nur Schulterzucken. Das hat Gründe: Weinberg galt als ausgemachter Linksaußen und absoluter Merkel-Fan. Neuere CDU-Forderungen nach einer Verschärfung beim Bürgergeld oder der Widerstand gegen „woke“ Gendersprache sind ihm ein Graus. Der 57-Jährige warnt seine ehemalige Partei in dem Zusammenhang vor einer „verengten Wählerklientelpolitik“, was eine gewisse Würze besitzt: Linksausleger Weinberg bescherte seiner Partei bei den Bürgerschaftswahlen im Februar 2020 mit einem Resultat von 11,2 Prozent das mit Abstand schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Mit diesem Hintergrund vor einer „Verengung“ der möglichen Wählerschaft zu warnen, offenbart ein eigentümliches Verhältnis zur Realität. Gerüchten in der Hamburger CDU zufolge zieht es Weinberg nun zu den Grünen – eine passende Wahl. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der linke Schriftsteller und Journalist Jens Balzer schüttelt im Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ (1. August) den Kopf über linke Homosexuelle, die in Deutschland für die Hamas und gegen Israel („Queers for Palestine“) auf die Straße gehen:

„Es ist aber ein grundsätzlicher Irrtum, wenn man als queere Person nicht erkennt, dass die Hamas nicht nur keine Befreiungsbewegung ist, sondern eine terroristische Organisation, die zur Internationale des politischen Islam gehört ... Das sind alles klerikal-faschistische Gruppen, in deren Weltbild Queere, Schwule und Transmenschen nur tot vorkommen. Dass man das nicht versteht, ist mir ein völliges Rätsel.“

Annette Heinisch beschreibt im Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (1. August) den enormen Vertrauensverlust durch eine doppelzüngige Corona-Politik und nimmt dabei die Deutschen in den neuen Bundesländern gegen den Vorwurf in Schutz, weniger demokratisches Gespür zu besitzen als ihre Landsleute im Westen:

„Das Vertrauen der Bürger in die Regierenden, die nicht das Wohl der Bürger im Blick haben, sondern denen es offenbar nur um die Ausnutzung und Ausweitung ihrer eigenen Macht geht, ist stark erschüttert oder sogar verloren. Es ist doch auch wirklich kein Wunder, dass die Mitbürger in den Bundesländern, die überreichlich Erfahrung mit diktatorisch Regierenden haben, besonders allergisch auf den Entzug der Freiheit reagierten. Dies zeigt doch nichts anderes, als dass sie aus der Diktaturerfahrung gelernt haben!“

Harald Martenstein warnt in der „Welt“ (4. August) vor der verfrühten Hoffnung, die linke „Woke“-Bewegung habe sich bereits totgelaufen:

„Manchmal höre ich die These, der woke Wahnsinn habe seinen Zenit inzwischen überschritten. Ich glaube das nicht. Sie werden erst aufhören, wenn sie uns alle ebenfalls in den Wahnsinn getrieben haben. Oder wenn Kommunikation völlig unmöglich geworden ist. Oder wenn sie endlich keiner mehr ernst nimmt. Für Letzteres lohnt es, zu beten.“

Gunter Weißgerber erinnert auf „Achtgut.com“ (5. August) an ein fast vergessenes Versprechen zur Energiewende:

„Die Energiewende wird den deutschen Durchschnittshaushalt nicht mehr als eine Kugel Eis pro Monat kosten. Das versprach der grüne Umweltminister Trittin dem Volk im Jahr 2004. Damals kostete eine Kugel Eis 50 Cent. Pro Jahr wären das sechs Euro Mehrkosten für die Energiewende gewesen ... Trittins Eiskugel kostet heute aber 600 Euro. Dabei wird es nicht bleiben. Insgesamt werden die grünen Transformationsgelüste in den kommenden Jahren etwa Tausend Milliarden Euro kosten. Das mag ich jetzt gar nicht in Eiskugeln ausrechnen.“

● WORT DER WOCHE

„Diese Koalition versteht sich selbst und die Welt nicht mehr ... Es wird bedrohlich, nicht nur für die drei Parteien, sondern fürs Land.“

Stephan-Andreas Casdorff spricht im „Tagesspiegel“ vom 5. August ein vernichtendes Urteil über die Ampel

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Elefant frisst

Wohin die Milliarden verschwinden, und wie Robert Habeck die Energiekrise doch noch gelöst hat

VON HANS HECKEL

Wie lange machen’s die wohl noch miteinander? Eigentlich mögen wir’s ja, wenn Politiker sich so richtig in die Wolle kriegen. Aber irgendwann wird’s langweilig, zumal, wenn nichts herauskommt. Genau das ist das Problem mit dem endlosen Ampelzwist. Kaum haben sie den Haushalt 2025 mit Tricks und Kniffen zusammengeklöppelt, scheint sich das Werk schon wieder aufzulösen. Der Streit geht von vorne los: Machen wir mehr Schulden oder kürzen wir? Angeblich fehlen nur noch fünf Milliarden zum glücklichen Abschluss.

Fünf Milliarden? Da müssen wir uns doch fragen: Worüber streiten die sich eigentlich?

Denn angesichts dieser überschaubaren Summe fällt unser Blick auf einen Elefanten im Raum, den die Ampelleute in trauter Eintracht mit den vorherrschenden Medien angestrengt übersehen. Die Kosten, die unsere Einwanderungspolitik verursacht, liegen nämlich bei etwa dem Zehnfachen dieser fünf Milliarden und erreichen damit die Dimension des Bundeswehr-Etats. Und hier sind nur die ausdrücklichen Kosten mitgerechnet. Weitere Unsummen, welche bei Verwaltung, Justiz und Polizei für die „Betreuung“ der Zugewanderten anfallen, kommen noch dazu, sind aber schwerlich genau zu beziffern.

Gut immerhin, dass ein Großteil dieser Zigmilliarden wohl eher bei Kommunen und Kreisen anfällt und nicht beim Bund. Aber Geld ist Geld, und das ist dann eben weg, nur dass man aus Gründen der ideologischen Pietät nicht darüber sprechen soll oder will, wohin es tagtäglich verschwindet. Lieber haut man sich wegen fünf Milliarden die Rübe ein, derweil der Elefant gierig weiterfrisst.

Ablenkung ist eben wichtig in der Politik. Vor allem wenn es darum geht, das öffentliche Bild den propagandistischen Erfordernissen anzupassen. Im Zweifel kann es dabei gar nicht stumpf und simpel genug zugehen. In die Gleichung „rechts gleich böse und links gleich gut“ passen beispielsweise die Vorgänge in Venezuela überhaupt nicht hinein. Dort klammert sich ein linker Machthaber ans Präsidentenamt, nachdem er die Wahl krachend verloren hat. Ihm gegenüber erhebt sich eine Opposition von rechts, welche die breite Mehrheit des Volkes hinter sich weiß und kurz davor steht, vom roten Machthaber in riesige Straflager gepfercht zu werden.

Wie geht man damit um, etwa in den deutschen Staatsmedien? Rechte Demokraten gegen einen linksautoritären Quasi-Putschisten! Die „Tagesschau“ vom vergangenen Sonntag hat eine schlichte Lösung gefunden: Im gesamten, mehrere Minuten langen Beitrag über die bedrohliche Entwicklung in dem südamerikanischen Land kommen Vokabeln wie „links“ oder „rechts“ nicht ein einziges Mal vor. Der Zuschauer erfährt nicht das Geringste von der ideologischen Ausrichtung der streitenden Parteien.

Ist das nicht genial gemacht? Überflüssig darüber nachzudenken, wie die „Berichterstattung“ wohl ausgesehen hätte, wenn ein rechter Wahlfälscher auf eine linke Opposition losgegangen wäre. Manchmal ist die Welt weitaus schlichter gestrickt, als es intelligente Menschen wahrhaben wollen.

Das gilt insbesondere für die Welt von Robert Habeck. Als vermutlich letzter Mensch im Lande hat sogar der Wirtschaftsminister spitzgeköpft, dass Wind und Sonne keine stabilen Stromlieferanten sind, weil Wetter und Jahreszeiten die zuverlässige Solar- und Windenergieproduktion ganz gemein hintertreiben.

Der Coup: Produktion nach Wetterlage

Für dieses Problem hat der rührige Minister nun eine phantastische Lösung gefunden: Die Industriebetriebe sollen ihre Produktion einfach auf jene Zeiten verlagern, in denen Wind und Sonnenlicht im Übermaß vorhanden sind und der Preis des Ökostroms entsprechend günstig ausfällt, und ihre Arbeit dann herunterfahren, sobald das Ökostrom-Angebot einbricht und die Energie entsprechend halbsbrecherisch teuer wird.

Wir stellen uns das mal praktisch vor: Es ist windstill und dunkel, die Arbeiter sind umsonst zum Schichtbeginn erschienen, weil alles stillsteht. Also warten sie tatenlos ab. Dann reißt die Wolkendecke in der Region auf und es weht endlich. Ein Signal ertönt, alle rennen zu den Maschinen. Wenn es indes den ganzen Tag weder weht noch strahlt, gammeln sie eben auf Feldbetten zwischen den Produktionsstraßen herum. Etwa so?

Hört sich an wie die Produktionsbedingungen während eines Bombenkriegs oder in einem im völligen Chaos versunkenen Drittweltland. Dass eine hoch entwickelte Industrielandschaft unter solchen Bedingungen überleben kann, glaubt niemand – bis auf Habeck. Der verkauft seine Idee wie den Stein

Bei den Autos wird es genauso laufen wie bei den Heizungen: Am Ende weiß niemand mehr, was eigentlich los ist und womit er planen soll



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de